

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Die Ministerin ist sprachlos geworden! – Weiterer Zuruf von der SPD: Da fällt der Ministerin nichts mehr ein!)

Damit schließe ich die Aktuelle Stunde.

Ich würde gerne einen Punkt einschieben, den die Präsidentin heute Morgen noch nicht abgearbeitet hat, und zwar den wunderbaren Punkt „Gratulationen“. Wir haben heute zwei Geburtstagskinder, wenn man das bei Erwachsenen dieses Alters noch sagen darf.

Geburtstag feiert Frau **Margret Gottschlich**. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Geburtstag hat außerdem unser Kollege **Wilfried Grunendahl**. Da er ein Mann ist, darf ich das sagen: Er wird heute 55 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600
erste Ergänzung
Drucksache 14/5200
zweite Ergänzung
Drucksache 14/5350

Änderungsantrag
des Abgeordneten
Rüdiger Sagel – fraktionslos
Drucksache 14/5839 – Neudruck

Änderungsantrag
des Abgeordneten
Rüdiger Sagel – fraktionslos
Drucksache 14/5841 – zweiter Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5750

Entschließungsantrag
des Abgeordneten
Rüdiger Sagel – fraktionslos
Drucksache 14/5838

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5849

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5862

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011 mit Finanzbericht 2008

Drucksache 14/4601

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5751

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4602

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5752

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5866

dritte Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile als erster Rednerin für die SPD-Fraktion der Kollegin Frau Kraft das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir gehen auf Weihnachten und Silvester zu. Wir erinnern uns: Bei der Regierungsübernahme hat uns Schwarz-Gelb ein großes politisches Feuerwerk angekündigt mit Effekten, die das Publikum begeistern sollten. Aber bis heute haben wir davon nicht viel gesehen. Herr Ministerpräsident, wenn die Politik der Landesregierung ein Feuerwerk wäre, dann wären Sie doch der Chef-Feuerwerker, oder?

(Lachen, Beifall und Zurufe von der SPD)

Sie müssten dafür sorgen, dass die Feuerwerkskörper zeitlich gut koordiniert gezündet werden,

damit ein künstlerischer Gesamteindruck entsteht. Aber daran hapert es ganz offensichtlich. Nach der Hälfte der Zeit ist die Show schon durch. In der Halbzeitbilanz haben Sie uns nur noch „Zisselmänner“ – so nennt man das bei uns – angekündigt.

(Beifall von der SPD)

Das Publikum wird unruhig und fragt, was denn noch kommt. Auch Ihre Truppe wird unruhig. Viele fordern: Mehr Mumm statt Rüttgers Club. Manchmal muss es eben Mumm sein,

(Beifall von der SPD)

insbesondere in der Bildungspolitik. Herr Pinkwart ist leider nicht da. Ihm hätte ich das gerne persönlich gesagt.

Apropos Silvester und apropos Feuerwerk: An dieser Stelle wollte ich mich eigentlich bei Herrn Wüst bedanken.

(Beifall von der SPD – Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Schade, dass er nicht da ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ganz so schade ist es nicht!)

Aber irgendwie scheinen die Regierungsfractionen die dritte Lesung der Haushaltsdebatte nicht ernst zu nehmen. Auch der Finanzminister und der stellvertretende Ministerpräsident sind nicht da.

(Gisela Walsken [SPD]: Peinlich!)

Auch das spricht eine deutliche Sprache über Ihre Politik in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Kommen wir zu dem Weihnachtsgruß von Herrn Wüst. Er hatte uns eine nette Weihnachtskarte geschickt.

(Hannelore Kraft [SPD] hält eine Weihnachtskarte hoch.)

Wir haben uns sehr darüber gefreut. Wenn man sich diese Weihnachtskarte anschaut, dann sieht man ganz deutlich: Die SPD ist die Rakete, die CDU ist die Flasche.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Haushalt 2008. Der Finanzminister, der immer noch nicht da ist, hat in der Regierung eine herausgehobene Aufgabe. Er ist sozusagen der erste Hilfsfeuerwerker. Bei den riesigen Mehrein-

nahmen, die Sie bei den Steuern hatten, hätten wir eigentlich eine Leuchtbatterie erwartet. Stattdessen gibt es einen Rohrkrepierer.

Ich bin mir fast sicher, dass es der Kollege Stahl in seiner Rede gleich nichtsdestotrotz nicht versäumen wird, dem Finanzminister ausdrücklich für die ehrliche und solide Haushalts- und Finanzpolitik zu danken.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Vor allen Dingen nach 39 Jahren! Das ist das Entscheidende! – Weitere Zurufe von der SPD)

Innerhalb von zweieinhalb Jahren hat Ihnen allerdings das höchste Gericht des Landes, der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen, jetzt zum zweiten Mal bescheinigt, mit Ihrer Haushaltspolitik gegen die Verfassung verstoßen zu haben. Alle Achtung! Ich nenne das ehrlich unsolid, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Ich komme nachher darauf. Warten Sie es ab. Ich gehe noch im Detail darauf ein. Wir haben heute ein bisschen Zeit. Es ist eine große Runde.

Wir können heute nicht über den Landeshaushalt 2008 reden, ohne uns auch noch einmal mit den Haushalten der Jahre 2006 und 2007 auseinanderzusetzen. Nach dem Münsteraner Urteil müssen Sie den Kommunen allein für das Jahr 2006 450 Millionen € zurückerstatten. Für 2007 und 2008 werden es vergleichbare, wahrscheinlich sogar höhere Summen sein. Insgesamt reden wir wohl über ca. 1,6 Milliarden €.

Heute hat das Gericht damit bestätigt, was wir seit 2006 immer wieder in diesem Hause sagen. Für Ihre Sparerfolge haben die Kommunen in diesem Land bezahlt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Finanzminister hat versucht, sich für seine vermeintlich ehrliche Sparpolitik feiern zu lassen. Er hat kräftig am Denkmal des Eisernen Heinrich gefeilt. Mein Fazit ist: von wegen Eiserner Helmut. Beim Sparen gab es Linssen butterweich. – Das war die Realität.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist aber schon schlimm. Nach 2005 haben Sie auch 2006 gegen die Landesverfassung verstoßen, in diesem Fall nämlich gegen das Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Das sagt das Urteil.

Der Innenminister – wenigstens er ist da – hat noch versucht, die gewaltige Schlappe wegzureden. Die Presseerklärung war schon aus dem Tollhaus. Sie haben versucht, uns glauben zu machen, das Gericht habe Ihre Politik auf der ganzen Linie bestätigt. Wenn das so wäre, stellte sich die Frage, warum Sie dann 1,6 Milliarden € zurückzahlen müssen. Diese Frage müssen Sie mir einmal beantworten.

(Beifall von der SPD)

Das Urteil spricht hier eine klare Sprache. Das Urteil sagt – ich zitiere –:

Es liegt auf der Hand, dass sich eine derart signifikante Abweichung nicht mehr im Bereich des verfassungsrechtlich Tolerablen bewegt.

Das ist die Aussage des Urteils, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von der SPD)

Herr Innenminister, Sie kennen sich ja schon mit Verfassungsgerichten aus.

(Ralf Jäger [SPD]: Bestens! – Gisela Walsken [SPD]: Ständiger Kunde!)

– Ja, Karlsruhe und das Verfassungsschutzgesetz lassen grüßen.

Herr Innenminister, lernen Sie daraus. Zündeln Sie nicht weiter an der Verfassung. Noch ein guter Rat: Wenn sich bei einem Feuerwerk unkontrolliert ein Knaller entzündet, muss man ihn wegwerfen oder löschen. Man darf ihn auf keinen Fall in der Hand behalten. – Da hat Ihnen Herr Linssen einiges an Erfahrung voraus. Das haben wir in den letzten Tagen gemerkt.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir halten fest: Sie hatten den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern eine ganz andere Politik versprochen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten den Finanzminister aus der Debatte über die erste Lesung des Haushalts 2006:

Die Kommunen sollen finanziell angemessen unterstützt werden.“

Und:

„In der Vergangenheit musste im kommunalen Finanzausgleich viel zu oft nachjustiert werden. Dieses Auf und Ab wollen wir abschaffen, meine Damen und Herren.“

Heute wissen wir, was damit gemeint war.

Sie haben die Kommunen wissentlich und willentlich mit einem zu geringen Festbetrag abgespeist. Die kommunalen Spitzenverbände haben Ihnen das in jeder Anhörung immer wieder vorgerechnet. Das lag schwarz auf weiß vor. Es steht auch in den Protokollen. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Finanzminister sein politisches Feuerwerk mit dem Geld anderer Leute bezahlt hat. Das ist der Skandal, der offenkundig geworden ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das Mindeste ist, dass Sie jetzt schnell handeln und den Kommunen wenigstens einen Abschlag für die Jahre 2006 und 2007 zurückzahlen.

Ich sage aber für die SPD-Fraktion auch ausdrücklich: Dieser Abschlag ist deutlich zu niedrig angesetzt. Das Gericht hat doch klar entschieden. Für 2006 haben Sie den Kommunen 450 Millionen zu viel abgenommen. Es ist nicht in Ordnung, wenn Sie für 2006 erst einmal nur 280 Millionen zahlen wollen. Der Abschlag müsste nach unserer Auffassung für 2006 mindestens 400 Millionen betragen. Für 2007 greifen Sie mit 220 Millionen € erkennbar viel zu niedrig; die Überzahlung lag wahrscheinlich weit über den 450 Millionen.

Über die Verteilungsmechanismen, die Sie vorsehen, wird heute noch zu reden sein. Ich höre bereits viel Kritik aus den Kommunen. Sie sollten sie an diesem Prozess intensiv beteiligen.

Die zentrale Frage, die sich jetzt stellt, ist aber, wann und wie Sie den Rest der Gelder zurückgeben. Dazu fehlt bisher jede Antwort im Nachtragshaushalt und im Abschlagsgesetz. Unsere Befürchtung ist, Sie suchen im Moment krampfhaft nach einer Lösung, wie Sie den Kommunen das Geld an anderer Stelle wieder abknöpfen können. Deshalb äußern Sie sich nicht dazu.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Haushalt 2008 hat dann denselben Mangel wie seine Vorgänger: Auch diesmal ist wieder eine viel zu hohe Belastung der Kommunen vorgesehen. Das folgt auch ganz klar aus dem Ergebnis der Anhörungen im Haushalts- und Finanzausschuss. Sie können nicht auf das Urteil von Münster verweisen und behaupten, Sie hätten jetzt zwei Jahre Zeit, den Fehler zu reparieren. Der Verfassungsgerichtshof hat Ihnen keinen Freifahrtschein gegeben, einen zinslosen Kredit bei den Kommunen zu nehmen. Es ist ein Skandal, dass Sie den Kommunen ungerührt nun auch für den Haushalt 2008 zu viel Geld für den Solidarpakt abnehmen. Die Kommunen müssen das

über Kredite teuer finanzieren. Das ist keine gute Politik für die Kommunen in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Korrekturen für 2008 hätten heute hier schwarz auf weiß auf dem Tisch liegen müssen und können; dafür hatten Sie genug Zeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber für uns in erkennbar: Sie tricksen schon wieder.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nepper, Schlepper, Bauernfänger!)

Das GFG 2008 verletzt Verfassungsrechte der Kommunen und verstößt auch gegen den Grundsatz von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Trotzdem werden Sie es heute beschließen, fürchte ich. Interessant war, was Kollege Klein dazu in der Presseerklärung in der letzten Woche gesagt hat. Darin steht: Wir beschließen das GFG – Gemeindefinanzierungsgesetz – unverändert, und wir begrüßen, dass der Finanzminister unverzüglich ein GFG-Anpassungsgesetz vorlegt. – So etwas nenne ich Regierungsmurks mit Ansage.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist ungefähr so, als würden Sie dem Käufer eines Neuwagens mit den Schlüsseln gleichzeitig schon mal die Einladung zur Rückrufaktion mit auf den Weg geben. Ungefähr so machen Sie Politik in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber das ist leider nicht der einzige Murks im Haushalt 2008.

(Ralf Jäger [SPD]: Denn sie wissen nicht, was sie tun!)

Neben dem Loch – man könnte schon von einem Krater sprechen – von über 1 Milliarde durch das Urteil aus Münster haben Sie 60 Millionen € Einnahmen aus Abführung der Wohnungsbauförderungsanstalt zu viel eingeplant – bislang ohne jede gesetzliche Grundlage. Der Bauminister weilt nicht unter uns.

(Zurufe von der SPD: Doch!)

– Doch, er ist da. Entschuldigung. Sie sitzen auf ungewöhnlichem Platz.

(Minister Oliver Wittke sitzt auf dem Platz neben Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers.)

Sind Sie schon zum Vizeregierungschef aufgestiegen, Herr Kollege? – Der Bauminister hat es

schlicht nicht hinbekommen, das Gesetz dafür rechtzeitig auf den Weg zu bringen.

Überhaupt, der Bauminister: Sein Politikstil erinnert mich an diese Heuler beim Feuerwerk – so nennen die sich –,

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

die extrem laut pfeifen und ohne jede Kontrolle durch die Gegend fliegen. Das fällt mir dazu ein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die sind auch billig, die Heuler!)

Der nächste Murks kommt vom Jugendminister.

(Zurufe von der SPD: Der ist auch nicht da!)

– Auch nicht da. – Der hat vergessen, seine Kürzungen bei den Kindergärten zulasten der Kinder und Kommunen für das nächste Jahr fortzuschreiben. Jetzt muss der Fehler eilig behoben werden, damit die Träger 2008 keinen Anspruch geltend machen können. Dafür hat er nämlich in seinem Etat kein Geld.

(Christian Lindner [FDP]: Das war Ihre Kürzung!)

– Aber Sie haben doch den Haushalt handwerklich aufgestellt, oder habe ich da irgendetwas falsch verstanden? Oder haben wir den aufgestellt?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Lindner, ich glaube, Sie haben das Problem noch nicht erkannt. Es geht gar nicht um die Kürzungen, sondern darum, dass hier handwerklicher Murks gemacht wird. Den haben Sie zu verantworten und auf keinen Fall die Opposition. Damit können Sie sich in diesem Fall wirklich nicht herausreden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Da klappt eindeutig die Laschet-Lücke, wie wir es genannt haben. Politik mit Knalleffekten reicht nicht. Wir erinnern uns, Konsens am runden Tisch, breite Zustimmung aller Beteiligten zum KiBiz. Das sollte das Gesellenstück des Jugendministers werden. Aber leider war alles nur Illumination, bengalisches Feuer. Als der schöne Schein vorbei war, kam der Ärger: Statt Konsens gab es Streit, statt Zustimmung große Demonstrationen. Die Politik dieses Ministers ähnelt einem Knallfrosch. Er springt – zickzack – auf der Straße herum und richtet nicht selten dabei auch noch Schaden an. Das ist das Problem.

(Heiterkeit Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das soll die Haushaltsführung einer soliden Regierung sein? – Herr Finanzminister, herzlich willkommen!

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Ihr Haushalt ist schon heute das Papier nicht mehr wert, auf dem er gedruckt ist – das ist die Realität –, und schlimmer noch: nicht nur handwerklich Murks, sondern auch inhaltlich. Mit Ihrem Haushalt setzen Sie erkennbar wieder falsche politische Schwerpunkte.

Der Schuletat steigt von 2007 auf 2008 um sage und schreibe 0,32 %. Diese Steigerungen – man kann es nur immer wieder deutlich machen – fließen fast vollständig in den Bereich der privaten Ersatzschulen, die im nächsten Jahr 77 Schülerinnen und Schüler mehr haben werden. Um 41 Millionen ist der Etat angestiegen, und davon gehen knapp 38 Millionen zusätzlich an die privaten Ersatzschulen für 77 Schüler mehr.

Das zeigt, dass bei Ihnen Schule, Bildung und unsere Kinder kein Schwerpunkt sind. Das macht dieser Etat deutlich.

(Anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

0,3 % Steigerung bei Schule; demgegenüber steigen die Ausgaben für den Ministerpräsidenten im Einzelplan 02 deutlich an: um immerhin 6,07 %.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Seit 2005 ist dieser Bereich um sage und schreibe 16 % gestiegen. Die wesentlichen Ursachen dafür kennen Sie: Repräsentationsausgaben plus 230 % und Kosten für wissenschaftliche Beratung plus 1.800 %. Offensichtlich legen Sie hier einen Schwerpunkt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Meine Damen und Herren, unsere Änderungsanträge zum Haushalt zeigen: Wir legen wirklich einen Schwerpunkt auf Kinder, Jugend und Bildung. Das zeigen wir in diesem Haushalt wie auch in allen Haushalten zuvor. Das ist machbar, ohne die Neuverschuldung nach oben zu fahren.

(Beifall von der SPD)

Für Sie lohnt es sich, einen Blick in unsere Haushaltsentwürfe zu tun. Vielleicht kommen Ihnen dann mal gute Ideen, wie man diesen Schwerpunkt wirklich setzen kann.

(Beifall von der SPD)

Angeblich liegt der Schwerpunkt der Regierung und der Regierungskoalition auf der Haushalts-

konsolidierung. Die Zahlen zeigen aber deutlich, dass das eine Mär ist.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Seit 2005 sprudeln die Steuerquellen wieder reichlich. Seit Ihrem Regierungsantritt haben Sie mindestens 8, wahrscheinlich sogar 10 Milliarden € mehr Steuern eingenommen. Im gleichen Zeitraum steigen die Schulden auf inzwischen 117 Milliarden €. Das ist die Wahrheit dieses Haushalts. Das ist keine Konsolidierungspolitik.

(Widerspruch von der CDU)

Meine Damen und Herren, die handwerklichen Fehler ...

(Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ist auf der Regierungsbank im Gespräch mit Minister Oliver Wittke.)

– Ich will mich ja nicht beklagen, aber wir haben vorhin über Kopfnoten gesprochen. Ich finde, dieses Gespräch am Rande meiner Rede würde dafür sorgen, dass die Kopfnote eindeutig im unteren Bereich angesiedelt wäre. Das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie reden doch so viel über Etikette und Anstand. Es wäre nett, wenn Sie mich in meiner Rede dadurch nicht stören würden. Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Gisela Walsken [SPD]: Der hat das gar nicht mitgekriegt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, die handwerklichen Fehler und die falsche Schwerpunktsetzung sind schlimm genug. Schlimmer ist aber, dass diese Fehler symptomatisch für die Regierungsarbeit sind. Sie zeigen erneut: Sie können es nicht. Kaum eine Rakete, kaum ein Böller zündet planmäßig. Rohrkrepierer sind an der Tagesordnung. Schlechte Gesetze und schlechte Politik sind Ihre Markenzeichen. Ich nenne ein paar Beispiele:

Nordrhein-Westfalen hat unter Schwarz-Gelb kein Gewicht mehr in Berlin, weil Sie handwerkliche Fehler und eine schlechte Politik machen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Gestern hatten wir die Debatte um den Mindestlohn. Wir haben wieder gehört, der Postmindestlohn sei schlecht, weil er Wettbewerb verhindere. Aber, Herr Arbeitsminister – auch der ist nicht da ...

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der feiert den Postmindestlohn in Berlin!)

– Der ist im Bundesrat; der darf da sein. – Aber, Herr Arbeitsminister, dieser Mindestlohn ist doch frei von den Tarifpartnern vereinbart worden, oder etwa nicht? Für Sie zählt die Tarifautonomie offenbar nur dann, wenn sie ins Kalkül passt,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei Managern!)

zum Beispiel dann, wenn sich der Ministerpräsident der Debatte um die Managergehälter entziehen will, weil er sich ungern positionieren will. Dann bezieht er sich auf die Tarifautonomie, auch wenn es noch so falsch ist. Das erleben wir hier.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, als Sie Herrn Laumann aus Berlin geholt haben, wurde er uns als großer Kracher, als Kanonenschlag angekündigt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das stimmt! Krachen tut er ab und zu!)

Die Arbeitsmarktpolitik in Berlin sollte von Düsseldorf aus gleich mitbestimmt werden. Wenn es Initiativen gab, blieben sie ebenso unbemerkt wie folgenlos. Ich würde sagen: Tischfeuerwerk statt Kanonenschlag; das ist unser Fazit.

(Beifall von der SPD)

Soziale Politik wird in Berlin von der SPD gemacht,

(Lachen von der CDU)

meistens gegen den Widerstand der CDU in Bund und Ländern. Dabei kommen viele Anstöße aufseiten der SPD hier aus Nordrhein-Westfalen: für den Mindestlohn, gegen den Missbrauch der Leih- und Zeitarbeit, gegen Exzesse bei Managerabfindungen.

(Ralf Witzel [FDP]: Und für den subventionierten Sockelbergbau!)

Aber sie kommen von uns, von der NRW-SPD, und nicht von Ihrem Arbeitsminister.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von Ralf Witzel [FDP])

Zweites Beispiel: Schulpolitik. Hier lautet das Motto weiterhin: Realität ausblenden, Augen zu und durch.

(Zuruf von der CDU)

Dazu passt übrigens der Wettbewerb des Generationenministers. Das Motto lautet: Ich male mir die NRW-Welt, wie sie mir gefällt. – Ein treffenderes Motto für Ihre Politik könnte ich mir nicht vorstellen. Frau Sommer, vielleicht sollten Sie sich daran beteiligen.

(Beifall von der SPD)

Die Anmeldezahlen bei den Hauptschulen stagnieren auf niedrigstem Niveau. Frau Ministerin sieht eine Trendwende, obwohl der prozentuale Anteil unverändert ist. Sie verweisen auf die Ganztags Hauptschulen. Ja, da gehen die Zahlen leicht hoch, aber dafür laufen die anderen Hauptschulen umso schneller leer. Das ist die Realität.

Herr Ministerpräsident, Sie sollten vielleicht ein bisschen mehr auf Ihre kommunalen Praktiker in den eigenen Reihen hören. Es ist schon lange nicht mehr so, dass es nur zwei gallische Dörfer gibt, nämlich Horstmar und Schöppingen, die sich gegen Ihre ideologische Blockade wehren. Auch Eschweiler, Emsdetten, Schalksmühle, Bonn und Bad Honnef wollen Gemeinschaftsschulen.

(Ralf Jäger [SPD]: Ein bildungspolitischer Dinosaurier!)

Fortschritt lässt sich nicht durch Denkverbote aufhalten, Herr Ministerpräsident. Sie sollten sich noch einmal anschauen, was Ihr CDU-Kollege, der Fraktionsvorsitzende Dieter Bielefeld aus Horstmar, Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Die Landesregierung scheint einfach noch nicht so weit zu sein. Wir sind schon viel weiter.“ – Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Anhaltender Beifall von der SPD)

Realität ausblenden, so gehen Sie auch mit dem Thema Unterrichtsausfall um. Wir werden Sie immer wieder daran erinnern, dass Sie vor der Wahl eine Unterrichtsgarantie versprochen haben. Nach der Wahl blieb davon nur noch die Ankündigung von 4.000 neuen Lehrerstellen übrig. 2.000 davon kassierten Sie allerdings sofort wieder über kw-Vermerke ein.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Bleiben 2.000 Stellen in fünf Jahren. Das wäre bei round about 150.000 Stellen in den Schulen ein Zuwachs von 1,33 %. Pro Schule könnten 0,31 Stellen erwartet werden.

Ihre Unterrichtsgarantie war offenbar nichts wert. Wer selbst ein Kind in der Schule hat, erlebt das tagtäglich mit: Stunden fallen aus, Vertretungslehrer fehlen, oft werden die Kinder später bestellt – die erste Stunde fällt aus – oder früher nach Hause geschickt.

Oder es wird EVA angeordnet. Meine Damen und Herren – gerade diejenigen, die auf der Tribüne sitzen –, Sie kennen sich mit diesen Fachbegriffen nicht aus. Was bedeutet das? Das bedeutet ei-

genverantwortliches Arbeiten. Die Kinder sitzen in der Klasse, und bekommen eine Aufgabe – unbeobachtet, unbeaufsichtigt – und müssen diese Aufgabe lösen. Kein Lehrer ist in der Klasse.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Kein Unterricht!)

Das ist doch kein Unterricht! Die Kinder lernen doch nichts! Ihr Satz muss nachhallen: „Wo Schule draufsteht, muss auch Schule drin sein.“ Das gilt auch für EVA. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall von der SPD)

Es gibt noch eine Variante: Ein Lehrer kommt in die Klasse, ist aber fachfremd und unterrichtet nicht. Er beschäftigt die Schüler nur. Auch das, liebe Frau Sommer, ist für uns kein Unterricht. Das ist für uns „betreuter Unterrichtsausfall“. Dabei bleiben wir.

(Beifall von der SPD)

Sie laufen herum und behaupten, Sie hätten den Unterrichtsausfall fast um die Hälfte verringert. Daran glaubt niemand in diesem Land.

(Zuruf von der CDU)

Herr Ministerpräsident, wir warten noch immer auf die Vollerhebung des Unterrichtsausfalls, die Sie im Landtag persönlich versprochen haben: keine Erhebung an einem Stichtag, der vorher klammheimlich bekannt gegeben wird, sondern eine umfassende Dokumentation aller ausgefallenen Unterrichtsstunden. Wann erfüllt Ministerin Sommer eigentlich ihr Versprechen? Die Frage ist immer noch nicht geklärt.

(Zuruf von der SPD: Das wird noch dauern!)

Über das Thema Kopfnoten haben wir bereits gesprochen. Auch dabei wird deutlich: Sie können es nicht. Sie haben die Dinge nicht im Griff.

Frau Ministerin Sommer, Ihre Politik erinnert mich an das Abbrennen von Wunderkerzen am Sylvesterabend: Sie brennen kurz, leuchten hell auf, versprühen dabei Funken nach allen Seiten, aber sie erlöschen ganz schnell wieder. Dann stehen die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer wieder im Dunkeln. Das ist das Markenzeichen Ihrer Politik, Frau Ministerin Sommer.

(Beifall von der SPD)

Drittes Beispiel: Studiengebühren. Minister Pinkwart hat den Studierenden bessere Studienbedingungen und eine verbesserte Lehre versprochen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Heute wissen wir – und das ist durch die ersten Daten und Fakten, die vorliegen, belegt –: Mit den Gebühren wird nicht die Qualität der Lehre verbessert, sondern es werden im Wesentlichen Lächer gestopft, die die Sparpolitik von Schwarz-Gelb erst gerissen hat.

Herr Minister – wenn er anwesend wäre, würde ich ihn das fragen –, Ihr Beitrag zum Regierungsf Feuerwerk sollte ein Goldregen sein. Davon haben die Hochschulen bis heute nichts gemerkt, und ich fürchte, sie werden davon auch nichts merken.

(Beifall von der SPD)

Manche mögen denken, dass wir als Opposition das alles gelassen oder vielleicht sogar mit klammheimlicher Freude beobachten. – Nein, ich versichere Ihnen, das tun wir nicht. Wir sorgen uns, weil diese Politik schädlich für das Land ist. Sie betreiben Pfusch.

(Zuruf von der CDU: Schaut euch mal eure Umfragewerte an!)

Das ist gerade in den letzten Monaten ganz deutlich geworden. Pfusch am Bau schädigt die Bauherren. Pfusch am Land schädigt die Bürgerinnen und Bürger. Sie betreiben Pfusch am Land, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Bei vielen Themen der Landespolitik zeigt es sich, dass Sie im Hochgefühl des Wahlsiegs und der Regierungsübernahme und bei den schnell verlaufenden Koalitionsverhandlungen einen wichtigen Grundsatz für gutes Regieren vergessen haben: Sorgfalt geht vor Schnelligkeit.

Sie haben sich von Ihren eigenen Sprüchen aus der Oppositionszeit leiten lassen, statt auf Fachleute zu hören. Heute wird immer deutlicher, welche Fehlentscheidungen Sie damit für dieses Land eingeleitet haben.

Eine dieser eklatanten Fehlentscheidungen war es, die Zukunft öffentlicher Unternehmen an Ihr Motto „Privat vor Staat“ zu knüpfen. Ich rede nicht nur über § 107, sondern auch über die WestLB und die LEG. Sie wollten und wollen sie aus ideologischen Gründen unbedingt verkaufen. Sie haben große Ankündigungen gemacht und sich selbst in Zugzwang gebracht.

Solch eine Aktion geht selten gut. Ihre Aktion ist voll danebengegangen. Man sieht das an dem geplanten Verkauf der LEG. Der Plan wurde zu Beginn Ihrer Regierungszeit mit heißer Nadel genäht. Später, nach der Bundestagswahl, haben Sie, Herr Ministerpräsident, auf soziale Rhetorik

umgeschaltet. Es wurden große Versprechungen in Bezug auf den Schutz der Mieter gemacht. So viel Schutz wie niemals zuvor hatten Sie versprochen.

(Zuruf von der CDU: Genau so ist es!)

Jedem interessierten Beobachter war klar, dass das gar nicht funktionieren kann. Sie wollen auch verkaufen, um Geld einzunehmen. Der Erlös ist fest eingeplant. Der Finanzminister muss einen möglichst hohen Verkaufspreis erzielen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Wo denn?)

– Na ja, damit wollen Sie doch den Innovationsfonds von Herrn Pinkwart füttern. Darauf wartet er. Herr Finanzminister, Sie müssen doch Ihre Zusagen einhalten!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Deshalb müssen Sie einen möglichst hohen Verkaufspreis erzielen.

(Zuruf von der SPD: Kennen Sie Ihren eigenen Haushalt nicht, Herr Linssen? Hören Sie nicht, was Ihr Kollege erzählt? – Weitere Zurufe von der SPD)

Aber wer bezahlt viel Geld für Wohnungen mit einem Mieterschutz, der noch nie so groß war wie jetzt, ganz abgesehen davon, dass der Markt heute anders aussieht als noch 2005?

Jetzt sehen wir, dass es so kommt, wie es kommen musste. Stück für Stück wird auch dieses Versprechen gebrochen. Ein Schutzmechanismus nach dem anderen wird fallen gelassen:

Die Mieten können doch steigen, zum Teil sogar drastisch. Wohnungsverkäufe werden nur unzureichend ausgeschlossen. Verkaufserlöse müssen nicht reinvestiert werden. Nein, die Investitionsquote wird fallen. Das steht in Ihren Grundsätzen. Außerdem können die Verkaufserlöse aus dem Unternehmen herausgezogen werden. Der Kündigungsschutz ist löchrig.

Sie haben sich bedingungslos auf einen Verkauf en bloc festgelegt. Den Preis dafür werden die Mieterinnen und Mieter zahlen. Das hat der Mieterschutzbund in der letzten Woche deutlich gemacht.

(Beifall von der SPD)

Da sind wir noch einmal beim Thema „gute Kinderstube“, von mir aus auch Kopfnoten. Herrn Wüst, dem Generalsekretär der CDU,

(Ralf Jäger [SPD]: Wo ist Wüst denn?)

fällt dazu nichts anderes ein, als dem Vorsitzenden des Mieterbundes Panikmache oder Amtsmissbrauch vorzuwerfen.

(Helmut Stahl [CDU]: Zutreffend!)

– Nein, Felix von Grünberg hat sich über viele Jahre für Mieterinnen und Mieter eingesetzt.

(Helmut Stahl [CDU]: Aber wie!- Rainer Schmeltzer [SPD]: Seit 35 Jahren!)

Jeder einzelne dieser Mieter wird Ihnen bestätigen, dass er die Interessen der Mieter im Blick hat. In dieser Funktion hält er Ihnen den Spiegel vor, und das ist richtig.

(Anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch bei der WestLB waren Ihre Pläne auf Sand gebaut. Ich sage das mit großer Sorge. Viel Zeit, zu viel Zeit ist damit verbracht worden,

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

persönliche Scharmützel auszutragen. Wenn Politik zu einer Frage der persönlichen Ehre wird, dann drohen Fehlentscheidungen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Allerdings!)

Ich spreche hier ausdrücklich von mangelnder Professionalität, die zu beobachten war.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Sache, Herr Ministerpräsident, die Interessen des Landes müssen über die Person gestellt werden. Darum war es jetzt allerhöchste Zeit, dass sich die Anteilseigner zusammenraufen. Ob allerdings mit der Zehn-Punkte-Vereinbarung der Eigentümer die eingeschlagene Richtung stimmt, das bleibt abzuwarten. Herr Ministerpräsident, Sie persönlich haben die Zusammenarbeit mit der Helaba vorgeschlagen. Ich sage Ihnen deutlich: Mit Sorge höre ich die Töne von Ihrem Parteifreund Ministerpräsident Koch aus Hessen. Ich zitiere ihn aus dem „Fokus“ dieser Woche:

„Die Hessen können und dürfen nicht Sanierer sein für NRW. Risiken, die bis heute entstanden sind, muss Nordrhein-Westfalen tragen.“

(Minister Dr. Helmut Linssen: Ja!)

Solche Töne, Herr Ministerpräsident, scheinen Sie auch zu beunruhigen. Ich kann verstehen, dass Sie diesen Artikel nicht in der Presseschau lesen wollten. Das glaube ich gerne.

(Beifall von der SPD)

Ich kann mir auch denken, warum sich Herr Koch so stark fühlt. Er weiß, dass Sie festgelegt sind.

Alle anderen Optionen haben Sie vom Tisch gefegt. So eine Verhandlungsstrategie stärkt immer die Position der anderen Seite. Wir werden das zukünftige Konzept daran messen, wie es sich auf NRW auswirkt. Wird der Finanzplatz geschwächt? Sind die Standorte Münster und Düsseldorf auf Dauer sicher? Was geschieht mit den Arbeitsplätzen?

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich vehement gegen die Vorschläge der Sparkassenverbände für eine Fusion mit der LBBW gewehrt, weil dadurch Arbeitsplätze gefährdet würden. Damit haben Sie die Messlatte hoch gelegt. Ihre Lösung muss sich jetzt als besser erweisen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für den Bankstandort NRW. Für eine gute Lösung für die WestLB reicht es nicht, ein neues Kaninchen aus dem Hut zu ziehen. Politik ist keine Zaubervorstellung. Eine gute Lösung für die WestLB muss tragfähig sein. Der Beweis dafür steht noch aus.

Meine Damen und Herren, traditionell überlegen die Menschen am Jahresende, was das neue Jahr, was die Zukunft bringt. Die Menschen in NRW wissen, dass sie ihre Zukunft selbst in der Hand haben. Sie wollen anpacken und sich anstrengen, damit es eine gute Zukunft wird. Die Landespolitik muss hierfür die besten Voraussetzungen schaffen. Die Menschen wünschen sich Sicherheit und Fortschritt, soziale und persönliche Sicherheit verbunden mit wirtschaftlichem, aber auch gesellschaftlichem Fortschritt. Auf dem Weg dahin bleibt für Politik viel zu tun.

Unser Bildungssystem ist nicht fit für die Zukunft. Wir lassen zu viele Talente ungenutzt. Wir fördern nicht genug und bieten nicht die beste Bildung für alle. Hier ist die Politik, der Staat gefordert, umzusteuern und neue Chancen zu eröffnen.

Die Anstrengungen für Innovation und wirtschaftlichen Fortschritt reichen nicht aus. Wir müssen neue Ideen entwickeln, Potenziale aufdecken. Wir müssen Wirtschaftspolitik neu denken. Hier ist die Politik, der Staat gefordert, Impulse zu geben und einen Rahmen zu schaffen, der fairen Wettbewerb auch global ermöglicht.

Und wir müssen soziale Sicherheit für die Menschen organisieren und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. Die Fliehkräfte werden immer größer, die Konflikte härter. Auch hier ist die Politik, der Staat gefordert, für Ausgleich zu sorgen.

Zu diesen Themen werden wir pünktlich zu den Wahlen unsere Position komplett vorlegen. In der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik liegen unsere Vorstellungen bereits auf dem Tisch. Sie bieten

nach wie vor nur Rezepte von gestern für die Herausforderungen von morgen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und die noch versalzen!)

In der Wirtschafts- und Innovationspolitik werden wir 2008 unsere Ideen und Konzepte erarbeiten und präsentieren. Auch da heißt es bei Ihnen: Fehlanzeige.

Den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft stärken, das ist unser zentrales Thema. Wir begrüßen es, Herr Ministerpräsident, dass auch Sie jetzt Vorschläge für ein Kinderschutzprogramm gemacht haben.

(Minister Armin Laschet: Bitte? Liegt seit einem Jahr vor!)

Sie greifen damit im Wesentlichen Punkte auf, die wir in unserem Positionspapier zum Thema Kinderarmut auf der Fraktionsklausur am 8. September beschlossen haben. Das ist hilfreich für die Debatte und gut für die Kinder in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Herr Laschet

(Zuruf von der SPD: Der jetzt auch da ist!)

– der jetzt auch da ist; ich begrüße Sie sehr herzlich –, so, wie oft in der Sozialpolitik, ist es auch in diesem Fall: Wenn ein CDU-Politiker einen guten Vorschlag macht, dann stellt sich meist heraus, dass der ursprünglich von der SPD kommt.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Lachen und Zurufe von der CDU: Oh!)

Erfreulicherweise nehmen Sie immer mehr Vorschläge von uns auf. Das führt dazu – nicht wahr, Herr Papke –, dass Herr Westerwelle von der Sozialdemokratisierung der CDU spricht. Das ist ja in diesem Zusammenhang interessant.

(Beifall von der SPD)

Aber es bleibt dabei, meine Damen und Herren: Wir, die SPD, sind das Original und Sie sind die Kopie,

(Ralf Jäger [SPD]: Der Laschet hat schon immer abgeschrieben!)

wenn es um die Balance von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Fortschritt in diesem Land geht. Das lassen wir uns nicht nehmen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben viel versprochen: ein großes Regierungsf Feuerwerk, für jede und jeden etwas. Gehalten haben Sie wenig. Ihr Motto bleibt: verspro-

chen, gebrochen! Die Ernüchterung ist längst da – bei denen, die Sie Haushalt um Haushalt enttäuscht haben, bei denen, die Ihren Versprechungen geglaubt haben, einen neuen Anfang wagen wollten und nun sehen, dass sie mehr verloren als gewonnen haben, und sogar bei den Kommunalpolitikern und Arbeitnehmervertretern in Ihrer eigenen Partei. Dass Sie nicht wirklich für soziale Gerechtigkeit stehen und dass Sie nur in Interviews und Ankündigungen Arbeitnehmerinteressen vertreten – das ist den meisten in diesem Jahr mehr als deutlich geworden.

Spätestens mit dem Haushalt 2008 wissen die Bürgerinnen und Bürger jetzt auch, dass Ihr Versprechen für einen gewissenhaften Umgang mit dem Geld der Steuerzahler – Ihre vermeintliche Kernkompetenz – nur Effekthascherei und Wahlkampfretorik war.

(Beifall von der SPD)

Der Haushalt 2008 zeigt: Ihre Politik ist nicht solide. Ihre Politik ist nicht verlässlich. Das ist und bleibt Regierungsmurks, das ist Pfusch am Land.

(Beifall von der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger in NRW haben eine sozialere und eine bessere Politik verdient. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kraft. – Für die CDU-Fraktion erhält jetzt deren Vorsitzender Helmut Stahl das Wort.

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kollegen! Meine Damen und Herren! Sie haben das Bild des Feuerwerks bemüht, Frau Kollegin Kraft. Dabei war das, was Sie hier geliefert haben, war ein Knallfrosch: einmal Knall, alles vorbei und weg!

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD – Ralf Jäger [SPD]: Jetzt sinkt das Niveau!)

Ich habe Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört, und gestern Abend bin ich, bevor ich zur Weihnachtsfeier der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegangen bin, noch einmal an meinem Schreibtisch gewesen,

(Ralf Jäger [SPD]: Waren Sie nicht eingeladen?)

und habe mir den Entschließungsantrag, den Sie uns heute vorgelegt haben, angeschaut. Der ist ja spiegelbildlich zu Ihrer Rede.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie sollen ihn lesen!)

– Ich habe ihn auch gelesen.

(Ralf Jäger [SPD]: Dann haben Sie ihn vielleicht nicht verstanden!)

Darin findet sich die Überschrift „Richtiger Kurs: Zukunftskonzept für NRW“ und darunter steht dann, dass die im Rahmen der Haushaltsberatungen eingebrachten Änderungsanträge alle seriös finanzierbar seien. Ich habe dann angefangen zu blättern: Seite 1, Seite 2, Seite 3, Seite 4 bis Seite 16. Ich habe geschaut und geschaut, gesucht und gesucht. Aber ein Konzept habe ich nicht gefunden; das findet auch niemand. Ich lade alle ein, in diesem Entschließungsantrag danach zu sehen, ob darin ein Konzept erkennbar ist. Nur, verehrte Frau Kollegin Kraft, es ist kein Konzept erkennbar!

(Beifall von CDU und FDP)

Danach habe ich nach den Deckungsanträgen, die Sie gerade als seriös beschworen haben, gesucht.

(Hannelore Kraft [SPD]: Alles im Haushalt!)

– Ich habe mir das sehr genau angeschaut. Ich nenne einmal die größten Positionen, die Sie zur Deckung dessen anbieten, was Sie zusätzlich an Ausgaben tätigen wollen.

(Gisela Walsken [SPD]: Einen Teil haben Sie selbst gebraucht!)

Da sind zum Beispiel die 164 Millionen € an Erträgen aus dem BLB. Jeder, aber auch wirklich jeder, der annäherungsweise etwas mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen zu tun hat, weiß, dass das eine Luftbuchung ist und dass Sie das Geld, wenn Sie es da wegnehmen, nicht mehr investieren können. Das ist doch trivial!

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: O Gott!)

Eine weitere größere Position sind die zusätzlichen 390 Millionen € an Steuereinnahmen.

(Gisela Walsken [SPD]: 300 Millionen € sagt der Ministerpräsident selbst im Landtag!)

– Ja, wir mögen vielleicht sogar noch ein bisschen mehr haben. Hoffen wir es!

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Nur kommt da das Strukturprinzip Ihrer Politik klar zum Tragen. Da haben Sie einmal zusätzliche Steuereinnahmen und dann nutzen Sie die, um Dauerausgaben zu finanzieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Das heißt, dass Sie sich nicht anders als jemand verhalten, der im Lotto gewinnt, von dem ganzen Geld eine Villa kauft und im Jahr darauf die Reinigungskraft nicht mehr bezahlen kann. Das ist Ihre Politik, die Sie über Jahre hinweg in Nordrhein-Westfalen betrieben haben!

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie behaupten, dass die Konsolidierungsmaßnahmen nicht ausreichen und dass nicht alles, was an zusätzlichen Einnahmen nutzbar war, genutzt wurde, um die Konsolidierung herbeizuführen, dann sagen Sie bewusst die Unwahrheit. Wir haben im Haushalt 2008 gegenüber 2005 Mehreinnahmen in Höhe von 6,8 Milliarden € veranschlagt.

(Gisela Walsken [SPD]: Haben Sie schon einmal die aktuellen Steuereinnahmen gesehen?)

Davon werden 4,9 Milliarden € zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme genutzt. Von der Differenz zwischen 6,8 Milliarden € und 4,9 Milliarden € gehen 1,4 Milliarden € an die Kommunen. Wir statten die Kommunen also erheblich besser aus, als Sie es fordern. Dann beklagen Sie gleichzeitig, wir würden zulasten der Kommunen sparen. Irgendwo stimmt das doch mit dem von Ihnen Gesagten nicht überein.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Die zweite Position innerhalb dieser Differenz sind 330 Millionen zusätzliche Ausgaben für Zinsen. Diese 330 Millionen zusätzliche Ausgaben für Zinsen sind Ihnen 112 oder 113 Milliarden € geschuldet, die Sie als Erblast uns, diesem Land, hinterlassen haben,

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

den Kindern und Kindeskindern für die kommenden Jahre!

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Sie sind doch schon bei 117 Milliarden, Herr Kollege!)

Wenn gemessen an dem, was wir zusätzlich eingenommen und auch zusätzlich unternommen haben, jemand ein Lob verdient, dann ist es die

Landesregierung, dann ist es der Finanzminister, dann ist es Helmut Linssen.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Ich will Ihnen doch einen Gefallen tun, Frau Kraft. Ich will Ihnen helfen, dass Ihre Prognose eintritt.

(Ralf Jäger [SPD]: Das Bedanken nicht vergessen!)

– Ja, das habe ich doch gemacht. Ich bin doch jemand, der mitdenkt und mitlebt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das war aber nicht so devot wie im letzten Jahr!)

Wenn Sie dann behaupten, der Schuletat stiege nur um 41 Millionen €, dann sagen Sie auch hier bewusst die Unwahrheit, weil Sie nicht die ganze Wahrheit nennen. Die ganze Wahrheit ist nämlich, dass das bundesgestützte Programm zur Finanzierung des Ganztagsbetriebs ausgelaufen ist und dass, wenn man es in Absatz bringt, der Haushalt um über 200 Millionen € steigt.

(Ralf Jäger [SPD]: Eijejei!)

Dass Sie das nicht wissen, Frau Kraft, oder nicht sagen, zeigt, dass Sie entweder unehrlich oder aber unprofessionell sind. Sie haben beides, wie ich finde, hiermit bewiesen.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie rekurren auf den Unterrichtsausfall, den es natürlich ab und an noch geben wird und der auch gar nicht vermeidbar ist – es sei denn, man stellt hinter jede Lehrerin und hinter jeden Lehrer einen weiteren Kollegen, eine weitere Kollegin –, ist zu sagen: Ihr Erbe war ein Unterrichtsausfall von über fünf Millionen Stunden pro Jahr, und diesen Unterrichtsausfall haben wir drastisch zurückgeführt, drastisch reduziert!

(Beifall von der CDU)

Das ist Politik für unsere Kinder – und nicht, sich hier hinzustellen und unprofessionelle Behauptungen, unehrliche Behauptungen zu tätigen.

Jetzt mache ich noch eines, um Sie zu ärgern. Jetzt lobe ich ausdrücklich Frau Sommer und die Landesregierung. Die haben es verdient.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

Wenn ich mir Ihren Antrag anschau und Ihre Rede einbeziehe, dann finde ich darin nichts, aber auch gar nichts, was den Ansatz eines Konzeptes in sich birgt. Das ist nichts anderes als der Verlag Schnipsel und Kleister, wo Sie alle Ihre Anträge,

die Sie irgendwann einmal gestellt haben, Ihre übliche gehaltlose Kritik zusammengeschnitten und zusammengeklebt haben. Professionalität sieht auch in der Opposition anders aus, und deshalb sollten Sie sich schämen.

(Beifall von CDU und Ralf Witzel [FDP])

Mir scheint, dass Ihnen mit dem Verlust der Ministerien jedweder Sachverstand flöten gegangen ist, dass Ihre Festplatte leer ist, dass Sie nur noch Mundwerk haben und überhaupt kein Handwerk mehr verstehen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Das ist das, was man kurz und knapp zu Ihrer Rede sagen kann.

(Beifall von der CDU)

Ich frage Sie noch etwas: Was haben Sie denn als Opposition, als SPD, im Jahre 2007 gemacht? Außer dem wirklich unsäglichen Beschluss zur Schulpolitik in Bochum im August haben wir doch inhaltlich von Ihnen nichts, aber auch gar nichts vernommen.

(Beifall von der CDU)

Pennen Sie denn durch als SPD-Opposition? Wo sagen Sie den Leuten denn, was Sie gestalten wollen, was Sie tun wollen für unser Land – außer rumzujammern und an jeder Maßnahme, die ergriffen worden ist, oberflächlich miese Kritik zu üben?

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Stahl, Ihre Beschimpfungen fehlen noch! Wann kommen Ihre Beschimpfungen?)

Dann reiben Sie sich an Helmut Linssen. Helmut Linssen ist wirklich und wahrlich ein ehrbarer Kaufmann. Dafür steht er, und dafür hat er unsere volle Unterstützung.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Jetzt haben Sie vorhin beklagt, dass der Verfassungsgerichtshof in Münster ein Urteil gefällt hat, welches die Landesregierung verpflichtet – selbstverständlich kommen wir einem höchstrichterlichen Urteil nach –, den Kommunen etwas zurückzuerstatten. Es ist doch selbstverständlich, dass man dann, wenn ein Verwaltungsgerichtshof diese Entscheidung trifft, entsprechend handelt.

(Ralf Jäger [SPD]: Es war der Verfassungsgerichtshof!)

Dann tritt Folgendes ein: Helmut Linssen sagt: Ich kann das noch finanzieren aus dem, was wir über

Steuerermehreinnahmen und Einsparungen im Jahre 2007 zusätzlich erzielt haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Von denen er behauptet, es habe sie gar nicht gegeben!)

Wir können sofort die Kommunen bedienen, wir können sofort den Kommunen das Geld geben, das ihnen nach dem Urteil des VGH vorenthalten worden ist. – Das verstehen Sie nicht. Das kommt bei Ihnen nicht an. Es ist für Sie unerklärlich, wie es sein kann, dass ein Finanzminister am Ende eines Jahres noch Geld übrig hat. Völlig unerklärlich!

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Das muss auch völlig unerklärlich sein für Sie. Wenn ich mir das Jahr 2003 ansehe: Nettokreditaufnahme, Loch im Haushalt von 6,6 Milliarden €. Wenn ich mir das Jahr 2004 ansehe: Loch im Haushalt von 6,6 Milliarden €. Und wenn ich mir den Haushalt 2005 ansehe: Loch im Haushalt von 6,7 Milliarden €. Das heißt, Sie haben von den Löchern gelebt. Sie haben die Menschen betrogen. Wenn Sie solch eine Kritik jetzt üben, ist das armselig.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Der Landesregierung und der Koalition ist es gelungen, die Nettokreditaufnahme, die wir immer noch tätigen müssen, weil Sie uns einen so gewaltigen Berg an Problemen hinterlassen haben, im nächsten Jahr auf einen Stand zu setzen, wie er seit vielen, vielen Jahren nicht mehr erreicht wurde: 1,78 Milliarden €. Das ist eine gewaltige Leistung, von 6,7 Milliarden € Nettokreditaufnahme auf 1,78 Milliarden € zu kommen. Das gilt nicht nur für das Abschmelzen des Defizits; wir haben ja auch gleichzeitig investiert. Diese Landesregierung, diese Koalition hat gleichzeitig investiert. Wir stecken viel Geld hinein, um zu erreichen, dass wir den Lissabon-Prozess – sprich: 3 % des Bruttoinlandsproduktes für Bildung, Forschung und Technologie auszugeben – tatsächlich auch erreichen. Wir sind auf gutem Weg.

(Ralf Jäger [SPD]: Ja, mit den Steuereinnahmen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir haben rund 5.000 Lehrerinnen und Lehrer netto neu eingestellt.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist der Gipfel der Verlogenheit

(Ralf Jäger [SPD]: Das war der Gipfel der Beschimpfung!)

– das meine ich so, wie ich es hier sage, Herr Jäger –, daran herumzukritteln, wenn man gleichzeitig im Doppelhaushalt 2004/2005 im Schulhaushalt 2.000 kw-Stellen ausgebracht hat.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Schauen Sie sich doch Ihren Doppelhaushalt 2004/2005 an. Auf Seite 155 finden Sie die 2.000 kw-Stellen zum 1. August 2006.

(Ralf Jäger [SPD]: Tiefer geht es nicht mehr!)

Hier dann zu lamentieren, das ist wirklich der Gipfel der Verlogenheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn es trotz der Einsparzwänge den Kommunen einschließlich des Windfall Profits – wie ich es einmal sagen will – noch gelingt, im kommenden Jahr 1,36 Milliarden € mehr verfügbar zu machen, dann ist doch das, was Sie hier beklagen, unglaublich, substanzlos, unprofessionell, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Herr Stahl, Sie schwindeln wieder!)

Wenn Sie beklagen, dass der Ministerpräsident bei Antritt dieser Landesregierung, gestützt von dieser Koalition, ein Feuerwerk versprochen habe,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hat er nicht gehalten!)

dann sage ich: Es ist doch gelungen, dieses Feuerwerk zu veranstalten. Es gibt doch ein Feuerwerk.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Wir haben erstmals seit vielen Jahren unter 800.000 Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in Nordrhein-Westfalen, der höher liegt als der des Bundes. Das ist doch eine Rakete!

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben 2,2 % mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen, Menschen, die wieder Arbeit haben, die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Das ist doch ein Feuerwerk! Das ist doch klasse!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Wenn alle Umfragen zeigen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen optimistischer sind als anderswo in dieser Republik, dann kommt doch et-

was über. Es bewegt sich etwas – von den kleinen Unternehmen, von den Familienunternehmen, über die Eltern, die Kinder zur Schule schicken.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Darin ist doch Drive; den müssen wir nach vorne orientiert nutzen. Das ist Feuerwerk! Das ist gut!

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Das war jetzt nichts! – Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

NRW kommt wieder. Das haben wir 2004/2005 versprochen, und das tritt ein. Alle, die auf der Tribüne sitzen, haben die Zeit vor 2005 in guter Erinnerung, wie Sie sich mit sich selbst beschäftigt haben, wie über die ganze Zeit ein Reformstau angewachsen ist, ein Riesenberg von Problemen, den Sie gar nicht mehr wegbekamen. Die Leute waren es doch satt. Der Mehltau lag auf Nordrhein-Westfalen. Wir haben ihn weggemacht.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Wenn Sie die Bildung bemühen, erinnere ich Sie daran – ich habe es Ihnen schon einmal gesagt –, unter Ihrer Regierungsverantwortung, unter Rot-Grün, war es für jedes 35. Kind unter drei Jahren möglich, eine U3-Betreuung – einen Kindertagesstättenplatz, einen Krippenplatz – zu erhalten. Im Jahr 2010 wird es jedes fünfte Kind unter drei Jahren sein, welches in Nordrhein-Westfalen einen Krippenplatz erhalten kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit welchem Aplomb stellen Sie sich hier hin und tun so, als ob Sie die Samariterin für die Kinder und für die Bildung wären.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie hatten doch Jahre Gelegenheit, es besser zu machen, und Sie haben versagt, wie PISA zeigt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir machen Sprachstandsfeststellungen und Sprachförderung im Kindergarten.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Herr Stahl, was Sie da gemacht haben, war irre! – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Wir bekämpfen den Unterrichtsausfall an unseren Schulen.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Wir setzen den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Qualität des Unterrichts. Wir lassen uns von Ihnen nicht in einen Schulkampf zwingen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wenn Sie gerade mit Tremolo in der Stimme sagen, dass die Menschen in Horstmar und Schöppingen und der dortige Bürgermeister, lieber ein anderes Modell realisiert hätten, dann könnte ich Ihnen etliche Bürgermeister in Nordrhein-Westfalen benennen, die auch gerne ein anderes Modell umgesetzt hätten, was nicht das Ihre sein muss.

(Martin Börschel [SPD]: Unseres hat auch Flexibilität! Das haben Sie immer noch nicht kapiert!)

Sie haben unterschlagen, dass die Kolleginnen und Kollegen der SPD in den Räten dieser Gemeinden dem zugestimmt haben. Das heißt, Frau Kraft, die sind weiter als Sie.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sie sind auch deshalb weiter als Sie, weil es nicht in Ordnung ist, eine gewachsene Schulstruktur zu zerschlagen.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Das ist nicht in Ordnung.

(Hannelore Kraft [SPD]: Herr Wüst, Sie waren schon dran!)

Sie müssen den 250.000 Schülerinnen und Schülern der Hauptschulen, den 330.000 Schülerinnen und Schülern der Realschulen und den 580.000 Schülerinnen und Schülern an den Gymnasien sagen, dass Sie diese Schulformen abschaffen wollen. Das müssen Sie den Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern sagen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Selbstverständlich entwickelt sich Schule weiter. Wir setzen auf Evolution, auf Entwicklung von Schule, auf Qualität von Schule, auf Qualität von Unterricht,

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

auf bessere Vergleichbarkeit. Wir investieren in die Kinder und nicht in die Gebäude, an denen ein neues Schild „Einheitsschule“ steht. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist und bleibt Fakt: Sie sind von gestern in Ihrem Ansatz von Politik. Sie waren immer dafür – und tun es auch in Ihrem Antrag –, dass der subventionierte Steinkohlenbergbau weiter fortgesetzt wird, weiterhin Milliarden investiert werden, um unter der Erde Löcher zu schaufeln, um Kohle zu fördern zu Preisen, die nirgendwo in der Welt mehr wettbewerbsfähig sind.

Am 30. November hat der deutsche Bundesrat endgültig das entsprechende Gesetz passieren lassen. Damit hat Nordrhein-Westfalen ein neues Kapitel seiner Geschichte aufgeschlagen, sich nach vorn zu orientieren und nicht mehr rückwärts zu schauen, keine rückwärtigen Probleme mehr lösen zu wollen.

Sie, Frau Kraft, haben in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an dem gleichen Tag – am 30. November dieses Jahres – in Ihrer Eigenschaft als innovations- und industriepolitische Beauftragte des SPD-Vorstands eine Pressemitteilung veröffentlicht, die nicht auf die Steinkohle Bezug nimmt, sondern die Bezug darauf nimmt, dass im Trinkwasser Probleme liegen. Sie haben auf die Medikamentenrückstände am gleichen Tag hingewiesen. Das ist ein echtes Problem.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja!)

Wir wissen seit 20 Jahren, dass das ein echtes Problem ist, dass man es lösen muss. Aber dass Sie das an dem Tag, an dem die Förderung der Steinkohle ausläuft, zum Hauptthema einer Industrie- und Innovationspolitik machen, das ist schon schwierig. Das ist schon peinlich.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Stahl, wenn das Ihr größtes Problem ist, dass Sie sich darüber Gedanken machen! Peinlich!)

Sie müssen einmal erklären, ob Sie mit dem Thema Steinkohle, wie Sie es in diesem Parlament angekündigt haben, oder mit dem Thema Wasser im Jahre 2010 in den Wahlkampf ziehen wollen. Ich gebe Ihnen noch einen guten Rat: Hier im Saal ist jemand, der ein anerkannter Experte in Sachen Wasserrecht ist und entsprechende Kommentare herausgegeben hat. Von dem können Sie viel lernen, insbesondere in dieser Sache.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das fand Herr Linssen damals gar nicht lustig!)

Jürgen Rüttgers ist dieser Mann, der Ihnen da viel vermitteln kann.

(Beifall von der CDU)

Etwas Privates möchte ich auch anführen: Ich habe gestern Abend – ich liebe Lyrik –, als ich mich nach dem Abendessen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf diese Rede vorbereitete, in dem Lyrik-Kalender 2007 geblättert, den mir der Deutschlandfunk dankenswerterweise in jedem Jahr zur Verfügung stellt. Nicht für den heutigen Tag, aber für den morgigen Tag stand dort etwas drin, nämlich ein Gedicht von Peter Rühmkorf, das man – man tut ihm nicht Unrecht – auch als Kalauer bezeichnen könnte. Es lautet:

„Alles, was was ist, schmeiße ich auf den Mist;
alles, was was war, spüle ich ins Pissoir.
Nur wenn gar nichts werden kann, fange ich
gleich noch heute an.“

Das Letztere, Frau Kollegin Kraft, ist das Motto Ihrer Arbeit seit zwei Jahren und war heute Morgen Ausdruck Ihrer Rede. So fahren Sie: rückwärtsgewandt,

(Martin Börschel [SPD]: Ihre Fraktion schweigt betreten! – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Einheitsschule, Steinkohle, rückwärtsgewandt, was das Ausgabenverhalten des Staates angeht, rückwärtsgewandt, was Ihre Idee von Politik angeht.

Ich sprach vom Reformstau, den Sie uns hinterlassen haben. Ich kann das über viele Punkte weiter konkretisieren. Einen Punkt möchte ich beispielhaft herausziehen: Im Jahr 2004 hat das Kabinett – Ihr Kabinett – einen Planfeststellungsbeschluss für den Bau von Bundesfernstraßen oder Bundesautobahnen, gefasst. Im Jahre 2005 waren es derer vier, im Jahre 2006 waren es derer 14, im Jahre 2007 waren es derer 20. Das heißt, im Jahre 2007 wurden zwanzigmal mehr Baumaßnahmen für Straßen in Nordrhein-Westfalen freigegeben als im Jahre 2004 zurzeit Ihrer Regierungsverantwortung.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist Aufbruch. Auf diese Weise wird in die Infrastruktur unseres Landes investiert. Sie haben nicht investiert, Sie haben über Jahre blockiert.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie investieren in Beton und nicht in Kinder!)

Weil Sie blockiert haben, sind Hunderte von Millionen Euro nicht nach Nordrhein-Westfalen geflossen. Das Bundesgeld ist in den Süden an Nordrhein-Westfalen vorbeigeflossen, ob nach Bayern oder Baden-Württemberg. Das ist vorbei. Damit haben wir aufgeräumt. Das ist ein Teil, um

den Investitionsstau, den Reformstau in Nordrhein-Westfalen zu überwinden.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Das Zweite: Sie sprachen die LEG an. Wenn man mit einem Volksbegehren diesbezüglich gescheitert ist, wenn ein ehemaliger Kollege dieses Landtages, der viele Jahre in Ihren Reihen im Landtag saß, Präsident dieses Verbandes ist, dann fällt es einem schwer zu glauben, dass das, was dieser Mensch in einer Zeit wie dieser verkündet, etwas sei, was sich ausschließlich am Interesse der Mieterinnen und Mieter orientiere. Ich kenne den Kollegen auch. Das stimmt mit Sicherheit nicht. Er will uns schaden und möchte Ihnen in die Bande spielen. Das hat er vor. Das wissen alle, die die Dinge auch nur ansatzweise kennen und davon etwas verstehen.

(Beifall von CDU und FDP – Svenja Schulze [SPD]: Das ist ja peinlich!)

Ich nehme an, dass der Ministerpräsident möglicherweise noch einmal etwas zum Thema WestLB sagen möchte. Ich sage Ihnen nur eines: Wer diese Bank über zehn Jahre so

(Minister Armin Laschet: 20!)

runtergewirtschaftet hat, wie Sie es unter Ihrer Regierungsverantwortung getan haben, der hat jedes Recht, aber auch jedes Recht verloren, auch nur ansatzweise mit Kritik daran zu gehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Nordrhein-Westfalen kommt wieder. Wir gestalten das Land. Wir verändern es. Das passt Ihnen nicht. Zu all dem, was Sie kritisieren, sagen wir: Jawohl, das war und ist beabsichtigt, nämlich unser Land wieder nach vorne zu bringen und nicht am Status quo zu klammern, der schlecht genug ist. Wir bringen Nordrhein-Westfalen voran. Wir haben ein gewaltiges Arbeitspensum in diesem Jahr in diesem Parlament abgeleistet.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Damit ist der Wunschzettel schon leer!)

Eine kleine Auswahl: Wir haben ein Kinderbildungsgesetz verabschiedet,

(Beifall von CDU und FDP)

wir haben den Jugendstrafvollzug renoviert, wir haben den öffentlichen Personennahverkehr neu organisiert, wir haben das Krankenhausgesetz novelliert, wir haben das LPVG novelliert.

(Ralf Jäger [SPD]: Die Mitbestimmung abgeschafft!)

Wir haben eine neue Gemeindeordnung gestaltet. Wir haben die Versorgungsverwaltung reformiert.

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben die Städte und Gemeinden ausgeraubt, Herr Stahl!)

Wir haben die Umweltverwaltung kommunalisiert. Wir haben Beschlüsse zur Steinkohle getätigt, die ich vorhin beschrieben habe. Wir haben ein Personaleinsatzmanagement eingerichtet. Wir haben eine Neustrukturierung der Uni-Kliniken erreicht. Wäre eine solche Fülle von Maßnahmen bei Ihnen in fünf Jahren passiert, Sie hätten die Glocken läuten lassen. Das machen wir in einem Jahr, weil es nötig ist, unser Land nach vorne zu bringen.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Bei Ihnen läuten die Glocken, Herr Stahl!)

Für Sie, Frau Kraft, für die Opposition, für die SPD war dieses Jahr 2007 ein verlorenes Jahr. Ich habe soeben vernommen, dass Sie uns mitgeteilt haben, dass im Jahr 2008 alles besser werde. Dann endlich wollen Sie ans Arbeiten kommen. Wir sind hochgradig gespannt auf Alternativen, die belastbar sind, über die wir miteinander ernsthaft sprechen können. – Ich freue mich auf das kommende Jahr.

Ich weiß, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen optimistisch sind, dass sie wollen, dass es weitergeht,

(Martin Börschel [SPD]: Sie wollen, dass es wirklich losgeht!)

dass sie aufholen wollen, dass sie wieder nach vorne kommen wollen an die Spitze aller Bundesländer und in Europa. Das wollen die Menschen!

Nordrhein-Westfalen wird tatsächlich ein Land der Zukunft, mit Zukunft: mit diesem Ministerpräsidenten und mit allen Menschen in Nordrhein-Westfalen!

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Glück auf und ein gutes neues Jahr.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stahl. – Für die FDP-Fraktion erhält jetzt deren Vorsitzender Herr Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Koalition aus CDU und FDP wird heute ihren dritten eige-

nen Haushalt seit der Übernahme der Regierungsverantwortung beschließen.

(Martin Börschel [SPD]: Zwei Haushalte waren schon verfassungswidrig!)

Zum dritten Mal in Folge, Herr Kollege, ist es gelungen, die Nettokreditaufnahme zu reduzieren!

(Martin Börschel [SPD]: Es gab auch 10 Milliarden € mehr Steuern!)

Das sollten Sie sich vielleicht noch einmal anschauen, Herr Kollege Börschel.

(Beifall von FDP und CDU)

2006 sind wir mit 3,2 Milliarden € gestartet. 2007 sind 2,3 Milliarden € veranschlagt. Für das nächste Jahr haben wir die Nettoneuverschuldung auf 1,77 Milliarden € gesenkt.

(Martin Börschel [SPD]: Wie viele Steuermehreinnahmen hatten Sie noch gleich?)

Die rot-grüne Landesregierung – Herr Kollege, ich will Sie gern noch einmal daran erinnern – hat im Vergleichszeitraum der letzten drei Jahre vor dem Ende des rot-grünen Großexperiments zulasten des Landes Nordrhein-Westfalen 20 Milliarden € neue Schulden aufgetürmt.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Sie haben in den letzten drei Jahren Ihrer Regierungsverantwortung 20 Milliarden € neue Schulden aufgetürmt. Wie sich Frau Kollegin Kraft dann hier hinstellen kann, um dieser Landesregierung fehlende Seriosität in der Haushaltspolitik vorzuwerfen,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Recht hat sie!)

ist mir schlichtweg schleierhaft, Frau Kollegin.

(Beifall von FDP und CDU)

Frau Kollegin Kraft, mir hat sich während Ihrer ganzen Rede der Eindruck aufgedrängt, dass Sie sich zeitweise in den letzten Jahren in einer Art politischem Paralleluniversum bewegt haben.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber da sind Sie doch! – Ralf Jäger [SPD]: Herr Papke, wir sitzen hier! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie allen Ernstes vortragen, die Unzufriedenheit im Land würde zunehmen, darf ich Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass in allen Umfragen der letzten zweieinhalb Jahre diese Koalition aus CDU und FDP eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hinter sich gehabt hat.

(Beifall von FDP und CDU – Ralf Jäger [SPD]: Auch das ist falsch!)

An Ihrer Stelle würde es mich schon ein wenig beschweren, dass diese Umfragen auch noch ausweisen, dass die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen derzeit die schlechtesten Umfragewerte der letzten 40 Jahre haben.

(Zuruf von der CDU: Ich weiß auch warum! – Marc Jan Eumann [SPD]: Machen Sie sich um uns keine Sorgen! – Ralf Jäger [SPD]: Sie sollten andere Sachen als Mickey Mouse lesen!)

Das würde mich beschweren und beschäftigen, Frau Kollegin Kraft. – Das zu den Fakten!

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Mit dem Haushalt 2008, meine sehr verehrten Damen und Herren, erreicht die Nettoneuverschuldung des Landes den niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Dafür möchte ich im Namen meiner Fraktion natürlich sehr herzlich dem Finanzminister Helmut Linssen gratulieren. Das ist eine außerordentliche Leistung.

(Beifall von FDP und CDU)

Unter Federführung von Helmut Linssen ist es unserer Koalition gelungen, die Neuverschuldung innerhalb von nur drei Jahren um 74 % zu reduzieren. Ich denke, dieses Ergebnis kann sich sehen lassen, Herr Finanzminister.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Das hängt auch damit zusammen, dass die Koalitionsfraktionen sich nicht dazu hinreißen ließen, die positive Entwicklung der Steuereinnahmen zur Finanzierung zusätzlicher Ausgabenwünsche zu nutzen. Früher endeten die Haushaltsberatungen der rot-grünen Koalitionsfraktionen regelmäßig mit ungedeckten Mehrausgaben von 100 bis 300 Millionen €. So ist das immer ausgegangen; das kann man Jahr für Jahr nachvollziehen.

Wenn heute dagegen die Koalitionsfraktionen CDU und FDP den Bedarf sehen, den Haushaltsentwurf der Landesregierung an der einen oder anderen Stelle nachzujustieren, machen wir selbst die notwendigen Deckungsvorschläge,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei den Kommunen!)

weil wir uns als Koalitionsfraktionen natürlich in der gemeinsamen Verantwortung für eine solide Haushaltspolitik sehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie decken durch Wegnahme bei den Kommunen!)

Diese Haushaltsdisziplin, meine Damen und Herren, werden wir in den nächsten Jahren auch dringend benötigen.

(Martin Börschel [SPD]: An wen richten Sie diese Appelle? An die Kollegen von der CDU?)

Denn trotz der sehr erfreulichen Zahlen können wir natürlich noch nicht zufrieden sein. Darüber sind wir uns, Herr Linssen, auch einig.

Noch immer gibt das Land Nordrhein-Westfalen 9,4 % seiner gesamten Ausgaben nur für Zinszahlungen aus. Das sind 11,7 % aller Steuereinnahmen; das sind Mittel, die wir an anderer Stelle gut gebrauchen können, um in die Zukunft Nordrhein-Westfalens zu investieren.

Unser Ziel ist es deshalb, die Verschuldungspolitik so schnell wie möglich ein für allemal zu beenden, meine Damen und Herren. Die FDP will so schnell wie möglich – das weiß der geschätzte Herr Finanzminister – einen ausgeglichenen Landeshaushalt.

(Martin Börschel [SPD]: Aber er will nicht! Das ist das Problem!)

Wir meinen, das kann der Landesregierung auch bis 2010 gelingen, wenn wir in unseren gemeinsamen Sparanstrengungen nicht nachlassen, sondern diese Sparanstrengungen eher noch verstärken.

Denn erst, meine Damen und Herren, wenn der Haushalt wirklich ausgeglichen ist, das heißt, wenn das Land endlich nicht mehr in einem Haushaltsjahr ausgibt, als es in demselben Haushaltsjahr einnimmt, haben wir den Verschuldungsirrsinn, den wir von der rot-grünen Vorgängerregierung übernommen haben, wirklich nachhaltig beendet. Das ist das eigentliche Ziel der Haushaltspolitik dieser Koalition.

(Beifall von FDP und CDU)

Denn in diesen Tagen, in denen so viel über Gerechtigkeit diskutiert wird – über vermeintlich gerechte, staatlich verordnete Mindest- oder Höchstlöhne –, darf nicht vergessen werden: Der Abbau der Verschuldung und der ausgeglichene Haushalt, meine Damen und Herren, sind die obersten Gebote der Generationengerechtigkeit.

(Rainer Bischoff [SPD]: Das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun!)

Es gibt nichts Ungerechteres, als unsere Kinder und Enkelkinder durch immer neue Schulden ihrer Chancen zu berauben,

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

was sie später selber erwirtschaften, für ihr eigenes Leben und für ihre eigene Zukunft nutzen zu können. Deshalb wollen wir den ausgeglichenen Haushalt. Deshalb wollen wir Schluss machen mit der Verschuldungspolitik, die wir von der rot-grünen Vorgängerregierung übernommen haben.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Und warum haben Sie das nicht schon gemacht? Was haben Mindestlöhne und Managergehälter mit dem Haushalt zu tun?)

– Herr Kollege, der Zusammenhang zwischen Schulden von heute und den Zinslasten von morgen haben SPD und Grüne nachweislich bereits während ihrer Regierungszeit nicht verstanden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie verstehen das immer noch nicht!)

Schaut man sich nun die Anträge an, die Sie als Sozialdemokraten zum Haushalt 2008 gestellt haben, so muss man feststellen: Sie haben auch in den zweieinhalb Jahren Opposition nichts, aber auch gar nichts dazugelernt.

Da beantragt die SPD mal eben Mehrausgaben in Höhe von 400 Millionen € und hat zur Gegenfinanzierung nicht mehr als Luftbuchungen anzubieten – genau wie zu den eigenen Regierungszeiten.

Und die Grünen toppen das. Die Grünen bleiben ihren alten Grundsätzen treu und nehmen zur Finanzierung der 500 Millionen € teuren sozialen und ökologischen Erneuerung des Landes wieder mal die Steuerzahler ins Visier. Das ist grüne Fiskalpolitik.

Was haben die Grünen vor, meine Damen und Herren? – Ein ganzes Heer von zusätzlichen Betriebsprüfern soll in den mittelständischen Unternehmen unseres Landes das Unterste zu oberst kehren, um dem Staat so frisches Geld zu besorgen. Da die Großbetriebe bereits heute praktisch lückenlos geprüft werden, ist wohl klar, dass die Grünen mit ihrer Initiative wieder mal die kleinen und mittleren Betriebe ins Visier nehmen.

(Bodo Wißen [SPD]: Und was machen Sie bei den kleinen und mittleren Unternehmen?)

Wir werden die Einnahmen des Staates allerdings nicht dadurch verbessern, meine Damen und Herren, dass wir hinter jede Quittung beim kleinen

Einzelhändler oder Handwerksbetrieb in Zukunft einen Betriebsprüfer setzen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Aber bei den großen Betrieben! Und das passt Ihnen nicht!)

Für grüne Staatsbürokraten mag das ein Lösungsweg sein, für eine Mittelstandspartei wie die FDP jedoch definitiv nicht. Deshalb werden Sie mit solchen Initiativen bei uns immer auf Granit beißen, meine Damen und Herren von den Grünen.

(Beifall von FDP und CDU)

Auch an anderer Stelle beweisen die Grünen bei den Beratungen des Landeshaushalts einmal mehr, dass sie beim Erfinden von Folterinstrumenten für die Wirtschaft kaum zu übertreffen sind. Nicht genug, dass die Grünen das von Frau Höhn eingeführte Wasserentnahmeentgelt weiter erhöhen wollen – jetzt wollen sie auch noch einen sogenannten Kies-Euro einführen, der die Branche mit 60 Millionen € belasten und selbstverständlich Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen kosten wird. Ich warte schon seit Jahren darauf, dass die Grünen auch noch eine Atemsteuer vorschlagen. Ich meine, es ist erkennbar ein Glück, dass die grüne bürokratische Staatswirtschaft in Nordrhein-Westfalen vor zweieinhalb Jahren ihr Ende gefunden hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Wahrheit ist doch: Bürger und Steuerzahler in Deutschland werden vom Staat längst unverantwortlich und systematisch abgezockt. Rot-Grün hat damit angefangen, und leider wird diese Politik von der sogenannten Großen Koalition in Berlin fortgesetzt. Allein die Erhöhung der Mehrwertsteuer – diese hatte Frau Kollegin Kraft zunächst kritisiert, aber dann hat die SPD in Berlin noch was draufgesetzt –

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben erfolglos im Bundesrat den Aufstand geprobt!)

belastet die Menschen in Nordrhein-Westfalen mit jährlich 5 Milliarden €. Hinzu kommen höhere Renten- und Krankenversicherungsbeiträge,

(Hannelore Kraft [SPD]: Das sind doch schöne Steuereinnahmen!)

die Halbierung des Sparerfreibetrags,

(Bodo Wißen [SPD]: Erzählen Sie mal was zu Ihrer Politik!)

die Anhebung der Versicherungssteuer, die Kürzung der Pendlerpauschale sowie weitere Ein-

schränkungen bei den steuerlichen Abzugsmöglichkeiten. Unter dem Strich stehen einer durchschnittlichen vierköpfigen Familie aufgrund der Steuer- und Abgabenerhöhungspolitik der sogenannten Großen Koalition in Berlin

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Seit wann sind Sie unter die Sozialflüsterer gegangen?)

in diesem Jahr 1.600 € weniger zur Verfügung als in diesem Jahr, meine Damen und Herren.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Herr Linsen, er spricht über Sie!)

Bei allen Diskussionen über die politische Mitte darf die gesellschaftliche Mitte nicht vergessen werden. Diejenigen, die morgens aufstehen, ihre Kinder in den Kindergarten oder zur Schule bringen,

(Dieter Hilser [SPD]: Die gehören der FDP aber nicht an!)

dann zur Arbeit fahren und acht Stunden oder noch länger hart arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen und ein Häuschen abzuzahlen, stellen die eigentliche Mitte unserer Gesellschaft dar. Das sind die eigentlichen Leistungsträger,

(Bodo Wißen [SPD]: Mit denen hat Ihre Partei aber nichts zu tun!)

und das sind zugleich die eigentlichen Verlierer des staatlichen

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Verlierer sind die Menschen, weil Sie den Mindestlohn blockieren!)

Expansionsdrangs, für den gerade Sozialdemokraten und Grüne stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Wie schon in den zurückliegenden Jahren haben die Koalitionsfraktionen in den Beratungen zum Landeshaushalt eigene Akzente gesetzt. Dabei war von Anfang an klar, dass mögliche Mehrausgaben an der einen Stelle durch Einsparvorschläge an der anderen Stelle seriös gegenfinanziert werden müssen. An den Eckdaten des Haushalts – vor allem an der Höhe der Nettoneuverschuldung – hat sich deshalb nichts geändert.

Ein besonderes Anliegen meiner Fraktion bestand darin, die Unterrichtsversorgung an den nordrhein-westfälischen Schulen über das hinaus, was wir schon in den letzten Jahren erreicht haben, zu verbessern. Ich bin sehr froh, dass es in Verabredung mit dem Finanzminister gelungen ist, 204 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. 200 Lehrer-

stellen, meine Damen und Herren, bedeuten 200.000 zusätzliche Unterrichtsstunden. Das ist eine gute Leistung.

(Beifall von der FDP)

Damit haben wir die Zahl der Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall und für mehr individuelle Förderung sowie für die Ganztagsbetreuung seit Regierungsübernahme um 5.084 erhöht.

(Frank Sichau [SPD]: Stimmt das auch?)

Bei diesen Zahlen verursacht die SPD ständig Irritationen. Als Frau Kollegin Kraft auf die Zahlen der neu eingestellten Lehrer zu sprechen kam, hat sie wieder von „round about“ gesprochen. Wenn es bei der SPD um Zahlen geht, rechnet sie immer nach Pi mal Daumen. Daher will ich hier noch einmal klar vortragen, dass es sich um 5.084 zusätzliche Lehrer seit der Regierungsübernahme handelt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zitieren Sie die exakten Zahlen zu Privatschulen!)

Im letzten Haushalt der rot-grünen Landesregierung – hören Sie einfach mal zu! – hatten wir 144.955 Lehrerstellen an öffentlichen Schulen. Im Haushalt 2008

(Rainer Schmeltzer [SPD]: 38 Millionen € für 77 zusätzliche Privatschüler!)

werden es einschließlich der erwähnten 204 Stellen

(Bodo Wißen [SPD]: Meister der Selbstsuggestion!)

149.949 sein. Abzüglich von 59 Stellen, die die Unterrichtsversorgung nicht berühren, ist das ein Plus von 4.935 Lehrerstellen.

(Bodo Wißen [SPD]: Märchenstunde!)

Und wenn man die 149 neuen Stellen im Ersatzschulbereich hinzurechnet – auch diese dienen der verbesserten Unterrichtsversorgung –, dann ist man bei genau 5.084 zusätzlichen Lehrerstellen

(Hannelore Kraft [SPD]: Wieder eine neue Zahl!)

für mehr Unterricht an nordrhein-westfälischen Schulen.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Können Sie sich nicht auf eine Zahl einigen? – Hannelore Kraft [SPD]: Einigen Sie sich mal auf eine Zahl! – Dieter Hilser [SPD]: Jeden Tag eine neue Zahl!)

Also, hören Sie auf damit, ständig Nebelkerzen zu zünden und so zu tun, als wären diese Zahlen nicht belastbar. Sie sind belastbar.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das ist falsch!)

Das haben wir vor der Wahl versprochen. Wir haben gesagt, dass wir Kinder statt Steinkohle fördern werden, und das setzen wir jetzt in die Realität um, meine Damen und Herren. Das sind die Fakten, die ich Ihnen hier vortrage.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Welche Zahl stimmt denn jetzt? Sie treiben jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf!)

Das sind in Zahlen gegossen Erfolge für Nordrhein-Westfalen, und deshalb kann sich die Bilanz für 2007, Herr Ministerpräsident, sehen lassen. Seit Jahrzehnten ist Nordrhein-Westfalen nicht mehr so stark erneuert worden wie allein in diesem Jahr 2007.

Die Veränderungen markieren Entscheidungen, die die Weichen für das Land völlig neu in Richtung Zukunft gestellt haben. Es geht nicht um irgendwelche Fußnoten im Landesgesetzblatt, sondern um Weichenstellungen für die Zukunft. Es geht um Meilensteine in der Landespolitik.

Dazu gehört erstens die geradezu historische Dimension des Ausstiegsbeschlusses aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau.

(Beifall von FDP und CDU)

Nach dem Jahr 2014 wird sich Nordrhein-Westfalen nicht mehr an den Absatzhilfen für die laufende Steinkohlenproduktion beteiligen. Das eröffnet uns neue Handlungsspielräume, mit denen wir die Zukunftsfähigkeit des Landes gestalten und das letzte Kapitel des Strukturwandels „Weg vom Steinkohlenbergbau“ bewältigen können.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen das Land schon in den nächsten Jahren sehr gezielt auf diese strukturpolitische Herausforderung vorbereiten. Deshalb, Frau Kollegin Kraft, ist es eben nicht im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bergleute, wenn Sie in den Bergbauregionen landauf, landab verkünden, 2012 würde alles noch einmal auf den Prüfstand gestellt, dann könnte es ja einen Sockelbergbau geben. Wir können es uns nicht leisten, diesem sozialdemokratischen Phantom hinterherzulaufen. Wir müssen den Menschen jetzt sagen: Spätestens 2018 ist Schluss. Wir müssen jetzt gemeinsam anpacken, um Perspektiven für die betroffe-

nen Bergleute zu finden. Da sind Sie mit in der Verantwortung, Frau Kollegin.

(Beifall von FDP und CDU)

Dazu gehört im Übrigen auch, dass die Schließungspläne der DSK im nächsten Jahr zeitnah auf den Tisch müssen, und zwar auch über 2012 hinaus. Ich höre ja, dass einige unterwegs sind, die sagen: Wir gucken erst einmal bis 2012 – aus Rücksichtnahme auf die Sozialdemokraten –, und dann kommen wir 2012 gegebenenfalls als Überraschungsbomben mit den weiteren Schließungsplänen an den Standorten um die Ecke. – So können wir das nicht machen. Das geht so nicht. Wir können die Menschen an den Zechenstandorten, die nicht bis 2012 geschlossen werden sollen, nicht vertrösten, wir würden sie über ihre Zukunft nach 2012 im Unklaren lassen. Wir müssen, Frau Ministerin Thoben, Sorge dafür tragen, dass hier Planungssicherheit entsteht.

Der zweite Punkt, den ich erwähnen möchte: Zu Beginn des Jahres ist das Hochschulfreiheitsgesetz in Kraft getreten. Damit haben wir, hat die Landesregierung den Hochschulen weitreichende Gestaltungsfreiheiten in Forschung und Lehre gegeben.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Nötigungs-gesetz!)

Die Hochschulen sind jetzt keine staatlichen Einrichtungen mehr, die im Detail vom Land gesteuert werden. Nunmehr können sie in eigener Verantwortung ihre Schwerpunkte setzen und ihre Ressourcen nutzen, um sich im Wettbewerb mit anderen Hochschulen zu profilieren. Das ist bundesweit bislang einzigartig. Diese neue Freiheit, meine Damen und Herren, trägt schon in diesem Jahr erkennbar Früchte.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist ein Hochschulverantwortungsbestimmungsgesetz!)

An unseren Hochschulen ist eine Aufbruchstimmung entstanden, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht mehr gehabt haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Abbruchstimmung!)

Das ist die konkrete positive Realität als Ergebnis des Hochschulfreiheitsgesetzes.

(Beifall von FDP und CDU – Marc Jan Eumann [SPD]: Die Studierenden sind sauer! Das ist ein echter Aufbruch!)

Es ist doch enorm, mit welcher Begeisterung die Exzellenzinitiative an unseren Hochschulen vor

dem Hintergrund des Hochschulfreiheitsgesetzes aufgenommen worden ist.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Gerade bei den Studierenden! Die sind sehr begeistert!)

Eine Eliteuniversität, vier Exzellenzcluster und zwei Graduiertenschulen zeugen von einem gewaltigen Kreativitäts- und Modernisierungsschub an unseren Hochschulen. Der ist im Übrigen gerade auch, Herr Kollege Eumann, im Ruhrgebiet zu spüren. Die Ruhr-Universität hat es geschafft, bis in die Endrunde um den Titel einer Eliteuniversität zu kommen.

(Karl Schultheis [SPD]: Aber doch nicht wegen Ihrer Politik! Was hat das mit Ihrer Politik zu tun?)

Gerade für das Ruhrgebiet zeigt sich, dass nicht nur die traditionellen, sondern auch die jungen Universitäten das Zeug dazu haben, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Wenn es die Ruhr-Universität diesmal noch nicht geschafft hat, wird sie beim nächsten Mal dabei sein. Das ist das konkrete Resultat unserer Hochschul- und Wissenschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Drittens. Die neue Gemeindeordnung ist ein Glanzstück unserer gemeinsamen Arbeit in diesem Jahr:

(Lachen von Horst Becker [GRÜNE])

mehr Eigenständigkeit für die Städte und Gemeinden, mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten und natürlich das neue Gemeindewirtschaftsrecht,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

das die bundesweit restriktivsten Vorgaben für die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand statuiert hat, Frau Kollegin Kraft; das ist absolut richtig.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Damit haben wir die bundesweit marktwirtschaftlichste Lösung beim Gemeindewirtschaftsrecht, und darauf sind wir stolz in der Koalition.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Irgendwie hat die Koalition jetzt aber den Applaus verpasst!)

Die schleichende Expansion kommunaler Staatswirtschaft hat ein Ende. „Privat vor Staat“ ist jetzt Gesetz in Nordrhein-Westfalen.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie haben zu viele schlechte Romane gelesen, Herr Papke!)

Viertens. Mit riesigen Schritten sind wir beim Abbau von Bürokratie und überflüssigen Verwaltungsstrukturen vorangekommen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Von den annähernd 1.000 staatlichen Behörden und Einrichtungen des Landes, die wir von Rot-Grün übernommen haben, sind unter Federführung des Innenministers bereits 130 aufgelöst worden.

(Beifall von der FDP)

Wenn das kein Erfolg ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann weiß ich nicht, was man im Bereich des Bürokratieabbaus noch hätte schaffen können.

Wir machen ernst mit dem Grundsatz der Subsidiarität. Es ist das erste Mal in der langen Geschichte Nordrhein-Westfalens, dass sich eine Landesregierung tatsächlich von eigenen Aufgaben trennt. Darüber haben viele Landesregierungen – nicht nur in Nordrhein-Westfalen – bisher gerne in Sonntagsreden fabuliert, gemacht hat es keine. Diese Landesregierung trennt sich von eigenen Zuständigkeiten, privatisiert, kommunalisiert, entledigt sich des eigenen Zugriffs da, wo es sinnvoller ist, die Aufgaben von anderen erledigen zu lassen. Das ist eine herausragende Leistung, die gerade in diesem Jahr deutlich geworden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Das gilt im Übrigen auch für die Reform der Versorgungsverwaltung. Mehr als 1.300 Beschäftigte der staatlichen Versorgungsämter werden in die Kreise und kreisfreien Städte wechseln. Durch die Auflösung der elf Versorgungsämter entfällt eine komplette Verwaltungshierarchie.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und die Versorgung der betroffenen Menschen entfällt auch! – Hannelore Kraft [SPD]: Eine Katastrophe ist das!)

Schwerbehindertenrecht, Elterngeld und soziale Entschädigung werden künftig kostengünstiger, bürgernah und kompetent durch kommunale Stellen wahrgenommen.

(Lachen von den GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben es doch schriftlich, dass es nicht kostengünstiger wird!)

Eltern und Behinderte, die Anträge stellen oder Gesprächstermine haben wollen, haben in Zukunft kürzere Wege. Das ist eine bürgerfreundliche Reform, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Lachen von Rüdiger Sagel [fraktionslos] – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben es schriftlich, dass es mehr kostet!)

– Ich will das, Herr Kollege, noch einmal sagen. Dass die Opposition an der Regierungspolitik rummäkelt, ist okay; das ist ihr Job.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Den Landesrechnungshof dürfen Sie auch nicht vergessen!)

Aber ich habe es bei der Reform der Versorgungsverwaltung als ausgesprochen schäbig empfunden, dass Sie behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern Angst gemacht haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was heißt hier Angst gemacht haben?)

Sie haben auf der Demonstration und auch in einschlägigen Flugschriften von SPD und Grünen den behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern zugerufen, dass die Leistungen, die sie sehr zu Recht beziehen, in Zukunft nicht mehr sicher wären. Das war schäbig, Herr Kollege. Das ist kein Stilmittel der politischen Auseinandersetzung.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Sozialverbände haben das zugerufen! Schauen Sie sich mal die Protokolle der Anhörungen an! Einstimmig dagegen!)

Fünftens. Mit dem Landespersonalvertretungsgesetz haben wir die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst des Landes modernisiert und an die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Die neue Personalratsstruktur im Schulbereich sorgt dafür, dass in Zukunft rund 180 bisher für Personalratsaufgaben freigestellte Lehrer wieder ihrer eigentlichen Aufgabe zugeführt werden,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und die Rechte der Arbeitnehmer missachtet werden und mit Füßen getreten werden!)

nämlich Schülerinnen und Schüler zu unterrichten. Dafür sind die ja einmal angetreten. Das bedeutet 180.000 zusätzliche Unterrichtsstunden, Frau Sommer.

(Beifall von der FDP)

Auch das ist ein großer Erfolg. Wir entbürokratisieren und sorgen zugleich dafür, dass es mehr und besseren Unterricht an unseren Schulen geben kann. Das nenne ich eine gelungene Reform, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Sechstens. Mit dem Kinderbildungsgesetz hat Nordrhein-Westfalen das bundesweit kinder- und

familienfreundlichste Gesetz für den Elementarbereich des Bildungssystems bekommen. Der Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen ist gestärkt worden, der Ausbau von Plätzen für unter Dreijährige beschleunigt und die Finanzierungsarchitektur im Interesse aller Beteiligten, Land, Kommunen, Eltern und natürlich auch Träger, stabilisiert.

Nach dem Studienbeitragsgesetz, dem Hochschulfreiheitsgesetz und dem Schulgesetz haben wir jetzt mit dem KiBiz die Neuaufstellung unseres gesamten Bildungssystems in der gesamten Bildungskette vollendet.

(Beifall von der FDP)

Junge Menschen, meine Damen und Herren, Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen werden in Zukunft nicht mehr wie unter Rot-Grün weniger lernen dürfen als in anderen Bundesländern, sondern sie werden die Chance haben, in Nordrhein-Westfalen mehr zu lernen als in anderen Bundesländern.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist die große Herausforderung für die Zukunft der Kinder in diesem Land, die wir mit diesen großartigen Reformvorhaben bewältigen werden.

Siebtens. Stichwort „Privat vor Staat“: Im Frühjahr nächsten Jahres wird die Landesregierung das Verfahren zum Verkauf der LEG abschließen. Es gibt allen Unkenrufen zum Trotz großes Interesse an der Übernahme der Wohnungen. Allen bösen und unsachlichen Einflüsterungen der Opposition zum Trotz stelle ich fest, dass der Verkauf unter Wahrung bundesweit einmaliger Sozialstandards

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Einmalig stimmt!)

sowohl für die Mieterinnen und Mieter als auch für die Mitarbeiter erfolgen wird. Von rot-grünen Funktionären, die immer unterwegs sind, um den Mietern und Mieterinnen dort Angst zu machen, sollte sich niemand beirren lassen. Zu Zeiten von Rot-Grün mag das anders gewesen sein, aber heute kann man sich auf das Wort der Landesregierung verlassen. Die Sozialcharta beim Verkauf der LEG-Wohnungen

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die ist keinen Pfifferling mehr wert!)

ist nicht verhandelbar. Da sind wir uns einig. So wird es auch kommen.

(Beifall von FDP und CDU)

Es zeigt sich dieser Tage bei der Debatte über den staatlichen Post-Mindestlohn, dass dort, wo

Wettbewerb unterdrückt wird, eine Politik zulasten von Arbeitsplätzen, eine Politik zulasten von Arbeitnehmern gemacht wird. Ein staatlicher Mindestlohn wie der Post-Mindestlohn ist Ausdruck einer Politik zulasten von Arbeitnehmern. Deshalb wird der Post-Mindestlohn nicht nur den Standort Deutschland insgesamt, sondern auch unser Land Nordrhein-Westfalen schädigen. Es werden Arbeitsplätze verloren gehen. Das ist ein schönes Weihnachtsgeschenk aus Berlin,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Einzige, der hier das Land schädigt, das sind Sie!)

dass möglicherweise – das ist ja zu befürchten – vor Weihnachten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wettbewerber der Post noch Kündigungsschreiben bekommen. Das ist die konkrete Auswirkung von staatlich festgelegten Löhnen, meine Damen und Herren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie meinen die, die nur von Aufstocken leben können, die für Dumpinglöhne Post für die Staatskanzlei verteilen müssen!)

So was kommt von so was.

(Beifall von der FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Das ist Tarifautonomie!)

Das können Sie beim nächsten Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung, Herr Kollege, den Betroffenen, die jetzt auf der Straße landen, ja einmal vortragen.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Mal gucken, was die Ihnen dann sagen werden, wenn die jetzt ihren Job verlieren und durch Ihre Politik staatlich festgelegter Mindestlöhne in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden. Mal gucken, was die Ihnen dann sagen werden.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP] – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Romberg, Sie sind ja auch noch da!)

Auch bei diesem Thema, meine Damen und Herren, hat die Koalition ihre Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. So wie wir gemeinsam die Erhöhung der Mehrwertsteuer klar zurückgewiesen haben, lehnen wir jetzt auch den Post-Mindestlohn ab. Denn hier geht es eben nicht um den Schutz der Arbeitnehmer vor Dumpinglöhnen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gut, dass der heute beschlossen wurde!)

sondern um den Schutz eines ohnehin schon privilegierten staatlichen Monopolkonzerns vor privaten Konkurrenten. Das ist doch die Wahrheit beim Thema Post-Mindestlohn, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Da kam wieder kein Applaus von der CDU, Herr Papke!)

Wenn wir über privates Engagement sprechen, dann sind wir bei der WestLB. Frau Kollegin Kraft, auch das muss ich noch einmal in Erinnerung rufen. Dass Sie adressiert an die Landesregierung, insbesondere an den Ministerpräsidenten, hier vorgetragen haben, bei der WestLB würden Interessen des Landes nicht genügend berücksichtigt, ist doch auch ein Stück aus dem Tollhaus. Soll ich Ihnen noch einmal Ihre Anträge vorlesen, die Sie in den letzten Wochen gestellt haben, die nur eines zum Inhalt hatten, nämlich schnell weg mit der WestLB nach Baden-Württemberg? Das haben wir gemeinsam verhindert, weil wir nicht zulassen, dass die traditionsreiche Westdeutsche Landesbank

(Hannelore Kraft [SPD]: Die jeden Tag weniger wert ist!)

zu einem Schleuderpreis nach Baden-Württemberg weggedrückt wird.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben dadurch, dass wir uns quergelegt haben,

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie haben keine Ideen und kein Konzept!)

der Ministerpräsident mit der ganzen Unterstützung der Koalitionsfraktionen, erst die Tür geöffnet für eine wirkliche Zukunftslösung für die WestLB,

(Zuruf von den GRÜNEN: Wo ist die denn?)

die den Kernbestand der WestLB in Nordrhein-Westfalen im Interesse des Finanzplatzes Düsseldorf erhalten wird. Das ist die Wahrheit, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Sie wollten nur wegdrücken, weg mit Schaden, weg um jeden Preis. Das wäre keine Fusion unter Gleichen geworden, wie wir sie jetzt mit der Hella anstreben, sondern das wäre eine Übernahme geworden. Dabei wäre der Finanzplatz Nordrhein-Westfalen unter die Räder gekommen.

(Beifall von der FDP)

Das ist doch die Wahrheit hinter der Politik, die Sie in den letzten Wochen hier propagiert haben.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Wir haben jetzt alle Voraussetzungen dafür, die WestLB in eine gute Zukunft zu begleiten.

(Hannelore Kraft [SPD]: Privat vor Staat!)

Zukunftsweisend ist bei der 10-Punkte-Verständigung der Eigentümer nicht zuletzt auch die mögliche Beteiligung von Finanzinvestoren, um privates Kapital und privates Know-how für die WestLB zu mobilisieren.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Diese Chance muss genutzt werden – das will ich hier für die FDP noch einmal klar sagen – ebenso wie die Möglichkeiten, die aus einer stärkeren vertikalen Vernetzung von WestLB und Sparkassen resultieren können.

(Beifall von der FDP)

Da freut es uns natürlich sehr,

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

dass wir im Hessischen Sparkassengesetz hier eine Reihe von Punkten finden, über die man mit Blick auf die Fusion mit der Helaba auch noch einmal gemeinsam diskutieren kann. Ich bin der festen Überzeugung, wir stehen jetzt in einem sehr guten Prozess, der am Ende zu einem neuen und zukunftsfähigen Geschäftsmodell für die WestLB führen muss. Denn das muss in der Tat jedem klar sein: Die Fusion allein wird die Probleme der WestLB in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten nicht beseitigen können. Wir brauchen wirklich ein Geschäftsmodell, das der Bank und ihren Mitarbeitern eine belastbare Zukunftsperspektive bietet.

Herr Ministerpräsident, wir haben in diesem Jahr mit unserer Koalition außerordentlich viel gemeinsam geschafft. Die Bilanz ist hervorragend. Darauf können wir für das nächste Jahr weiter aufbauen.

Als Sie am Dienstag zu Gast bei uns in der Fraktion waren – das hat uns sehr gefreut –, haben wir gemeinsam festgestellt: Wir werden auch im nächsten Jahr nicht auf Halten spielen, sondern wir werden gemeinsam weiter stürmen. Das werden wir im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen tun. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Lang anhaltender Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Papke. – Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deren Vorsitzende, Frau Sylvia Löhrmann, das Wort. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das mit dem Feuerwerk so gelernt: Es kommt eigentlich immer darauf an, dass man es zum richtigen Zeitpunkt zündet. Wenn man zu früh versucht, es zu zünden, bringt es Unglück. – Ich glaube, das stimmt immer noch. Silvester ist erst in einigen Tagen. Es kommt also darauf an, das Feuerwerk zum richtigen Zeitpunkt zu zünden. Das ist mir als Erstes dazu eingefallen.

Die Karte, die Herr Wüst offensichtlich in bewährter Manier zu zünden versucht hat, ist wohl schwer nach hinten losgegangen. Frau Kraft hat heute bewiesen, dass sie das elegant und charmant umsetzen und etwas daraus machen kann. Das werden Sie auch noch zu spüren bekommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei Wüst geht vieles nach hinten los!)

Das ist der erste Punkt. Herr Wüst ist jetzt nicht da.

Der zweite Punkt ist: Dass die Karten abends, in aller Stille und Dunkelheit, in die Fächer der SPD-Fraktion verteilt werden, finde ich nur peinlich.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist bei Schwarz so!)

Ich wundere mich, dass der Ministerpräsident dazu keine Kopfnoten verteilt. Ich finde das peinlich. Für mich ist dies stillös und arrogant. Das spricht für eine Art pubertäres Imponiergehabe.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Mehr war aus meiner Sicht nicht dahinter.

Abgesehen von seinen Schlusssätzen mit der weihnachtlichen Stimmung hat Herr Papke heute sehr deutlich, schön und klar erkennbar für die Menschen in Nordrhein-Westfalen sein wahres Gesicht gezeigt. Er hat nämlich gezeigt, dass für die FDP „Privat vor Staat“ im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung steht. Er hat gezeigt, dass ihn die sozialen Belange der Menschen in Nordrhein-Westfalen einen feuchten Kehricht scheren. Das hat Herr Papke hier sehr deutlich gemacht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Im letzten Jahr ist der Protest der Menschen an vielen Stellen offenkundig geworden: beim KiBiz, bei der Versorgungsverwaltung und bei den kommunalen Interessen als Substanz und erster Ebene unserer Demokratie. – Ich finde es immer wieder erschreckend, wie Sie sich mit einem Federstrich darüber hinwegsetzen, wie Sie es nicht aufnehmen und nicht als Auftrag sehen, sich mit der Kritik und den Nöten der Menschen auseinanderzusetzen. Sie fegen es weg, ziehen durch und kümmern sich nicht um das, was den Menschen unter den Nägeln brennt. Sie unterstellen und tun so, als ob wir die alle losgeschickt hätten, damit sie hier vor dem Landtag protestieren. Was für ein erbärmliches Demokratieverständnis!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, ich finde, diese oft beschworene Koalition der Erneuerung ist im letzten Jahr zu einer Koalition der Ernüchterung verkommen. Das zeigt sich auch am Haushalt. Der Haushalt ist ernüchternd, handwerklich miserabel, finanzpolitisch enttäuschend und in der Wirkung unsozial und ökologisch fatal.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vielleicht gab es im Jahr 2005 nach der Wahl in NRW tatsächlich bei einigen so etwas wie Aufbruchstimmung. Ich will das gar nicht wegreden. Vielleicht haben einige gedacht, das könnte eine neue Chance für NRW sein. Sicher haben einige Menschen CDU und FDP in der Hoffnung gewählt, dass etwas anders wird und sich hier und da die Lage verbessert. Aber bei den meisten Menschen in Nordrhein-Westfalen ist diese Hoffnung der Ernüchterung gewichen. Das haben mir viele Leute selbst erzählt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Dass es mit Ihren Bilanzen nicht so weit her ist, haben Sie mit Ihrer Umfrage auf der Homepage nun am besten selbst dokumentiert, Herr Stahl.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Ergebnisse der von Ihnen inszenierten Umfrage waren offenbar so ernüchternd, dass Sie sie zuerst selbst frisiert und dann zur Sicherheit von der Homepage genommen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist ein wunderbares Beispiel Ihres Generalsekretärs. Ja, jetzt gucken Sie betreten.

(Zurufe von der SPD)

Schauen wir auf die Eckdaten des Haushalts. Auch wenn Sie das nicht gerne hören, sage ich es noch einmal. Da gibt es dank der Reformen der damaligen rot-grünen Bundesregierung heute Rekordeinnahmen für Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Richtig!)

Was tut diese Landesregierung, die mit dem Versprechen, den Haushalt zu konsolidieren, Schulden abzubauen und Ausgaben zu minimieren angetreten ist? Diese Landesregierung türmt Rekordschulden auf und macht trotz Rekordeinnahmen Rekordausgaben. Das ist doch die ganze Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Papke, wenn Sie Vergleiche zu unserer Regierungszeit hier im Land anstellen, dann lassen Sie die Einnahmedaten und die veränderte wirtschaftliche Situation immer weg. Zur Wahrheit gehören die Rahmendaten aber ausdrücklich dazu.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das kann der Herr Papke nicht!)

Dass Ihnen beim Angriff darauf, dass wir durch Betriebsprüfer Steuergerechtigkeit herstellen wollen, die Steuergerechtigkeit egal ist, spricht für sich. Das muss ich hier gar nicht weiter kommentieren.

Herr Linssen ist leider schon wieder nicht da.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es ist doch nur eine Haushaltsdebatte! – Zurufe von der CDU: Doch!)

– Doch? Wo ist er? In der letzten Reihe, okay. Er muss von Herrn Berger noch eingenordet werden.

Herr Linssen, hinter der Fassade des bürgerlichen ehrlichen Kaufmanns sind Sie ein ganz gewöhnlicher Schuldenmacher.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der Eiserne Helmut von NRW hat nämlich mächtig Rost angesetzt. So, wie er damit umgeht – das ist hier auch schon spürbar geworden –, muss man den Eindruck haben, Sie verwechseln Rost mit Patina.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist ein großer Unterschied.

Herr Linssen, meine Damen und Herren von der Regierung, Ihr vermeintlicher Sparkurs hat sich nun auch vor Gericht als Schimäre entpuppt. Wir Grünen, insbesondere die Kollegen Becker und

Groth, haben es Ihnen von Anfang an vorgehalten. Sie haben Ihren Haushalt entlastet, indem Sie den Städten und Gemeinden unseres Landes ungeniert in die Tasche gegriffen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Verfassungsgericht den Kommunen recht gegeben hat. Es sind weitere Klagen angedroht, wenn Sie nicht alles auf Heller und Pfennig zurückgeben. Es war gut und richtig, dass Münster Ihrem dreisten Versuch, sich auf Kosten der Kommunen zu bereichern, einen Riegel vorgeschoben hat. Was für eine schallende Ohrfeige, was für eine Blamage! Dass Sie, Herr Finanzminister, daraufhin erst mal weggetaucht sind, kann ich nur zu gut verstehen. Zu dem Kommunalminister Herrn Wolf kann ich nur sagen: Oh, hätt' er doch geschwiegen!

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie immer!)

Dass er versucht hat, sich dieses Urteil schönzureden und die ganze Verantwortung beim Finanzminister abzuladen, spricht für sich. Die „Westdeutsche Zeitung“ vom 12. Dezember kommentiert:

„Besonders für Innenminister Wolf wird die Luft immer dünner. Er ist für die Gemeindefinanzierung zuständig, er hat offenkundig gravierende Fehler gemacht.“

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass Herr Wolf unter Realitätsverlust leidet, belegen das die Aussagen rund um das Urteil, die er getroffen hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber – das sollte den Kolleginnen und Kollegen von der CDU zu denken geben – die Methode „schlanker Fuß“ hat bei der FDP ohnehin Konjunktur.

(Beifall von der SPD)

Aber für dieses Ergebnis, für die Klatsche, die Sie sich beim Verfassungsgericht abgeholt haben, ist die gesamte Regierung verantwortlich. Die gesamte Regierung hat diese Gesetze so eingebracht. Zweieinhalb Jahre haben Sie die Kommunen ausgenommen und auf deren Kosten den Landeshaushalt geschönt. Die Folge: Unmut in der kommunalen Familie – interessiert Sie nicht –, immer höher verschuldete Städte und Gemeinden – ist Ihnen egal –, Aufruhr in der eigenen Basis vor Ort – Ihre Devise: Aussitzen.

Meine Damen und Herren, Ihnen reichen nicht der gesunde Menschenverstand und die Hochachtung

vor der kommunalen Selbstverwaltung, um die Städte und Gemeinden fair zu behandeln. Sie brauchen offensichtlich erst ein harsches Gerichtsurteil, um zu merken, dass es so nicht geht. Gut, dass dieser Schwindel aufgefliegen ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Damit wird nun auch dem Letzten klar: Ihre bisherigen Haushalte waren keine Konsolidierung, und vom Sparwillen dieser Landesregierung kann nicht die Rede sein. All das hat das Urteil demaskiert.

Das konnte man auch in aller Klarheit in den Medien nachlesen. Die „Neue Rhein Zeitung“ schreibt:

„Dem ‚ehrlichen Kaufmann‘ Linssen bescheinigen die Richter, dass das Land unter seiner Verantwortung die Kommunen über den Tisch gezogen hat.“

„Finanzminister Helmut Linssen (CDU), ..., steht vor einem Scherbenhaufen“, so der „Kölner Stadt-Anzeiger“.

„Das ist kein Sparen, das ist Tricksen“, schreibt die „Westdeutsche Zeitung“.

Die „Neue Westfälische“ spricht davon: Der Haushaltsentwurf 2008 ist jetzt schon Makulatur.

So sah das flächendeckend in der Presselandschaft Nordrhein-Westfalens aus. – Es muss Ihnen doch auch zu denken geben, dass Herr Erwin, der wirklich kein Freund von SPD und Grünen ist, öffentlich sagt: Unter Rot-Grün ging es den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen besser.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Guter Mann in der Sache!)

Wahrhaftig eine Koalition der Ernüchterung, auch für die eigenen Leute vor Ort. Die gesamte Summe Ihrer Grausamkeiten gegenüber der kommunalen Familie können Sie in unserem ausführlichen Entschließungsantrag allein dazu nachlesen.

Herr Rüttgers, bilden Sie sich wirklich ein, Sie hätten in Sachen WestLB die Kuh vom Eis, nur weil Sie einen Überraschungseffekt erzielt haben? Das ist doch lächerlich. Die beste Lösung, die viele wollten – nicht, weil Rot-Grün sie ins Gespräch gebracht hat, sondern weil die Sparkassen, die Anteilseigner, sie wollten –, haben Sie wissentlich und mutwillig sabotiert.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Versammelt!)

Warum? – Weil Sie, Herr Ministerpräsident, nicht mit Herrn Oettinger können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Rüttgers, das sind innerparteiliche Hahnenkämpfe, die in der Politik keine Rolle spielen sollten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Männerfreundschaft!)

Bankenfusionen, Strukturentscheidungen von Banken und alles, was damit zu tun hat, sollten sachorientiert, seriös und souverän abgewickelt werden. Mit Ihrem Vorgehen haben Sie der WestLB massiv geschadet. Sie haben deren Kundschaft und Belegschaft verunsichert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Eitelkeit statt Wirtschaftskompetenz – das ist hier festzustellen.

Doch zurück zu den Verfassungswidrigkeiten der Landesregierung: Für Herrn Wolf hat das Landesverfassungsgericht etwas dokumentiert, und es wird nicht das letzte Verfassungsgerichtsurteil sein, das dem Innenminister und damit der gesamten Regierung eine Klatsche verpasst. Es hat sich schon überdeutlich angekündigt: Mit Ihrer auch noch unerträglich schlampig gemachten Regelung zur Onlinedurchsuchung werden Sie in Karlsruhe scheitern. Noch nie haben sich die Verfassungsrichter so über ein Gesetz und seine seltsame Auslegung einer Landesregierung mokiert.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nicht mal handwerklich waren Sie in der Lage, ein Gesetz zu formulieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Diese Landesregierung ist eine ABM für Gerichte!)

Dass die FDP einmal Bürgerrechtspartei war und in NRW große Liberale diese Tradition aufrechterhalten haben, das war gestern.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist lange vorbei! – Zuruf von der SPD: Vorgestern!)

Da muss Gerhard Baum schon seine eigenen Parteifreunde verklagen, um das in Erinnerung zu rufen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Es lebe Herr Baum! – Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Ich weiß, Herr Papke, dass Ihnen das weh tut und Sie auch aus diesem Grunde die Veranstaltung des Präsidiums massiv bekämpft haben. Herr

Baum verfolgt Sie in Ihren Träumen, und Sie wollen ihn leidenschaftlich nicht mehr sehen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich träume nicht von Herrn Baum!)

Wahrhaftig eine Koalition der Ernüchterung, auch für eingefleischte Liberale.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nehmen wir die Kinder- und Jugendpolitik! Sie sind mit dem Versprechen angetreten, eine kinderfreundlichere Politik zu machen. Was bringen Sie zustande? Das KiBiz: weniger Bildung, weniger Qualität, höhere Elternbeiträge.

(Minister Armin Laschet: Mehr Geld!)

– Genau, mehr Geld, das die Eltern bezahlen müssen. Da haben Sie recht, Herr Laschet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch in diesen Tagen überschlagen sich die Meldungen über steigende Elternbeiträge:

(Minister Armin Laschet: Stimmt doch gar nicht!)

in unseren Zeitungen, an anderen Stellen. Aufgrund des Systems der Buchungszeiten sind alle in Sorge, dass sich die Eltern umentscheiden und die Kommunen oder die Eltern das durch höhere Elternbeiträge ausgleichen müssen. Trotz Senkung der Trägeranteile bei den Kirchen werden immer mehr Kindergärten geschlossen. Das ist doch wohl wirklich keine schöne Beschercung, die Sie mit Ihrem KiBiz angereicht haben.

Ein Weiteres will ich in Erinnerung rufen: 700.000 Menschen haben in zwei Volksinitiativen und den KiBiz-Protesten mit ihrer Unterschrift gegen die kinderfeindliche Politik der Landesregierung protestiert. 700.000 Menschen, die Herrn Papke egal sind. Wahrhaftig die Koalition der Ernüchterung!

(Beifall von der SPD)

Das gleiche Bild bietet die Schulpolitik. Viele tausend neue Lehrerstellen wollten Sie schaffen. Und? Angesichts Ihrer Versuche, Ihre Ergebnisse schönzurechnen, haben Sie offensichtlich selbst den Überblick verloren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich habe genau nachgeguckt, folgende neun Zahlen sind seit dem Regierungsantritt mindestens von der Landesregierung lanciert worden: 3.000, 3.230,

(Zuruf: Das wurden dann immer mehr!)

4.132, 4.200, 4.231, 5.441, dann aber wieder 4.000, dann auf einmal 6.850, und in der zweiten Lesung des Haushalts waren es auf einmal 9.264.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ohne die von Herrn Papke!)

Neun verschiedene Zahlen, meine Damen und Herren! Ich nenne das Trial and Error.

(Ralf Witzel [FDP]: Nur, weil Sie es nicht verstehen!)

Dann können Sie auch gleich Multiple-Choice machen: Jeder kreuzt das an, was er gerne verkünden möchte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ist es gibt aber auch eine richtige Antwort, bei der sich die Zahlen decken; Herr Papke hat es eben gesagt: In Wahrheit sind es im Haushalt 2008 rund 200 neue Stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: 500, Sie haben den Ganzttag vergessen!)

Alle Ihre Zahlen und Rechenschiebereien können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie den Unterrichtsausfall eben nicht in den Griff gekriegt haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie frisieren die Statistiken durch Unterricht ohne Lehrer. Von wegen Unterrichtsgarantie: Unterricht ohne Lehrer ist das beste Mittel gegen Unterrichtsausfall. Auch hier, meine Damen und Herren, ist an vielen Schulen spürbar: Es handelt sich um eine Koalition der Ernüchterung.

(Widerspruch von der CDU)

Was ist mit den Studiengebühren? Wofür werden sie wirklich eingesetzt? Herr Pinkwart, Sie haben versprochen, dass jeder Studierende, der Studiengebühren bezahlt, eine bessere Lehre bekommt. Aber Sie selbst mussten einräumen, dass ein Großteil dieser Gebühren zweckentfremdet wird.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das stimmt ja nicht! – Horst Becker [GRÜNE]: Köln!)

Bessere Lehre ist Fehlanzeige.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nichts hat sich verbessert, Herr Pinkwart. Das Geld versickert im System. Das ist Ihre ganz persönliche Bilanz des Versagens. Dafür sind Sie, Herr Pinkwart, verantwortlich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ein paar Beispiele: In Münster soll eine Berufsberatung, die bisher von der Agentur für Arbeit mitfinanziert wurde, nun mit Studiengebühren bezahlt werden. Für Tutorien, die in Köln oder Siegen bisher aus anderen Mitteln finanziert wurden, sollen nun die Studiengebühren herhalten. Wenn in Bonn von den Studiengebühren neues Mobiliar für die Bibliothek der Rechtswissenschaften angeschafft wird, ist auch das nicht in Ordnung, denn vernünftige Möbel gehören – zumindest aus unserer Sicht – zur Grundausstattung einer Universität und zur Grundausstattung einer guten Lehre.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die muss das Land leisten und nicht die Studierenden. Von wegen Verbesserung der Lehre dank Studiengebühren! Hier handelt es sich schon wieder um die Koalition der Ernüchterung.

Außerdem steht mittlerweile fest, dass die Studiengebühren viele junge Menschen insbesondere aus sozial benachteiligten Schichten vom Studium abhalten – und das in Zeiten wachsenden Fachkräftemangels, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist kein Zufall, dass der Zuwachs an Studierenden in den Bundesländern besonders hoch ausfällt, in denen es keine Gebühren gibt.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Ein Exodus aus NRW!)

In den Ländern mit Studiengebühren ist der Zuwachs deutlich geringer bzw. gibt es sogar einen Rückgang der Zahlen. Das ist kein Zufall, sondern die Folge der Studiengebühren, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Pinkwart, gestern haben wir schon darüber debattiert. Wenn Sie eine Studie bemühen, in der Studierende nach ihrer Meinung zu Studiengebühren befragt werden, haben Sie offenbar das Problem nicht kapiert. Uns geht es nämlich um die 45.000 jungen Menschen, die kein Studium aufgenommen haben, obwohl sie gekonnt hätten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das sind 9.000 mehr, die das Studium nicht aufgenommen haben, als noch 2005. Das sind 9.000 junge Menschen mit verpassten Chancen, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Unserem Land gehen so dauerhaft Menschen mit hohem Potenzial verloren, weil junge Menschen nur wegen mangelnden Geldes nicht studieren und nicht das machen können, wofür sie begabt und motiviert sind. Das ist aber nicht nur eine Vergeudung von kostbarem Potenzial – es ist gut, dass die Wirtschaftsministerin zuhört, denn es geht auch sie an –, sondern eben auch zutiefst unsozial.

Ein weiterer Effekt ist, dass diese jungen Menschen damit zugleich auf den Lehrstellenmarkt im dualen System drängen, der trotz Wirtschaftsbooms immer noch Zigtausenden jungen Menschen die Tür vor der Nase zuschlägt. Herr Pinkwart, Ihre Studiengebühren sind in jeder Hinsicht kontraproduktiv und schädlich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Um die Wissensgesellschaft zu gestalten, müssen wir auch an den Schulen umsteuern. Wir müssen endlich mit dem Aussortieren und mit der sozialen Spaltung Schluss machen. Wir können es uns schlicht nicht leisten, dass Ayshe mit türkischen Eltern oder Kevin mit Eltern aus einfachen Verhältnissen schon per se schlechtere Chancen haben als die Akademikertochter Sarah.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war doch bei Ihnen so!)

Aber in Deutschland, in NRW ist das so.

(Beifall von den GRÜNEN)

In Bayern ist das übrigens ganz besonders so, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von CDU und FDP)

Diese Ungerechtigkeit müssen wir beseitigen, denn das können wir uns einfach nicht weiterhin leisten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von CDU und FDP)

Wir brauchen jedes Kind und jeden Jugendlichen. Niemand darf verloren gehen. Deshalb brauchen wir Schulen, die in der Lage sind, Kinder und Jugendliche tatsächlich zu fördern, statt sie in Schubladen zu sortieren.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie hatten die Kinder abgeschrieben!)

Wir brauchen bessere Leistungen in der Spitze und in der Breite. Wir Grüne haben Ihnen schon viele Wege aufgezeigt. Wir haben Ihnen zahlreiche Angebote für ein gemeinsames Vorgehen gemacht. Sie lehnen ab,

(Ralf Witzel [FDP]: Keine Einheitsschule!)

ignorieren und blockieren, und das alles aus ideologischer Verblendung. Sie sind und bleiben eine Koalition der Bildungsblockierer.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der Ministerpräsident und seine Truppe müssen endlich aus den Schützengräben heraus!

(Ralf Witzel [FDP]: Sie sind die Einheitsideologen!)

– Sie sind der Einheitsnotenfanatiker, besonders bei Kopfnoten, Herr Witzel, damit Ihnen das an dieser Stelle noch einmal gesagt ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir Grüne wollen den Schulen mehr Freiheit geben. Wir müssen den Kommunen mehr Verantwortung für die Schulen übertragen und nicht im wahrsten Sinne des Wortes reformwillige Städte und Gemeinden wie Horstmar und Schöppingen mit faulen Kompromissen abspeisen. Die Lösung, die Sie Horstmar und Schöppingen anbieten, Frau Sommer und Herr Rüttgers, ist keine Lösung für alle Kommunen. Damit das klar ist: Sie von CDU und FDP gehen nicht so weit wie Ihre Praktiker vor Ort gehen wollten; die wollten nämlich weiter gehen als Sie.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dass die Bürgermeister und auch unsere Leute trotzdem nehmen, was sie kriegen können, ist doch klar. Aber ich prophezeie Ihnen: Es wird sich rächen, dass Sie sich hier nicht bewegen. Das Thema bleibt uns erhalten. Horstmar ist überall. Immer wieder sind Sie die Blockierer.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, es darf nicht sein, dass Lehrerinnen und Lehrer, dass Schulen und Schulleitungen mit Verordnungen und Vorgaben aus Düsseldorf überhäuft und von ihren eigentlichen Aufgaben abgehalten werden. Über das krassste Beispiel für den Kopfnotenwahn haben wir heute Morgen schon diskutiert.

Wir haben Vertrauen in die Kompetenz vor Ort. Ich bin mehr denn je davon überzeugt: Gute Schulen werden vor Ort gemacht und nicht von Düsseldorf aus verordnet.

Wir brauchen eine Neuordnung der Zuständigkeiten von Land, Kommunen und Schulen. Wir brauchen die Kommunalisierung der Schulen. Wir brauchen selbstständige Schulen, meine Damen und Herren.

In einem Punkt konnte es gar keine Ernüchterung geben; denn ernüchtert sein kann man nur, wenn man vorher etwas Positives erwartet hat. Aber beim Klimaschutz, beim Umweltschutz und beim Verbraucherschutz hat von dieser Landesregierung niemand etwas anderes erwartet als Abbau und Zerschlagung. So ist es auch gekommen. Sie haben unsere schlimmsten Erwartungen in der Umwelt- und Verbraucherpolitik sogar noch übertroffen.

Sie haben die Umweltverwaltung erst zerlegt und dann ohne Sinn und Verstand auf die Kommunen verteilt. Damit haben Sie den Umweltminister komplett entmachtet.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Stimmt überhaupt nicht!)

Mit zahlreichen Privatisierungen werden Sie den Umwelt- und Verbraucherschutz durchlöchern. – Dass Sie sich nicht so fühlen, ist im Grunde ein Teil des Problems, Herr Uhlenberg. Dann haben Sie nämlich keinen Anspruch gehabt. Hier entfaltet die unselige „Privat vor Staat“-Ideologie Ihre furchtbare Wirkung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Klimaschutz ist das Thema Nummer eins in der Welt. Es ist für uns – für alle Menschen in der Welt – zu einer existenziellen Frage geworden, ob es uns gelingt, die dramatische Erwärmung der Erdatmosphäre zu begrenzen. Ja, zu begrenzen – für ein Aufhalten ist es heute ohnehin längst zu spät. Wer das immer noch nicht glaubt, dem empfehle ich, das nachzulesen, was Herr Prof. Hennecke heute in der „Westdeutschen Zeitung“ dazu gesagt hat.

Meine Damen und Herren, finden Sie, dass wir angesichts dieser Herausforderung mit dem zufrieden sein können, was in Bali und an anderen Orten momentan politisch vereinbart wird? Finden Sie das wirklich? Wir Grüne finden das nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir müssen folgende Feststellung treffen: Die Bedrohung und die daraus folgende Herausforderung wird nicht mehr bestritten. Je weiter entfernt der Zeitpunkt gesetzt ist, zu dem man bestimmte Ziele – Reduktionen – erreichen will, umso konkreter ist das, was man auf dem Papier zuzugestehen bereit ist. Je mehr es aber auf das jetzige Handeln und auf das Konkretwerden beim jetzigen Handeln ankommt, desto unkonkreter und vager werden die politischen Entscheidungen.

Das ist das, was wir im Moment leider feststellen müssen. So werden wir es nicht schaffen, unse-

ren Kindern und Kindeskindern eine lebenswerte Erde zu hinterlassen. So werden wir die Klimakatastrophe nicht aufhalten können.

Das bestätigt ganz aktuell auch die Diskussion über die Reduzierung der CO₂-Emissionen im Autoverkehr. Kaum gibt es notwendige Vorgaben, schreien alle: „So nicht!“, und: „Hier nicht!“ Merkel, Gabriel, Groß – ganz schnell machen sie sich vom Acker, wenn es ernst wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber darin liegen doch die Innovationsfreudigkeit und die industrielle Revolution, von der wir immer sprechen und die wir angehen müssen.

Statt sich anzustrengen, die Besten zu werden, rufen die Autobauer ständig nach Möglichkeiten, die Schlechtesten in Deutschland zu bleiben. Das ist die Situation, mit der wir leider konfrontiert sind.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Wo leben Sie denn?)

Vor fast acht Jahren sagte Klaus Töpfer in der „Frankfurter Rundschau“ Folgendes:

„Das nächste Jahrhundert muss ein Jahrhundert der Umwelt sein. Sonst droht wirklich die Unbewohnbarkeit des Globus.“

Das gilt heute mehr denn je. Da ist jede Ebene gefordert, zu handeln, auch die Ebene einer Landesregierung.

Hier versagt die Regierung Rüttgers auf der ganzen Linie. Sie weigert sich ganz beharrlich, dafür zu sorgen, dass das Energieland Nummer eins etwas zum Klimaschutz in Deutschland beiträgt. Wie will Angela Merkel ihre vollmundig angekündigten Klimaschutzziele erreichen, wenn NRW nicht mitzieht und Jürgen Rüttgers auf der Bremse steht? Das wird nicht gehen, meine Damen und Herrn. Ohne NRW gibt es keinen deutschen Klimaschutz. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident Rüttgers, beim Klimaschutz sind Sie leider näher bei George W. Bush als bei Ihrer Kanzlerin. Das muss ich hier mit Bedauern festhalten.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von CDU und FDP)

Erzählen Sie mir nichts davon, dass man mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke CO₂ einspart. Das ist Unfug.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir hören hier schon Weihnachtsmärchen!)

Selbst wenn die Kraftwerksbetreiber alle ihre bisherigen Stilllegungszusagen einhalten, wenn alle geplanten Kohlekraftwerke in NRW gebaut werden, wird es eine Zunahme der CO₂-Emissionen von etwa 30 Millionen t pro Jahr geben. In der Vergangenheit – das ist durch die Anfragen von Herrn Priggen dokumentiert, die Herr Stahl so wunderbar findet – hat RWE diese Zusagen nicht eingehalten, sodass sogar mit einer Zunahme der CO₂-Emissionen von mehr als 70 Millionen t zu rechnen ist. Wir brauchen bis zum Jahr 2050 aber eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 80 %.

Deshalb sage ich: Wir brauchen ein Moratorium in der Kraftwerkspolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen mit dem ungebremsen Bau immer neuer Kohlekraftwerke Schluss machen. Stattdessen müssen wir viel mehr in erneuerbare Energien investieren.

Doch das machen Sie mit Ihrer Politik zunichte. Mit Ihrer Borniertheit machen Sie die Windenergie kaputt. Sie streichen die Solarförderung zusammen. Sie behindern den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien, wo Sie können. Das ist nicht nur klimaschädlich, sondern kostet auch Arbeitsplätze. Die entstehen dann woanders, aber nicht in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir Grüne werden im kommenden Jahr ein Klimakonzept vorlegen, das ambitioniert ist und der Verantwortung unseres Bundeslandes gerecht wird. Wir wollen auch dafür sorgen, dass die Menschen in NRW wieder beruhigt Wasser aus dem Wasserhahn trinken können, dass sie wieder beruhigt Fleisch einkaufen und essen können.

(Zurufe von der CDU)

Wir werden nämlich das umsetzen, was der zuständige Minister, Herr Uhlenberg, nur verspricht: mehr Kontrollen – die sind da notwendig –, sauberes Wasser, auch gegen den Widerstand von Wasserwerken.

(Zuruf von der CDU: Früher habt ihr das alles nicht geleistet?)

Die Koalition der Ernüchterung hat erneut den Beweis erbracht, dass Verbraucherinnen und Verbraucher nur von den Grünen wirksam geschützt werden.

(Zuruf von der CDU: Vor den Grünen!)

– “Von den Grünen“, habe ich gesagt.

(Zuruf von der CDU: Vor den Grünen! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Ich freue mich aber, dass Sie so aufmerksam zuhören. – Nur die Grünen haben ein Konzept, mit dem man die Menschen vor PFT und Gammelfleisch schützt.

(Zurufe von CDU und FDP)

Auch auf eine weitere wichtige Zukunftsfrage hat die Koalition der Ernüchterung keine Antwort gefunden. Wie machen wir unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest? Wie schützen wir die Menschen wirkungsvoll

(Ralf Witzel [FDP]: Vor der Grünen!)

vor Armut? Herr Ministerpräsident, eine einfache Rückbesinnung auf die gute alte soziale Marktwirtschaft, ein einfaches Drehen an zwei, drei Schrauben, wo die Menschen vermeintlich Ungerechtigkeit spüren, das macht unsere sozialen Sicherungssysteme nicht zukunftsfest. Aber das ist Ihre einzige Antwort auf diese Frage: Machen wir es so wie früher, dann wird alles gut. Oder kürzer: Früher war alles besser. Ihre Nostalgie in allen Ehren, da sitzen Sie mit Lafontaine in einem Boot.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Aber das Schlimmste an Ihrem ganzen Sozialgedenke ist: Ihr soziales Gewissen ist nur an einer Stelle rein. Es müssen nämlich immer andere bezahlen. Sie als Ministerpräsident des größten Bundeslandes übernehmen keine eigene soziale Verantwortung für dieses Land. Sie schieben die Verantwortung für soziale Politik – siehe ALG I – immer nur auf die Bundesebene ab. Hier im Land, wo Sie Verantwortung tragen und soziale Politik betreiben könnten, da passiert nichts.

Wir fordern nun schon lange eine Selbstverständlichkeit, nämlich dass alle Kinder aus sozial benachteiligten Familien ein kostenloses Mittagessen in den Schulen bekommen. Sie aber haben nur einen kleinen Fonds aufgelegt, der hinten und vorne nicht reicht.

(Werner Jostmeier [CDU]: Zehn Jahre Zeit gehabt! – Weitere Zurufe von der CDU: Bei Ihnen gab es gar nichts!)

– Vor zehn Jahren, lieber Herr Jostmeier, wussten Sie noch nicht einmal, wie man Ganztagschule schreibt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben aber jetzt den guten Umstand, dass unsere Gymnasien zu Ganztagschulen werden,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

allerdings gleichzeitig das Problem, dass die Kinder mittags keine Mahlzeit bekommen, obwohl sie ganztägig in der Schule sind. Das haben Sie vor Jahren noch geleugnet. Wir wussten, dass das auf uns zukommt. Jetzt ist der Umstand da, und jetzt wollen wir uns um diese armen Kinder und um alle anderen Kinder kümmern. So sieht es aus, Herr Jostmeier.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine bessere Rente für Frauen, die Kinder haben, zu fordern, ist reiner, übrigens längst höchststrichterlich für verfassungswidrig erklärter Populismus. Wir wollen schon lange eine eigenständige Existenzsicherung der Frauen. Aber da, wo es auf Sie ankommt, Herr Ministerpräsident, bleibt vom sozialen Gerede nichts, rein gar nichts übrig, siehe Kindergartengebühren. Wenn die immer wieder steigen, gerade in den ärmsten Kommunen, dann nenne ich das unsozial.

(Minister Armin Laschet: Die steigen aber nicht!)

Was tun Sie konkret gegen Kinderarmut? Wo ist Ihr Konzept? Wo sind die Gesetze? Wo ist da Ihr Einsatz? – Fehlanzeige, kompletter Ausfall!

Was haben wir gestern bei der Debatte um den Mindestlohn erlebt? Zustimmung im Bundesrat, wie von Minister Laumann angekündigt? – Nein. Die FDP macht da nicht mit. Das angeblich soziale Gewissen der Union, die NRW-CDU, lässt sich mal wieder von der FDP auf der Nase herumtanzen. Hier, meine Damen und Herren von der CDU, Herr Ministerpräsident, hätten Sie einmal ihr soziales Gewissen konkret in praktische Politik verwandeln können. Nein, meine Damen und Herren, auch das war wieder einmal ein Beispiel der Ernüchterung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

„Koalition der Ernüchterung“, diesen Namen haben Sie sich redlich verdient. Ihr Haushalt ist ein Haushalt der Ernüchterung, handwerklich miserabel, finanzpolitisch enttäuschend und in der Wirkung unsozial und ökologisch fatal. Herr Ministerpräsident, mit Ihrer Politik scheitern Sie auf ganzer Linie vor den wesentlichen Herausforderungen, vor denen unser Land steht.

Selbst Ihnen und Ihren Regierungsmitgliedern steht die tiefe Ernüchterung nach zweieinhalb Jahren Schwarz-Gelb seit Wochen ins Gesicht geschrieben.

(Lachen von der CDU)

Da nutzen auch die schön inszenierten Weihnachtsbesuche bei der FDP nichts. Dass Sie der Meister der Inszenierung und der Meister der politischen Propaganda sind, haben Ihnen ja mittlerweile auch andere bescheinigt – ein mehr als fragwürdiges Lob. Darüber, dass nicht mehr alles Gold ist, was zwischen Schwarz und Gelb in NRW glänzt, können heute nicht einmal mehr die inszenierten Klatschchöre Ihrer Fraktionäre hinwegtäuschen.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Ewald Groth [GRÜNE]: Das war das Pfeifen im Walde!)

Herr Ministerpräsident, ich bin gespannt, wie Sie heute darauf reagieren werden. Für das, was Sie möglicherweise gleich antworten werden, gebe ich Ihnen ein Zitat von Michel de Montaigne mit:

(Zuruf von der CDU: Feiner Kerl!)

„Jedem kann es mal passieren, dass er Unsinn redet. Schlimm wird es erst, wenn er es feierlich tut.“

Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Sehr selbstkritisch zum Schluss!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Werte Kolleginnen und Kollegen! Bei dieser dritten Lesung des Haushalts 2008 am Ende eines arbeitsreichen Jahres möchte ich zunächst einmal feststellen: Das jetzt zu Ende gehende Jahr 2007 war ein gutes Jahr für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen haben in diesem Jahr 2007 ihren Weg fortgesetzt: engagiert, erfolgreich, mutig und mit großer Zustimmung von den Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Gerda Kieninger [SPD])

Wir haben das Land verändert,

(Gerda Kieninger [SPD]: Das stimmt, aber nicht zum Besseren!)

und zwar zum Besseren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen geht es heute besser. Wir haben getan, was wir gesagt haben, und wir werden diesen Weg 2008 fortsetzen.

(Beifall von CDU und FDP – Gerda Kieninger [SPD]: Das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, ich meine, dass eine ausgiebige Antwort auf die Reden der Opposition überflüssig ist.

(Beifall von der CDU)

Sie ist überflüssig, weil es nicht Aufgabe in dieser Debatte ist, den Versuch von Feuerwerksliteratur zu machen.

(Beifall von der CDU)

Es war wohl eher, wenn wir schon in dem Bereich arbeiten, so etwas wie Groschenromane, mehr Phantasie statt Wirklichkeit, mehr Wunschdenken statt Realität. Meine Damen und Herren und vor allem die beiden Rednerinnen von der Opposition, Sie haben erneut die Chance verpasst, hier über Politik zu sprechen. Stattdessen haben Sie sich mit Tratsch und Wunschdenken beschäftigt. Das gilt es dazu zu sagen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Nordrhein-Westfalen geht es wirtschaftlich besser. Der Aufschwung ist da.

(Gerda Kieninger [SPD]: Wie tief kann man eigentlich sinken?)

Den Menschen geht es besser.

(Zuruf von der SPD: Was haben Sie denn damit zu tun?)

Das Wirtschaftswachstum lag in der ersten Hälfte des Jahres 2007 bei 3 %. Im Bundesdurchschnitt waren es 2,9 %. Das heißt: Wir haben – und das hat es viele, viele Jahre nicht gegeben – ein höheres Wirtschaftswachstum als Deutschland im Durchschnitt.

(Gerda Kieninger [SPD]: Trotzdem Sie da waren!)

Die Arbeitslosigkeit sank im November gegenüber dem Vorjahr um 14,8 % auf 782.000. Das ist der niedrigste Stand seit sechs Jahren. Wahrlich ein gutes Ergebnis!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Ohne Ihr Zutun!)

Wir haben mehr neue Lehrstellenverträge. Von Oktober 2006 bis September 2007 gab es

132.000 neue Verträge. Das sind 14,1 % mehr als im Vorjahr. Seit 1991 – meine Damen und Herren, Sie haben es richtig gehört: seit 1991 – sind in Nordrhein-Westfalen nicht mehr so viele Ausbildungsplätze vergeben worden wie in diesem Zeitraum.

(Beifall von CDU und FDP)

Kein anderes Bundesland konnte diese Zahl so steigern, wie wir in Nordrhein-Westfalen das geschafft haben.

Die Neuverschuldung sinkt in 2008 auf 1,78 Milliarden €. Das ist der niedrigste Stand seit 30 Jahren.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb bin ich überzeugt: Auch 2008 wird wirtschaftlich gesehen für Nordrhein-Westfalen ein gutes Jahr. Der Aufschwung geht weiter. Nach allem, was die realwirtschaftlichen Daten vorhersagen lassen, und nach allem, was die wissenschaftlichen Institute prognostizieren, wird die Arbeitslosigkeit 2008 weiter sinken. Die Auftragseingänge der deutschen Industrie sind im Oktober stärker gestiegen als erwartet: bundesweit um 4 %, in Nordrhein-Westfalen sogar um 12 %.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich verkenne nicht, dass es natürlich auch wirtschaftliche Risiken gibt.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Ihre Regierung ist das größte!)

Sie haben vor allen Dingen mit der weltwirtschaftlichen Situation zu tun. Wir haben eine Krise auf den Finanzmärkten, und das hat Auswirkungen auf den Bankensektor. Wir haben einen schwächelnden Dollar bzw., anders formuliert, einen sehr starken Euro, und das kann natürlich Auswirkungen auf die Exportindustrie haben. Wir werden wahrscheinlich weiterhin hohe Rohstoffpreise haben. Nun werden, wie wir wissen, Rohstoffe wie etwa das Öl in Dollar abgerechnet, was gut für uns ist. Aber ich will nicht verkennen, dass die Preisentwicklung sowohl beim Benzin als auch beim Heizöl trotzdem für viele Menschen inzwischen ein richtiges Problem geworden ist.

Es ist gut zu wissen, dass die Forschungsinstitute vorhersagen, dass die Menschen im kommenden Jahr dennoch real mehr im Portemonnaie haben werden, und zwar im Durchschnitt 700 € mehr als 2007. Selbst wenn man das mit den Teuerungen – auch zum 1. Januar wird es Teuerungen geben – in Korrelation setzt, kann man – so zumindest der Hinweis der Wirtschaftswissenschaftler – trotzdem

hoffen, dass im kommenden Jahr eventuelle Schwierigkeiten im Export und in der Außenwirtschaft durch eine anziehende Binnennachfrage kompensiert werden können.

Ich glaube, dass die Menschen den Aufschwung auch spüren und dass sie deshalb in Nordrhein-Westfalen so optimistisch auf das Jahr 2008 blicken. In der entsprechenden Umfrage haben 63 % gesagt: Wir in Nordrhein-Westfalen schauen positiv auf das kommende Jahr. Das ist im Vergleich der Daten der einzelnen Bundesländer Platz 1.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe im Landtag verschiedentlich erklärt, dass dieser Aufschwung nicht das Verdienst der Landesregierung ist. Dieser Aufschwung ist auch nicht das Verdienst der Politik – weder früherer Regierungen in Nordrhein-Westfalen oder auf Bundesebene noch jetziger Regierungen. Es ist der Aufschwung der Menschen, die die Ärmel aufgekrepelt und sich entschieden haben: Wir verbessern die wirtschaftliche Situation in unserem Land und leisten unseren Beitrag – durch mehr Arbeit und teilweise auch durch Verzicht auf Lohnerhöhungen. Dafür will ich den Menschen im Land Danke sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wahr ist aber auch, dass die Landesregierung das ihr Mögliche tut, um die Wachstums- und Innovationskräfte in unserem Land zu stärken.

Dazu gehörte auch der eben schon verschiedentlich angesprochene Beschluss, aus dem subventionierten Steinkohlebergbau auszusteigen. Damit wurde ein neues Kapitel der Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte unseres Landes aufgeschlagen.

Dass dieser Beschluss wichtig ist, das merkt man bereits jetzt, etwa an den Entwicklungen in der Ruhrwirtschaft. Wir können erkennen, dass sich die Menschen, dass sich die Unternehmen an der Ruhr plötzlich auf eine neue Situation einstellen. Man ist bereit, sich an Wettbewerben um europäische Mittel zu beteiligen. Man sagt: Wir trauen uns das zu! Wir sind nicht schlechter! Ich finde es toll, dass es jetzt bereits erste Daten über Firmen an der Ruhr gibt, die sogar über dem Bundesdurchschnitt liegen. Das Ruhrgebiet ist eben nicht mehr ein Klotz am Bein der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens, meine Damen und Herren!

(Beifall von CDU und FDP)

Wir stärken die Wachstums- und Innovationskräfte in unserem Land durch einen konsequenten

Abbau von Bürokratie. Wir haben bereits 130 Behörden aufgelöst, kommunalisiert oder neu geordnet. Wir haben den Abbau von 10.000 Stellen in der Landesverwaltung bis 2010 eingeleitet. Und dies bedeutet im Klartext: Der Staatssektor in Nordrhein-Westfalen wird systematisch zurückgeführt. Das gibt Freiheitsspielraum für die Kräfte der Menschen und der Firmen in diesem Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Konsequenterweise haben wir die Wirtschaftspolitik auf den Mittelstand ausgerichtet – noch konkreter: auf Familienunternehmen. Denn sie werden in diesem Jahrhundert das Rückgrat der Wirtschaft in unserem Land bilden.

Wir haben drittens massiv in Innovationen investiert. Allein die Tatsache, dass es uns in dieser kurzen Zeit gelungen ist, für zehn neue Forschungsinstitute in Nordrhein-Westfalen die Weichen zu stellen, zeigt, dass wir den Umbau der Innovationslandschaft in Nordrhein-Westfalen sehr ernst nehmen. Wir sind froh, dass die Unternehmen, die jahrelang mit Innovationsinvestitionen zurückhaltend waren, bereit sind, sich jetzt zu engagieren – auch in Gemeinsamkeit zwischen Universitäten, Hochschulen, Land und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP – Ewald Groth [GRÜNE]: Deshalb sacken Sie gerade die Titelgruppe 73 ein! Das Gegenteil ist der Fall!)

Und wir investieren in die Infrastruktur. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass wir jetzt in der Lage sind, das Geld, was der Bund für Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellt, abzurufen und es nicht in andere Bundesländer gehen zu lassen.

Wir wollen uns sehr intensiv – und haben damit bereits begonnen – darum bemühen, dass die großen Vorhaben – der Rhein-Ruhr-Express, die Betuwelinie, der Eiserne Rhein – jetzt vorangetrieben werden können. Wir brauchen einen besseren Anschluss an die Häfen. Wir brauchen einen besseren Anschluss an die globalisierten Märkte. Nordrhein-Westfalen lebt vom Export. Deshalb brauchen wir eine Infrastruktur, die auch die Märkte dieser Welt erreicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will ein einziges Beispiel aus einer langen Liste herausnehmen. Es ist gut und auch ökologisch wichtig, dass wir unser Wasserstraßennetz konsequent weiter ausbauen. Dazu gehört zum Beispiel der Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals. Es ist gut und auch eine wirklich gute Meldung, dass die Bahn AG bis 2011 bis zu 100 Millionen € in-

vestieren will, um den Duisburger Hafen besser anzubinden, also Schiene und Wasser besser zu verbinden.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist ein hervorragendes Signal für den Logport. Das „Wunder von Duisburg“ ist noch nicht zu Ende.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nummer eins in Deutschland. Insofern ist nicht nur die Frage der Energie, sondern auch der Klimapolitik für uns von großer Bedeutung. Ich will nicht darüber hinwegreden: Das Ergebnis von Bali ist enttäuschend. Der Aktionsplan enthält kein einziges Klimaschutzziel. Indien, China, Indonesien und Brasilien haben sich in Bali einen Freibrief ausgehandelt. China löst zurzeit die USA von Platz eins der Treibhausgasemissionen ab. In Indonesien gibt es eine riesige Vernichtung von Regenwald. Indien liegt 2012 nach den dort vorhandenen Schätzungen auf Platz vier der Liste.

Selbst wenn die Industrieländer heute ihren Ausstoß auf Null reduzieren würden, dann ist die Gefahr einer Klimakatastrophe nicht beseitigt. Das heißt nicht, dass wir hier die Hände in den Schoß legen könnten. Aber ich glaube, es ist Zeit – die Landesregierung wird dies mit ihrem Klimakonzept im kommenden Jahr auch tun –, noch einmal über die Strategien nachzudenken, mit denen wir den bestmöglichen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung, zur Erhaltung unseres Klimas und damit zum Erhalt unserer Erde leisten können.

Der Schwerpunkt unserer Bemühungen muss in der Entwicklung neuer Technologien für eine wirtschaftliche und klimaverträgliche Industrie liegen. Mit den Bemühungen, anderen Ländern in der Dritten Welt, in der Zweiten Welt, den Schwellenländern, Wachstumsbremsen zu verordnen, werden wir scheitern.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Sie werden nicht mitmachen. Das heißt im Klartext, dass wir, die Industrieländer, wir hier in Nordrhein-Westfalen, alles tun müssen, um die bestmögliche Technologie zu entwickeln, die dann auch in der Dritten und Zweiten Welt eingesetzt werden kann.

(Beifall von CDU und FDP – Ewald Groth [GRÜNE]: Jetzt erst?)

Deshalb sind auch die Investitionen im Rahmen des Kraftwerkserneuerungsprogramms in Nord-

rhein-Westfalen von zentraler Bedeutung. Wir brauchen die bestmöglichen Kohlekraftwerke. Es ist doch Unsinn zu glauben, dass wir gleichzeitig aus der Kernenergie, der Steinkohle und der Braunkohle aussteigen und gleichzeitig weiter Industrieland bleiben können. Das wird nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Die CDU verhindert das in Krefeld! Nehmen Sie doch mal dazu Stellung!)

Wir bauen daneben die erneuerbaren Energien zum zweiten Standbein unserer Wirtschaft aus.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Auf dieser Seite sitzt die Opposition, Herr Ministerpräsident! Zu wem reden Sie eigentlich? – Zuruf von der SPD: Dieser Ministerpräsident hat einen einzigen Rechtsblick!)

Schon heute sind in diesem Feld in Nordrhein-Westfalen über 3.000 Unternehmen mit über 18.000 Beschäftigten aktiv. Diese Zahlen werden weiter steigen. Auch in diesem Bereich ist es wichtig, die Forschung weiter auszubauen. Es kann keiner glauben, dass das, was auf dem Markt ist – sowohl bei der Windenergie wie bei der Solarenergie wie bei der Erdenergie und was es da alles gibt –,

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

das Optimum an Technologie ist, was wir brauchen, um es überall in der Welt anzubieten und einzusetzen. Überall brauchen wir eine bessere Energieforschung.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb ist das neue Energieforschungsinstitut von E.ON und der RWTH Aachen wichtig. Deshalb sind die Bemühungen um ein CO₂-freies Kraftwerk wichtig. Deshalb ist auch das neue solarthermische Versuchs- und Demonstrationskraftwerk in Jülich wichtig, das 2008 in Betrieb gehen soll. Das Land fördert dieses Projekt mit über 10 Millionen €.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will auch, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, darauf hinweisen, dass wir uns mehr um die Spielregeln kümmern müssen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Deshalb ist die Fortentwicklung des Emissionshandels von großer Bedeutung.

(Gerda Kieninger [SPD]: Ein Ministerpräsident, der sich nicht traut, die Opposition anzugucken! Peinlich!)

Fachleute unseres Wirtschaftsministeriums haben auf der Weltklimakonferenz auf Bali ein bundesweit einmaliges regionales Modellprojekt vorgestellt: Der Name Joint-Implementation-Modellprojekt. Es bietet kleineren und mittleren Unternehmen, die aus Größen Gründen bisher nicht am Emissionshandel teilnehmen, die Chance, Energieeffizienzprojekte in einem Pool zu bündeln. Eingesparte Emissionen können dann in Zertifikate umgetauscht und verkauft werden. Das kann ein zusätzlicher Anreiz für Investitionen in eine noch effektivere Form der Produktion

(Gerda Kieninger [SPD]: Wenn der Ministerpräsident nicht guckt, dann kann man ja auch gehen!)

im Mittelstand sein und ist deshalb wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, in meiner Regierungserklärung zur Hälfte der Legislaturperiode habe ich angeregt,

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

dass wir in Nordrhein-Westfalen beginnen, emissionsabhängige Landegebühren bei unseren Flughäfen umzusetzen. Ich freue mich, dass der Köln-Bonner Airport in dieser Woche bekanntgegeben hat, dass er als dritter Flughafen dieses Projekt jetzt umsetzt. Das zeigt: Man kann konkret viel tun, wenn man mit den Leuten redet, statt nur Sprüche zu klopfen und darüber zu reden.

(Beifall von CDU und FDP -Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie das auch den Gewerkschaften beim LPVG und bei den Versorgungsleistungen gesagt?)

Meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang eine Bemerkung zu den aktuellen Plänen der Europäischen Union zum Klimaschutz bei Autos: Wir sind wohl alle der Auffassung, dass auch bei den Autos noch mehr getan werden kann, als es heute möglich ist.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Einverstanden! – Zurufe von der SPD)

Ich will allerdings hinzufügen: Unabhängig von dem Aspekt „Klimaschutzregelungen“ – Klimaschutzregelungen bieten im Übrigen große Chancen für Innovationen – habe ich den Eindruck, dass die vorgesehenen Regelungen solche sind, die in Europa vor allen Dingen erdacht worden

sind – „vor allen Dingen“ will ich streichen –, die in Europa auch erdacht worden sind, weil man gleichzeitig den Wettbewerb zwischen den europäischen Autoherstellern beeinflussen will.

Ich glaube nicht, dass es richtig ist, dies so zu akzeptieren. Ich halte das in dieser Form für nicht akzeptabel. Ich sage das auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ich in Gesprächen, die die Wirtschaftsministerin und ich mit den Automobilherstellern in Nordrhein-Westfalen geführt haben, gelernt habe, dass es natürlich ein Unterschied ist, ob ein Hersteller vor allen Dingen große Autos produziert

(Zuruf von der SPD)

oder kleine und mittlere.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Ach ja? – Dieter Hilser [SPD]: Das ist doch klasse!)

Meine Damen und Herren, ich halte das für wichtig, weil ich finde, dass man auch darüber nachdenken muss, dass es auch Menschen mit normalem Einkommen und nicht nur denjenigen mit dem „großen Portemonnaie“ noch möglich ist, in diesem Land Autos zu kaufen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sagen Sie das mal den PIN-Beschäftigten!)

Wenn sich durch solche Pläne für die Autos Mehrkosten zwischen 1.000 und 1.300 € ergeben können – für kleinere vielleicht etwas weniger; man kann das heute Morgen in den Zeitungen nachlesen –, dann will ich darauf hinweisen:

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ist das dann eine Strategie?)

Jemandem, der ein großes Auto kauft, werden die 1.000 € nicht so weh tun. Wer aber etwa einen Astra aus Bochum oder einen Klein- oder Mittelklassewagen von Ford in Köln kauft, dem tun 500 € verdammt weh.

(Beifall von CDU und FDP – Dieter Hilser [SPD]: Donnerwetter!)

Dafür muss eine Lösung her. Es kann nicht sein, dass wir plötzlich zu einer Zweiklassen-Autofahrgesellschaft werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist ein Punkt, der nicht geht.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb gibt es Nachbesserungsbedarf. Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird al-

les tun, damit die in Nordrhein-Westfalen beheimateten Firmen mit diesen Regelungen klarkommen.

Ich sage es noch einmal: Wir wollen Klimaschutzregelungen, aber sie dürfen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen, und sie dürfen schon gar nicht zulasten der Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen gehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass der Bankensektor und die Sparkassen wichtig für den Mittelstand sind. Und wenn wir eine Mittelstandspolitik betreiben, dann müssen wir sicherstellen, dass die Versorgung mit Krediten, dass die Begleitung durch starke Sparkassen und Banken möglich ist.

Ich bin froh, dass wir nach vielen Debatten einen Ansatz für einen Neustart der WestLB gefunden haben.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das hat viel zu lange gedauert! – Zurufe von der SPD – Ewald Groth [GRÜNE]: Eitelkeiten dauern eben länger! – Zuruf von der CDU: Wir heißen doch nicht alle Groth!)

Die Verständigung der Anteilseigner vom 12. Dezember ist ein erster Schritt auf diesem schwierigen Weg. Niemand hat behauptet, dass mit dieser Verständigung das Problem gelöst wäre. Niemand hat behauptet, dass damit alles klar wäre. Aber es gibt jetzt einen Ansatz, der eine Lösung ermöglicht, eine Lösung auf gleicher Augenhöhe.

Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass es Menschen gibt, die anscheinend weniger von der Sache verstehen,

(Bodo Wißen [SPD]: Sie verstehen selbst gar nichts!)

denen es bei solchen Sachen mehr um Parteipolitik geht, die immer öffentlich Ratschläge gegeben haben nach dem Motto: Verkauft die WestLB schnell nach Baden-Württemberg.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Der eigene Koalitionspartner!)

Meine Damen und Herren, es war von Anfang an klar, dass diese Lösung keine Lösung auf gleicher Augenhöhe gewesen wäre. Das war von Anfang an klar.

(Gisela Walsken [SPD]: Das stand in Ihrem Koalitionsvertrag! Das haben Sie hineingeschrieben!

– Frau Walsken, wenn ich Sie einmal ansprechen darf.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD] – Zurufe von der SPD)

An Ihrer Stelle wäre ich vorsichtig.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich an Ihrer auch!)

Gerade an Ihrer Stelle wäre ich vorsichtig.

(Zurufe von der SPD)

Ich würde weder hier noch in öffentlichen Erklärungen

(Ralf Jäger [SPD]: Keine Drohung!)

– nein, ich wollte eben etwas anderes sagen; ich sage es vorsichtig – den Mund zu weit aufmachen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

– Frau Walsken, es ist doch richtig, dass Sie von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der WestLB einen entsprechenden Brief bekommen haben,

(Ralf Jäger [SPD]: Sie haben doch sowieso keine Scheu, Herr Ministerpräsident!)

in dem diese darauf hinweisen, dass das, was Sie erklärt haben,

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht, was ich erklärt habe! Haben Sie falsch aufgeschrieben!)

die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der WestLB massiv schädigt.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben doch einen solchen Brief bekommen.

(Gisela Walsken [SPD]: Herr Sichau war das gewesen!)

In diesem Brief heißt es – ich zitiere wörtlich –:

„Ihre Aktion wird bei uns einhellig als politisch motiviert verstanden, sich gegenüber der Landesregierung persönlich zu profilieren.“

(Ralf Jäger [SPD]: Zaudern und Zögern!)

„Schade, dass dies auf dem Rücken meiner Kolleginnen und Kollegen ausgetragen wird.“

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Gisela Walsken [SPD] – Ralf Jäger [SPD]: Das war echt eine Rakete!)

Das ist das, was die Ihnen mitgeteilt haben.

(Beifall von der CDU)

Nun kommt es Gott sei Dank nicht darauf an, was Sie sagen,

(Lachen von der CDU)

es kommt darauf an, dass die Anteilseigner der WestLB zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die WestLB und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für deren Kunden und für den Finanzplatz Nordrhein-Westfalen stehen.

Dafür ist erforderlich – das ist der zentrale Dreh- und Angelpunkt – ...

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wo gibt es den denn? Das sagen Ihnen doch Fachleute!)

– Herr Remmel, jeder blamiert sich, so gut er kann, Sie gerade besonders.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Sie in den letzten Wochen ja bewiesen!)

Natürlich gibt es einen Finanzplatz. Wer hat denn bitte behauptet, dass Düsseldorf, dass Nordrhein-Westfalen der zentrale Bankenplatz in Deutschland ist? Wer hat das denn je behauptet?

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Der Finanzplatz bei uns besteht vor allen Dingen aus Versicherungen. Er besteht vor allen Dingen aus mittelständischen Unternehmen, die dringend vor Ort eine Begleitung brauchen. Was Sie hier sagen, bedeutet, dass diese mittelständischen Unternehmen demnächst nach Frankfurt oder anderswo hinfahren müssen, um da ihre Bankgeschäfte zu machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sollten damit aufhören, einen solchen Unsinn zu reden. Sie sollten einfach aufhören. Sie schaden nur den Menschen, die in dieser Bank arbeiten, und Sie schaden denjenigen, die in den mittelständischen Betrieben arbeiten

(Gisela Walsken [SPD]: Ein halbes Jahr haben Sie nichts gemacht!)

und die nicht die notwendige Hilfe bei den Bankengeschäften bekommen. Ich finde, es ist unverantwortlich, was Sie hier von sich geben.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Das ist unverantwortlicher Kokolores!)

Der zentrale Dreh- und Angelpunkt ist die Frage des Geschäftsmodells für die WestLB wie für eine fusionierte Bank.

(Gisela Walsken [SPD]: Lauter! Wir verstehen Sie so schlecht!)

Da muss sich einiges ändern. Dass das nicht ganz einfach ist, das, meine Damen und Herren, brauche ich nicht zu erläutern. Aber eines ist auch völlig klar – das wurde eben auch wieder gesagt –: Man fragt sich, wie man so etwas überhaupt in den Mund nehmen kann. Glaubt denn irgendjemand, dass in einem anderen Bundesland oder in einem anderen Land dieser Welt jemand ist, der die Schulden, die bei der WestLB gemacht worden sind, übernimmt und sagt: Kommt her, ich bezahle sie für euch? – Hat das wirklich jemand geglaubt?

Wir werden die Bank selber restrukturieren müssen. Wir werden sie in Ordnung bringen müssen. Dann werden wir auf der Basis eines neuen Geschäftsmodells zusammen mit der Helaba versuchen, eine zukunftsfähige Bank aufzustellen. Das ist das Konzept, das wir versuchen, hier umzusetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Vorsitzende der Oppositionsfraktion hat eben zum Thema Schule gesagt: Unser Bildungssystem ist nicht fit für die Zukunft. – Ich möchte jetzt nicht über die Verantwortlichkeit für diese zutreffende Zustandsbeschreibung nachdenken. Sie wissen alle, wer dafür verantwortlich ist. Sie sitzen beide noch hier im Landtag.

Ich finde es wichtig, dass es in den letzten Wochen gelungen ist zu zeigen, dass unser Schulgesetz alle Instrumentarien erhält, die nach heutigem Wissen notwendig sind, um auf die Veränderungen zu reagieren, die sich aufgrund der Demografie auch in unserem Schulsystem ergeben. Ich finde, dass der Fall der Gemeinden Horstmar und Schöppingen das eindrucksvoll zeigt.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Entschuldigen Sie mal, ich weiß genau, dass es Sie furchtbar nervt und ärgert, dass es Frau Kollegin Sommer gelungen ist, zusammen mit den Städten Horstmar, Schöppingen und Steinfurt eine Lösung zu finden, die in Zukunft hält. Sie können das hier nicht angreifen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Mir ist das schon in der letzten Sitzungswoche aufgefallen, als wir über PISA diskutiert haben. Ich habe da gesessen und zugehört, als Frau Löhrmann und Frau Schäfer gesprochen haben. Was mich am meisten gewundert hat, war die

Verbissenheit, die Verkrampftheit, dieses „Verkämpfen“, bloß weil man die große Sorge hat, mit der neuen Schulkonzeption könnte plötzlich das gesamte alte Gebäude einer überholten ideologischen Bildungspolitik zusammenfallen. Genau deshalb.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ein Spiegel!)

Frau Löhrmann, nach der gemeinsamen Lösung, die gefunden worden ist – Sie haben eben gesagt, Horstmar ist nicht überall –, ist völlig klar: Es ist nicht mehr in Horstmar, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Ich weiß natürlich auch genau, was die Kolleginnen da spüren. Das kann man sehr gut in einer repräsentativen Forsa-Umfrage nachlesen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist Suggestion!)

die übrigens im Auftrag des Deutschen Lehrerverbandes, des Deutschen Philologenverbandes und des Elternforums Bildung Ende November vorgelegt worden ist.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Die Antworten lauten wie folgt: 60 % der Deutschen – das ist eine bundesweite Umfrage – lehnen eine Schule für alle ab.

(Beifall von CDU und FDP)

68 % sind gegen die Abschaffung der Hauptschulen, und 71 % sind der Überzeugung, dass die Politik der Hauptschule mehr Unterstützung geben muss.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Deswegen schicken die Eltern alle ihre Kinder dahin!)

Recht haben die Leute: Keine Experimente auf dem Rücken unserer Kinder!

(Beifall von CDU und FDP)

Spätestens seit der PISA-Studie wissen wir, dass sich all das Reden vom Wunderland Schweden inzwischen als falsch herausgestellt hat. Schweden wurde immer als Beispiel genommen und ist stark zurückgefallen. Das ist wieder ein Beweis dafür: Es kommt nicht auf die Schulstruktur an, es kommt darauf an, ob ordentlicher Unterricht gegeben wird. Das ist die zentrale Frage bei der ganzen Sache.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Löhrmann?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Nein. – Deshalb, meine Damen und Herren, wird mit diesem Haushalt 2008 die Zahl der Ganztagschulen um 116 auf dann 250 erhöht. Wir werden weitere Stellen schaffen, um mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen.

Man fragt sich wirklich, was sich gebildete Leute dabei denken, wenn sie sagen: Da gibt es im Laufe von zweieinhalb Jahren neun verschiedene Zahlen. Selbstverständlich gibt es neun verschiedene Zahlen, weil wir dauernd neue Lehrer eingestellt haben. Das ist genau der Grund dafür, weshalb es neun verschiedene Zahlen gibt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden, für alle Schulen jetzt gerechnet, mit Beginn des Schuljahres 2008/2009 – jetzt kommt vielleicht die zehnte neue Zahl – insgesamt 5.084 zusätzliche Stellen eingerichtet haben.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass es auch gelungen ist, neben den 80 Millionen €, die im Rahmen des GFG für Umbaumaßnahmen gerade im Hinblick auf das Thema Mittagessen den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, eine Rahmenvereinbarung ...

(Ewald Groth [GRÜNE]: Wie bitte? Das gehört ihnen sowieso! – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– Keine Ahnung, aber Zwischenrufe. Sonst wird uns immer gesagt: Ihr müsst darauf aufpassen, dass sich auch die Kommunen mit den Nothaushalten und mit den HSK-Konzepten an solchen Maßnahmen beteiligen können. Das machen wir deshalb, damit das überall im Land passieren kann – und nicht nur bei den Kommunen, die Geld haben.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Ich finde es gut, dass es auch gelungen ist, eine Rahmenvereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit abzuschließen, in deren Rahmen wir die Berufsorientierung an den Hauptschulen stärken können. Die Bundesagentur wird dieses Projekt bis Ende 2010 mit 30 Millionen € unterstützen.

(Zuruf von Gerda Kieninger [SPD])

Diese Rahmenvereinbarung umfasst insgesamt zehn Module, wie zum Beispiel die Ermittlung von

Kompetenzen in der Jahrgangsstufe 8 und Förderkurse für Migrantinnen und Migranten.

Meine Damen und Herren, gestern fand der Kindergipfel, wie er plötzlich in der Öffentlichkeit hieß, in Berlin statt. Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, unsere konkrete Politik für Kinder in Nordrhein-Westfalen dort zum Gegenstand der Diskussion und der Vereinbarung zu machen. Dazu gehören mehr und bessere Betreuungsangebote für Kinder. Das heißt im Klartext: Ausbau von 3.000 Kindergärten zu Familienzentren bis 2012. Das bedeutet den Ausbau der U3-Betreuung um 20 % bis 2010, also 70.000 zusätzliche Plätze.

Dazu gehören die Bemühungen mit dem Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Zu wenig!)

Mittagessen für 65.000 Kinder aus armen Familien können damit finanziert werden. Die Landesregierung hat, um eine Mittagsverpflegung für Hartz-IV-Kinder bundesweit einzuführen, eine entsprechende Bundesratsinitiative maßgeblich unterstützt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber den Antrag abgelehnt!)

Wir glauben auch, dass es in diesem Zusammenhang notwendig ist, die Regelleistungen für diese Kinder zu überprüfen. Es gibt keine nachvollziehbare und wissenschaftliche Ableitung der heutigen Regelsätze für Kinder und Jugendliche in Hartz IV oder in der Sozialhilfe. Es ist gut, dass es der Arbeitsminister geschafft hat, einen entsprechenden Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz und einen entsprechenden Entschließungsantrag im Bundesrat möglich zu machen.

Wir wollen ein soziales Frühwarnsystem einführen. Wir wollen, dass alle 398 Jugendämter bis Ende 2008 ein soziales Frühwarnsystem entwickelt haben. Wir haben für die Anschubfinanzierung 1,5 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Gestern ist es auch gelungen – das ist mir persönlich sehr wichtig –, mit den Vertretern der Bundesregierung zu erreichen, ein verpflichtendes Einladungssystem einzuführen, wie es teilweise in Kommunen in unserem Land schon umgesetzt ist. Wir verpflichten Kinderärzte zu melden, welche Kinder an Früherkennungsuntersuchungen teilgenommen haben. Dann ist der Abgleich mit den Daten der Meldeämter möglich. Dann wissen wir, welche Kinder nicht beim Arzt waren. Das wird den Kommunen gemeldet, damit die Jugendämter bei den Eltern der Kinder beratend tätig werden können. Wenn die Eltern ihre Kinder in Kindertagesstätten anmelden wollen, müssen sie das Vor-

sorgeheft für ihre Kinder oder eine entsprechende ärztliche Bescheinigung vorlegen.

Daneben haben wir uns gestern auf eine Verbesserung der Früherkennungsrichtlinien verständigt. Das betrifft die Inhalte der Untersuchungen, ihre Anzahl und die zeitlichen Abstände zwischen den Untersuchungen.

(Beifall von der FDP)

Gemeinsam mit dem Elternbegleitbuch für neugeborene Kinder ist insofern gestern – so glaube ich, nachdem sich das vor allen Dingen in der Bürokratie verhakt hatte – wirklich das Tor für ein System geöffnet worden. Das kann in Zukunft zwar leider nicht – das muss man dazusagen – Missbrauch, Vernachlässigung und Verwahrlosung verhindern, aber wir können den Versuch machen, den Kindern, die leider nicht die notwendige Betreuung und Liebe bekommen, eine Chance zu geben, um vonseiten der Jugendämter, vonseiten der Kommunen oder vonseiten des Landes die entsprechende Hilfe zu erhalten. Insofern war das gestern ein guter Tag für die Kinder in Deutschland.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine kleine Bemerkung zu einer aktuellen Information machen, die uns heute erreicht hat. Das zeigt übrigens, wie künstlich diese Aufregung ist, wenn es bei uns Urteile gegeben hat, die so sind, wie sie sind. Man sollte sie auch nicht kritisieren, sondern muss sie umsetzen.

(Zuruf von der SPD: Elegant!)

Aber die Wahrheit ist, dass es heute ein Urteil im Rahmen einer Verfassungsbeschwerde gab, wonach die Hartz-IV-Verwaltung komplett neu geregelt werden muss. Konkret geht es um die Argen. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass diese Konstruktion nicht mit den Vorschriften des Grundgesetzes übereinstimmt.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass ich zu den Leuten gehöre, die zu einem sehr frühen Zeitpunkt bereits darauf hingewiesen haben, dass die Hartz-IV-Gesetze eine erhebliche Anzahl von Fehlern beinhalten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Über das GFG reden Sie gleich auch noch! – Frank Sichau [SPD]: Sie haben doch zugestimmt!)

Es ist sehr schön, wenn ich mir von Leuten, die mich im Landtag noch angemacht haben, als ich das vorgetragen habe,

(Beifall von CDU und FDP)

jetzt plötzlich anhören muss, das sei alles nur Schein gewesen. Die Wahrheit ist ganz einfach. Beim ALG I liegen inzwischen entsprechende Beschlüsse vor, die Anfang des Jahres umgesetzt werden.

(Ralf Jäger [SPD]: Nicht nuscheln!)

Das haben wir erreicht, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Lebhaftes Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Sie haben am Rande gestanden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihre Vorschläge liegen im Papierkorb von Frau Merkel!)

Jetzt versuchen Sie zu erklären, das Thema auf der Tagesordnung zu halten, habe natürlich mit allem etwas zu tun, nur nicht mit dreijährigen Bemühungen.

(Zuruf von Gerda Kieninger [SPD])

Meine Damen und Herren, bei den Argen geht es um denselben Punkt. Schon damals haben wir gesagt: Das Wichtigste und Richtige bei dieser Verwaltung wäre, sie zu kommunalisieren – ganz nah bei den Problemen.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb sage ich, dass die Landesregierung sich gern in eine Diskussion um die Neuordnung der Verwaltungsverfahren in diesem Bereich einbringen wird. Wir werden dies mit dem Ziel tun, dafür zu sorgen, die dort anstehenden Aufgaben zu kommunalisieren.

Ich sage allerdings noch einen Punkt dazu,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt nicht das Urteil!)

weise allerdings auch darauf hin, dass ich das nicht zu verantworten habe, denn ich habe den Abschluss nicht gemacht, sondern mein Vorgänger: Wenn sich so etwas ändert, sollten die Kommunen, wie es von den Kosten her richtig ist, das entsprechende Geld vom Bund mitbekommen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Ich will noch einen letzten Punkt ansprechen, meine Damen und Herren. Er ist zwar nicht wirklich wichtig, zeigt allerdings – wir haben es in den vorigen Reden wieder einmal gemerkt – Folgendes auf: Man stellt eine Behauptung auf, die niemand gemacht hat. Dann prügelt man drauf los und sagt, dass alles ganz furchtbar sei.

(Bodo Wißen [SPD]: Können Sie ein bisschen deutlicher sprechen? Ich verstehe Sie nicht! – Helga Gießelmann [SPD]: Das ist nicht schlimm!)

Dann werden Zahlen genannt – das ist von Herrn Papke und Helmut Stahl vorgeführt worden –, die vielleicht mit vielem, aber bestimmt nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben.

Ich habe die ganze Zeit darauf gewartet – das steht nämlich im Entschließungsantrag der SPD und war auch im Vorfeld immer ein großes Thema –, dass die Erhöhung der Repräsentationskosten in den Mittelpunkt der Beratung gestellt wird.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich möchte Sie – Frau Löhrmann, das wird Sie interessieren – über folgenden Sachverhalt informieren: Das von Frau Bärbel Höhn verantwortete Umweltministerium steigerte seine Ausgaben für Veranstaltungen von 167.000 € im Jahre 1995 auf 2,938 Millionen € im Jahre 2003.

(Beifall und Zurufe von CDU und FDP)

Ich möchte Ihnen die Vergleichszahlen im Etat des Ministerpräsidenten nicht vorenthalten. Der Etat des Ministerpräsidenten für Presse und Öffentlichkeitsarbeit liegt im Jahre 2007 bei 1,5 Millionen € und für Repräsentationsaufgaben bei 1,2 Millionen €. Das macht zusammen 2,7 Millionen € im Vergleich zu 2,938 Millionen € bei Frau Höhn. Das war aber nur ein Ministerium, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Die alten Volksweisheiten bleiben richtig: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ist das billig!)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich unabhängig davon, dass wir hier unterschiedliche Auffassungen vertreten haben – es ist gut, dass es so stattfindet; denn das macht Demokratie aus –, sehr herzlich bei Ihnen allen aus allen vier Fraktionen für die geleistete Arbeit im jetzt zu Ende gehenden Jahr bedanken.

Ich weiß, dass gerade die Tatsache, dass die Landesregierung in diesem Jahr eine ungeheuer große Anzahl von Anträgen, Gesetzentwürfen und Beschlüssen eingebracht hat, zu einer erheblichen Arbeitsbelastung geführt hat. Ich weiß, dass es nicht immer ganz einfach ist, im Rahmen der Geschäftsordnung des Landtags das zu tun, was man früher getan hat, als man noch viel mehr Zeit hatte und sich eine ganze Woche oder noch län-

ger um ein Thema kümmern konnte. Ich bedanke mich für diese Zusammenarbeit, obwohl es in dem einen oder anderen Fall zu Geschäftsordnungsdebatten geführt hat.

Ich bin mir an einer Stelle ganz sicher: Die Tatsache, dass wir den Mut gehabt haben, in diesem Jahr auch manche Dinge anzupacken und zu verändern, die auf den ersten Blick vielleicht nicht populär waren, hat dazu geführt, dass es den Menschen in Nordrhein-Westfalen heute besser geht, und dafür wollen wir uns auch im kommenden Jahr einsetzen, meine Damen und Herren.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist keine Aprilrede hier!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Ministerpräsident. – Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt Frau Kraft von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(Zuruf von der CDU: Zweiter Versuch! – Dietmar Brockes [FDP]: Das haben wir doch eben schon gehört!)

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke)

– Ich warte gerne, bis die CDU-Fraktion den Saal verlassen hat.

(Minister Oliver Wittke: Da sitzen mehr als bei der SPD! – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Ach, Herr Brockes, Ihre Zwischenrufe gehen immer nach hinten los.

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe, damit Frau Kraft reden kann.

Hannelore Kraft (SPD): Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat gerade zu vielem, aber – das halte ich fest – nicht zum Haushalt geredet. Das war eigentlich unser Thema.

(Gisela Walsken [SPD]: Er hat nichts dazu gesagt! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ganz zu schweigen von seinem Urteil!)

Ich halte darüber hinaus fest: Er redet kontinuierlich nicht Richtung Opposition. Nein, er redet Richtung eigene Koalition.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Jäger [SPD]: Und dann nuschelt er auch noch! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Für sein Sozialverhalten bekommt der Ministerpräsident eine Sechse!)

Offensichtlich müssen Sie sie noch überzeugen; das ist der Eindruck, der sich bei uns einstellt.

Inhaltlich habe ich bei Ihnen nicht viel vernommen. Sie schmücken sich weiter mit fremden Federn. Sie erwähnen den Rückgang der Arbeitslosigkeit, den Wirtschaftsaufschwung und den Verkehr. Sie scheuen davor nach wie vor nicht zurück, obwohl ich Ihnen bei der Halbezeitbilanz schon gesagt habe: Seien Sie vorsichtig! – Es gibt zwar 1,14 Milliarden € Mehrausgaben im Bereich Verkehr, aber davon stammen mehr als 1 Milliarde € vom Bund. Dann sagen Sie es auch dazu, wenn Sie diese Erfolge abfeiern. Sagen Sie es doch bitte!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: Genau! – Ralf Jäger [SPD]: Er schmückt sich mit fremden Federn!)

Ich habe leider nicht viel Zeit.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Sehr gut! Wir auch nicht!)

Es ist schon hanebüchen, was Sie heute als Erfolg verkündet haben. Das „Wunder von Duisburg“ bemühen Sie jetzt, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit von SPD und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: CO-Pipeline sage ich da nur, Herr Ministerpräsident!)

Die Kollegen aus Duisburg kennen kein „Wunder von Duisburg“. Sie wissen nämlich, dass das, was da am logport entstanden ist, aufgrund richtiger wirtschaftspolitischer Weichenstellungen der Landesregierung unter Rot-Grün entstanden ist. Das lassen wir uns von Ihnen nach wie vor nicht nehmen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist doch ein Armutszeugnis, was Sie abliefern und dass Sie sich nach wie vor mit fremden Federn schmücken.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Er ist und bleibt ein Blender!)

Meine Damen und Herren, ganz kurz zur WestLB: Herr Ministerpräsident, verdrehen Sie nicht die Tatsachen. Alle Menschen im Saal wissen, wie es gelaufen ist.

(Ralf Jäger [SPD]: Nicht alle!)

Nicht wir wollten die WestLB schnell verkaufen, sondern Sie und Herr Papke. Das war der Weg, der von Ihnen eingeschlagen worden ist.

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

Frau Kollegin Walsken hat die Zahlen der Arbeitsplätze, die bedroht sind, in einem Interview genannt und dazu gesagt – das können Sie nachlesen –, dass das die Zahlen sind, die Herr Fischer in der HFA-Sitzung angegeben hat. Auch das müssen Sie der Redlichkeit halber mit ins Kalkül ziehen.

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Hören Sie zu, Herr Ministerpräsident!)

Sie stehen jetzt unter Druck, Herr Ministerpräsident. Ich bin nach wie vor auf Ihrer Seite, was den Bankenstandort, was die Interessen der WestLB angeht. Wir haben uns doch dabei wohl bemerkenswert zurückgehalten. Sie könnten irgendwann einmal konstatieren, dass klar erkennbar ist, dass wir die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen vertreten.

(Beifall von der SPD)

Sie haben monatelang nichts getan – die Bank hat jeden Tag an Wert verloren – und dann auch noch sämtliche Optionen bis auf die eine, über die Sie jetzt verhandeln müssen, kaputt gemacht. Das ist in Wahrheit das, was hier passiert ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe noch eine Minute Zeit für die Bildung. Der Unterrichtsausfall geht zurück, weil Sie mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt haben.

(Ralf Jäger [SPD]: Und Schweine können fliegen!)

Ich empfehle Ihnen auch da einen Blick zurück. Es lohnt sich, ab und zu in die Untiefen des Haushalts einzusteigen, denn da wird die Politik, von der Sie reden, konkret. Dort stehen die Zahlen, die heute schon mehrfach genannt wurden, die etwas mehr als 200 zusätzlichen Lehrerstellen. Die Relation dazu habe ich Ihnen heute Morgen genannt. Das eigentlich Fatale ist aber, dass der Unterrichtsausfall nicht minimiert, sondern durch betreuten Unterrichtsausfall und eigenverantwortliches Arbeiten ersetzt wird. Das ist die Realität in unserer Schullandschaft. Sie sollten häufiger mal hingehen, dann wüssten Sie, wovon ich spreche.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ohne Unterricht bei den Kindern!)

Meine Damen und Herren, das, was wir heute von der Regierung zur abschließenden Haushaltsdebatte 2008 gehört haben, ist ein Armutszeugnis. Das zeigt wieder einmal, dass Sie es nicht können, dass Sie keinen Plan für dieses Land haben.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Flasche leer!)

Bei diesem Vorwurf bleiben wir. Dieses Land hat eine bessere Regierung verdient als die aus Schwarz-Gelb.

(Anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kraft. – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Kollege Klein.

Volkmар Klein^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kraft, zur Wahrheit bezüglich der Genese, der Entwicklung bei der WestLB haben Sie gerade kaum beigetragen. Die Realität ist nämlich, der Ministerpräsident musste gemeinsam mit seinem Finanzminister erst durchsetzen, dass überhaupt Optionen für unser Land geprüft werden, dass viel zu viele auf dem Trip waren, alles schnell Richtung Landesbank Baden-Württemberg abzugeben.

Wir haben aus dem richtig verstandenen Interesse unseres Landes heraus sichergestellt, dass es vor allen Dingen um folgende Fragen geht: Was ist im Interesse des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen? Was ist im Interesse der Bank und damit auch ihrer Eigentümer? Was ist im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Genau an der Stelle hat Frau Walsken den desaströsen Brief aus der Mitarbeiterschaft der WestLB bekommen, und zwar zu Recht, weil Sie diese Fragen überhaupt nicht interessiert haben.

Eigentlich sollten wir – das hat Frau Kraft eben angemahnt – uns auch noch ein bisschen mit den Zahlen des Haushalts beschäftigen. Ich finde, dass die bisherige Diskussion deutliche Konturen und Kontraste freigelegt hat, dass man nämlich – ein bisschen wie im Wirtschaftsleben – durchaus konkret zwischen roten Zahlen auf der einen und schwarzen Zahlen auf der anderen Seite unterscheiden kann.

Rote Zahlen haben Sie in der Vergangenheit ausreichend lange praktiziert. Man könnte ergänzen: Die Steigerungsform von roten Zahlen sind rot-grüne Zahlen. Diese rot-grünen Zahlen haben uns überhaupt erst diese desaströse Finanzsituation in Nordrhein-Westfalen beschert,

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

indem Sie ziemlich stabil über Jahre hinweg – zumindest drei Jahre hintereinander – immer mehr als 6,6 Milliarden € zusätzliche Kredite aufgenommen haben.

(Sören Link [SPD]: Wie war denn die Wirtschaftssituation zu dem Zeitpunkt?)

Diese Schulden Spirale konnten Sie nicht stoppen, obwohl es zwischen 1995 und 2000 deutlich steigende Steuereinnahmen gab und Sie obendrein sogar 1995 in der Koalitionsvereinbarung – damals auf D-Mark-Basis – festgeschrieben haben, dass die Neuverschuldung von 6 Milliarden DM auf 1 Milliarde DM im Jahre 2000 reduziert werden soll. Nichts von dem haben Sie erreicht.

(Zustimmung von Rudolf Henke [CDU])

Schlimmer ist, dass Sie bis heute nichts dazugelernt haben. Wenn man die Haushaltsanträge der Sozialdemokraten addiert, kommen wir schon wieder auf 300 Millionen € zusätzliche Neuverschuldung. Das können wir nicht wollen. Sie haben nichts dazugelernt. Sie haben vor allen Dingen nicht gelernt, dass das bloße Heraufsetzen von Steuereinnahmeerwartungen keine Haushaltsverbesserung bedeutet. Dieser Fiktion sind Sie lange genug aufgesessen, deswegen haben Sie die Finanzen des Landes vor die Wand gefahren. Seien Sie froh, keine Verantwortung zu haben; denn mit Ihrem kräftigen Sowohl-als-auch wären Sie nicht in der Lage, diese zu tragen. Bei Verantwortung ist nämlich klare Kante gefragt, und dazu sind Sie nicht fähig.

Drei Beispiele Ihres Sowohl-als-auch: In Ihrem Entschließungsantrag, über den wir gleich noch abzustimmen haben, fordern Sie über Seiten an vielen einzelnen Punkten die Beendigung oder Rücknahme von Kürzungen. Im gleichen Papier kritisieren Sie aber, dass insgesamt zu wenig konsolidiert wird. Meine Damen und Herren, das eine passt nicht mit dem anderen zusammen.

Ganz konkret: Sie kritisieren auch, dass die Besoldungserhöhung für Beamte erst zum 1. Juli beschlossen werden konnte. Gleichzeitig beklagen Sie aber in Ihrem Entschließungsantrag – vielleicht lesen Sie das noch einmal nach – auf der Seite 2, dass die Personalkosten dieses Landes 2008 um 327 Millionen € steigen sollen. Das eine passt doch nicht zum anderen.

Wenn Sie uns auf der einen Seite vorwerfen, dass wir die Personalkosten zu stark steigen lassen, und auf der anderen Seite versuchen, den Beamten nach dem Mund zu reden und ihnen zu sagen, Sie wären ja eigentlich für eine frühere Besoldungsanpassung, dann passt das nicht zusammen.

Wir lassen es nicht durchgehen, dass Sie beides gleichzeitig behandeln.

Schwarze Zahlen sind anders. Schwarze Zahlen sind die, die in diesem Haushalt 2008 stehen. Die Neuverschuldung ist drastisch reduziert worden. Sie ist die niedrigste in einem vorgelegten Haushaltsentwurf, in einem zu verabschiedenden Haushaltsplan seit 30 Jahren. Sie liegt mit 1,77 Milliarden € deutlich niedriger, nämlich um 75 %, als das bei Ihnen in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, und das obwohl – das ist eine Zahl, die man immer im Hinterkopf behalten muss – knapp 5 Milliarden € Zinsen zu zahlen sind, Zinsen auf alte Schulden, die die neue Regierung natürlich überhaupt nicht zu verantworten hat.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das stimmt doch nicht!)

Schwarze Zahlen bedeuten, ein Konzept zu haben für die vernünftige Konsolidierung dieses Landes und auch des Haushalts dieses Landes. Das bedeutet, nicht nur ein Konzept zu haben, sondern es bedeutet, auch das Rückgrat zu haben, dieses Konzept dann auch umzusetzen, das Rückgrat zu haben für durchaus auch schmerzliche Entscheidungen, für schmerzliche Entscheidungen, die notwendig sind, die natürlich erst einmal nicht den Beifall der Bevölkerung finden, wohl aber hinterher allen in unserem Land nutzen werden.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Das sieht man jetzt schon.

(Zuruf: Wer glaubt das denn?)

Diese Entscheidungen sind auch aus Verantwortung gegenüber unseren Kindern notwendig.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Auf Schuldenbergen spielen Kinder und Enkelkinder schlecht. Wir müssen mehr an Generationengerechtigkeit denken, als das in der Vergangenheit hier regelmäßig der Fall gewesen ist. Deswegen ist es für uns auch eine ethische Verantwortung, die Finanzen dieses Landes zu konsolidieren.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Geht es auch ein bisschen leiser, Herr Kollege?)

Dieser Konsolidierungsprozess wird weitergehen. Wir werden im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder diesen Konsolidierungsprozess fortsetzen und gleichzeitig aber auch Geld mobilisieren, das gebraucht wird, um die Schulen zu verbessern, um Kinderbildung zu verbessern und vieles andere für die Jugend zu tun. Genau deshalb gibt

es auch sehr viel mehr Lehrer – wir haben die Zahlen eben noch einmal gehört – als zu Beginn dieser Wahlperiode.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Becker zulassen?

Volkmar Klein (CDU): Ja.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Herr Becker.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Schönen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Kollege Klein, da Sie so schön formulieren, auf Schuldenbergen spiele es sich schlecht: Gilt das nur für Schulden des Landes, oder würde das auch für Schulden der Kommunen gelten, und dies gefragt vor dem Hintergrund, dass allein in den letzten zweieinhalb Jahren die Kassenkredite der Kommunen von 10 auf 13,7 Milliarden € gestiegen sind? Das hat ja selbstverständlich auch etwas mit der Politik dieser Landesregierung zu tun.

Volkmar Klein^{*)} (CDU): Das hat eben gerade gar nichts mit der Politik dieser Landesregierung zu tun,

(Horst Becker [GRÜNE]: Oh!)

sondern wir haben auch an dieser Stelle, lieber Kollege Becker, festzustellen, dass Sie ein Sowohl-als-Auch propagieren. Auf der einen Seite beklagen Sie, dass die Landesregierung oder das Land angeblich immer noch zu wenig Geld an die Kommunen gibt, trotz der ja bekannten enormen zusätzlichen Gelder, die an die Kommunen fließen. Auf der anderen Seite kritisieren Sie aber gleichzeitig, dass nicht alle Steuermehreinnahmen des Landes für die Reduzierung der Nettoneuverschuldung gebraucht werden. Das geht ja auch gar nicht, weil allein das Gemeindefinanzierungsgesetz dem schon entgegensteht.

Meine Damen und Herren, ich will abschließen mit einem Zitat aus der „Rheinischen Post“ vom 6. Dezember dieses Jahres. Dort ist nämlich richtigerweise zu lesen, es sei für die Opposition eben nicht leicht, die Haushaltspolitik der Regierung zu attackieren. Sicher, an einzelnen Posten könne immer Kritik geübt werden, doch die Richtung stimme. Es werde höchste Zeit, dass das Land endlich einmal mit dem Geld auskomme, das es einnehme. Hier sei Schwarz-Gelb auf dem richtigen Weg. – So weit das Zitat aus der „Rheinischen Post“. Es stimmt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Klein. – Für die FDP spricht die Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mit meinen Anmerkungen zur dritten Lesung des Haushalts und damit auch zur abschließenden Lesung des Haushalts beginne, möchte ich einer guten Tradition folgen und zunächst einmal denjenigen danken, die uns in den vergangenen Wochen in dieser Haushaltsberatung begleitet haben. Das sind die Haushälter in den Ressorts, die Verbandsvertreter und die Gewerkschaftsvertreter.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Die haben das gerne gemacht!)

Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuss, die in einer sehr konstruktiven Art und Weise mit uns gemeinsam den Haushalt beraten haben. Mein Dank gilt insbesondere auch dem Parlamentarischen Beratungs- und Gutachterdienst des Landtags Nordrhein-Westfalen, der uns in unserer Arbeit erheblich unterstützt hat. Dafür ganz herzlichen Dank!

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt, den wir hier heute verabschieden, bildet symbolhaft auch die Politik dieser Koalition der Erneuerung in diesem Land ab. Er ist der Ausdruck einer Politik, die sich Generationengerechtigkeit zur Pflicht und zur Verpflichtung gemacht hat. Es ist eine Politik, die sich an den Chancen unserer Kinder und Enkel orientiert. Generationengerechtigkeit ausgedrückt durch das Zahlenwerk des Haushaltsplans zeichnet sich dabei aus unserer Sicht im Wesentlichen aber durch zwei Merkmale aus.

Der erste und ganz wesentliche Punkt unserer Haushaltspolitik ist der strikte Konsolidierungskurs. Darauf haben auch schon einige Kolleginnen und Kollegen hingewiesen.

Seit dem Regierungswechsel im Jahre 2005 haben wir für dieses Land Nordrhein-Westfalen den Konsolidierungskurs eingeschlagen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Deswegen haben wir die Nettokreditaufnahme seit 2005 jedes Jahr kontinuierlich gesenkt. Waren es im Jahr 2005 noch 6,7 Milliarden € neue Schulden, so sind wir bereits im darauffolgenden Jahr mit

3,2 Milliarden € auf weniger als die Hälfte abgesunken. Im kommenden Jahr werden es aller Voraussicht nach nur noch 1,77 Milliarden € sein. Das sind knapp 600 Millionen € weniger als die 2,345 Milliarden € Schulden, die wir im nun ablaufenden Jahr 2007 leider immer noch aufnehmen mussten.

Meine Damen und Herren, es ist zuzugeben, dass die positive Wirtschaftsentwicklung und der sich daraus ergebende Anstieg der Steuereinnahmen einen guten Teil zu diesem Ergebnis beitragen. Es ist aber auch der ehrgeizigen Konsolidierungspolitik dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen zu verdanken, dass wir heute besser als im Jahr 2005 dastehen und ein großes Stück weiter sind auf dem Weg zur Konsolidierung und zu einem ausgeglichenen Haushalt, bei dem wir unsere Ausgaben aus den Einnahmen finanzieren und im Idealfall auch noch die Schulden zurückzahlen, die in den letzten 50 Jahren für das Land Nordrhein-Westfalen aufgehäuft wurden.

Dieses Ziel, meine Damen und Herren, wird in den Anhörungen zum Haushalt, die wir auch diesmal durchgeführt haben, im Übrigen auch regelmäßig von den eingeladenen Finanzwissenschaftlern und Ökonomen bestätigt. Das Ziel ist auch alles andere als neu. Bereits im Jahr 1883 schrieb der Nationalökonom Albert Schäffle in einem Aufsatz:

Das Normale ist, dass die Gegenwart keine für den Staat lösbare Aufgabe den Enkeln zuschiebe.

Das ist in der Vergangenheit immer wieder vernachlässigt worden. Frau Kollegin Löhrmann, da kann sich auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen nicht aus der Verantwortung schleichen.

Man muss nicht im Jahr 1883 verhaftet bleiben. Auch das Bertelsmann-Gutachten zur haushaltspolitischen Lage und zu den Perspektiven des Landes Nordrhein-Westfalen kann ich Ihnen als aktuelle Lektüre wärmstens ans Herz legen. Der zentrale Punkt des dort vorgenommenen Resümees der Landespolitik lautet, dass das Land in den vergangenen Jahrzehnten ständig über seine Verhältnisse gelebt hat. Es ist schade, dass die Kollegin Walsken von der Fraktion der SPD nicht da ist. Üblicherweise betont sie an dieser Stelle, dass man in den letzten Jahren Steuermindereinnahmen zu beklagen hatte. Ja, das ist richtig. Aber auch in den Zeiten der sozialdemokratisch geführten Landesregierung – auch unter Beteiligung der Grünen –, als die Steuereinnahmen höher ausgefallen sind als zu erwarten war, haben Sie

nach wie vor neue Schulden gemacht und damit auch zu dieser Finanz- und Haushaltsmisere beigetragen, die wir im Jahr 2005 vorgefunden haben.

Meine Damen und Herren, das Bertelsmann-Gutachten enthält neben einer Bestandsaufnahme der Haushaltssituation und der Analyse der künftigen Herausforderungen der Haushalts- und Finanzpolitik auch Handlungsempfehlungen. Diese Handlungsempfehlungen greifen wir in den Koalitionsfraktionen und mit der Landesregierung auf und setzen diese auch um; denn eines wird immer wieder beklagt. Zuletzt war das in der Debatte heute Morgen der Fall. Ja, wir setzen Ihrer Politik der vergangenen Jahrzehnte einen Paradigmenwechsel entgegen. Wir wollen nicht mehr, dass Schuldenaufnahme ein ganz normales Mittel der Haushaltsfinanzierung ist. Wir wollen ohne Schulden auskommen. Diesem Ziel nähern wir uns. Darauf arbeiten wir hin.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, es ist ein steiniger Weg. Das wissen wir. Wir wissen, dass wir auch nicht alles in diesem Haushalt 2008 finanzieren, was wünschenswert wäre.

Damit wir eine verantwortungsvolle und generationengerechte Politik gestalten und verantworten können, müssen wir Schwerpunktsetzungen vornehmen. Ich würde mich freuen, wenn die Kolleginnen und Kollegen der Opposition diesen Konsolidierungskurs und diese Prioritätensetzungen für die Bereiche Kinder und Jugend sowie Bildung und Ausbildung auch anerkennen und unterstützen.

Die vorliegenden Entschließungs- und Haushaltsänderungsanträge sowie die heutigen Reden machen für mich schon sehr deutlich, wie aufseiten der Opposition nicht nur in den vergangenen Jahrzehnten gerechnet wurde, sondern auch heute noch gerechnet wird.

Die Kollegen der SPD haben einen Antrag für die Haushaltsberatungen vorgelegt, wonach sie die Steuermehreinnahmen auf einer völlig unklaren Grundlage um knapp 400 Millionen € höher veranschlagen wollen. Das Interessante dabei ist, sie setzen im Gegenzug eine Minderausgabe beim Schuldendienst in Höhe von 90 Millionen € an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht nur so, dass sich diese Annahmen und Prognosen schon in der Vergangenheit nicht als sonderlich tragfähig herausgestellt haben. Ich erinnere daran, dass wir in der Vergangenheit regelmäßig die hellseheri-

schen Fähigkeiten der Kollegen der Opposition korrigieren und mehr Schulden aufnehmen mussten als ursprünglich geplant war. Das Interessante an diesem konkreten Vorschlag ist aber: Wenn man es einmal umrechnet, kommt man auf einen Zinssatz von 23 %, den das Land Nordrhein-Westfalen für das geliehene Geld zahlen müsste. Ein solch schlechtes Ranking haben aber noch nicht einmal Sozialdemokraten und Grüne für das Land Nordrhein-Westfalen geschafft.

Ich hatte vorhin davon gesprochen, dass wir zwei Ausprägungen der Generationengerechtigkeit in diesem Haushalt haben. Die eine ist der Bereich der Haushaltskonsolidierung. Der andere Bereich besteht aus der Investition in die Bereiche Bildung, Ausbildung und Innovation.

Ich darf mit einem gewissen Stolz sagen, dass es den Koalitionsfraktionen gelungen ist, im Haushaltsberatungsverfahren den Entwurf der Landesregierung noch zu verbessern, indem wir 204 Lehrerstellen zusätzlich erhalten, die noch von der rot-grünen Landesregierung und den rot-grünen Fraktionen in diesem Haus gestrichen werden sollten. Wir sind mit dem Versprechen angetreten, zum Ende der Legislaturperiode 4.000 zusätzliche Stellen gegen den Unterrichtsausfall und zur individuellen Förderung sowie 2.400 Lehrstellenäquivalente für den Ganztag zu schaffen.

Mit dem Haushaltsentwurf in der heute vorliegenden Fassung haben wir von den erstgenannten Stellen bereits 3.204 erreicht, und bei den Lehrstellenäquivalenten können wir schon 1.880 vorweisen. Zusätzlich lassen wir die Lehrerstellen, die wegen der zurückgehenden Schülerzahlen aufgrund der demografischen Veränderungen unserer Gesellschaft eigentlich von der Logik her zu streichen wären, weiter in unserem Schul- und Bildungssystem zur Verbesserung der Unterrichtsqualität.

Insgesamt hat die CDU/FDP-Koalition damit für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler die so wichtige Schüler-Lehrer-Relation von zuletzt 18,59 unter Rot-Grün mit dem Haushalt 2008 auf immerhin 17,52 verbessert. Das kann noch besser werden, daran arbeiten wir, und ich bin zuversichtlich, dass uns das auch gelingen wird.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist Ausdruck der gerade von Ihnen oft zitierten sozialen Gerechtigkeit, dass jedes Kind eine Ausbildung erhält, die es ihm tatsächlich ermöglicht, später als ein Mitglied dieser Gesellschaft unabhängig von staatlichen Transferleistungen auf eigenen Beinen zu stehen

und seine Lebenskonzeption zu realisieren. Bildung ist die wichtigste und beste Zukunftsvorsorge, die wir überhaupt betreiben können. In der künftigen Wissensgesellschaft wird das Gut Bildung außerdem nicht nur zum Wachstumsmotor, sondern auch zum zentralen Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen und Kapital sein.

Deswegen kommt dem im Haushalt 2008 eingerichteten Innovationsfonds eine besondere Bedeutung zu. Immerhin werden dort 140 Millionen € eingebracht. Ziel des Innovationsfonds ist es, Exzellenz in Wissenschaft, Forschung und Technologie und damit auch in der Verbindung zu unserer Wirtschaft zu fördern und die Innovationsprozesse in Nordrhein-Westfalen insgesamt voranzutreiben.

Innovationsprozesse – das ist hoffentlich unstrittig – tragen wesentlich zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und damit auch zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes bei und sind elementare Voraussetzungen für zukunftssichere Arbeitsplätze sowie für die kulturelle und ökonomische Attraktivität unseres Landes. Deswegen darf ich an dieser Stelle besonders darauf hinweisen, dass auch seitens der Gewerkschaftsvertreter die Einrichtung des Innovationsfonds sehr positiv hervorgehoben wurde.

Lassen Sie mich am Ende meiner Rede noch zu einigen Punkten kommen, bei denen wir im Haushaltsberatungsverfahren zum Schluss noch Schwerpunkte und Akzente gesetzt haben. Ein besonderer Schwerpunkt ist die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt. Wir wollen das Angebot von Arbeitsplätzen in Integrationsunternehmen mit einem Sonderprogramm fördern. Viele Menschen mit Behinderungen sind für spezielle Behindertenwerkstätten zu gut, können aber trotzdem nicht selbstständig am ersten Arbeitsmarkt erfolgreich bestehen. Für sie soll es Integrationsunternehmen geben, in denen sie eine ideale Chance haben, ein erfülltes und selbstgestaltetes Arbeitsleben zu führen.

(Beifall von der FDP)

Ein weiteres Thema, das uns in der öffentlichen Diskussion immer mehr beschäftigt, weil es langsam aus der Tabuzone herauskommt, ist Zwangsverheiratung und häusliche Gewalt. Ich freue mich sehr, dass es uns auf der Basis des bereits bestehenden Handlungskonzepts zur Bekämpfung von Zwangsheirat und Verbrechen im Namen der „Ehre“ gelungen ist, zusätzliche Mittel für Schutz- und Zufluchtsstätten für die von Zwangsheirat bedrohten Mädchen und jungen Erwachsenen bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, ein weiteres viel diskutiertes Problem ergab sich durch den Einbruch der zweckgebundenen Einnahmen aus Lotterien und Sportwetten, die den sogenannten Destinatären zugute kommen. Die Destinatäre nehmen in diesem Land viele wichtige Aufgaben wahr. Für diese Arbeit ist ihnen zu danken.

(Beifall von den GRÜNEN – Ewald Groth [GRÜNE]: Danken reicht aber nicht!)

Der Einbruch der Einnahmen war deshalb auch nicht hinnehmbar. Die Landesregierung ist diesem Problem mit einer Neuverteilung der zweckgebundenen Konzessionseinnahmen begegnet, und das bisherige System der Vorwegabzüge von Festbeträgen bei einzelnen Destinatären wurde abgeschafft, da es zu Verwerfungen zwischen den Destinatären geführt hat. Zusätzlich wurden dem Pool 7,6 Millionen € aus der Lotterie Keno zugeführt, die bislang als Einnahmen für den allgemeinen Haushalt vorgesehen waren. Damit verfügen im kommenden Jahr alle Destinatäre über eine Finanzbasis, die die Arbeitsfähigkeit der Stiftung und der Vereine zumindest sichert.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Aber weniger als im letzten Jahr!)

Ich persönlich bin auch froh, Herr Kollege Groth, dass die bis zuletzt geführten Gespräche mit dem Landessportbund zu positiven Ergebnissen geführt haben, die wir mit den Änderungsanträgen zur heutigen dritten Lesung umsetzen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, der Haushalt in der vorliegenden Form ist eine runde Sache. Mit ihm werden die Finanzen im Sinne einer generationengerechten Haushalts- und Finanzpolitik weiter konsolidiert. Er enthält Akzente, von denen wir glauben, dass sie die Zukunftsfähigkeit unseres Landes fördern und für die Chancen nachfolgender Generationen wichtig und notwendig sind. Deswegen wird die FDP-Landtagsfraktion dem Haushalt gerne ihre Zustimmung erteilen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Becker.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer spannend, jedes Jahr die gleiche Leier vom Schuldenabbau zu hören, der erstens kein Schuldenabbau, sondern bestenfalls eine Senkung der Nettoneu-

verschuldung ist. Wir haben nach wie vor jedes Jahr mehr Schulden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweitens, um das ganz deutlich zu sagen, ist der Schuldenabbau überhaupt nicht Ihr Verdienst. Denn zum einen müssten Sie denen danken, die für Steuermehreinnahmen gesorgt haben. Das war vor allen Dingen die rot-grüne Bundesregierung durch ihre Reformen in der letzten Wahlperiode.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Das wissen Sie ganz genau. Die Steuereinnahmen sind nämlich deswegen heute höher, weil damals die Reformen gemacht worden sind, die Sie in Ihren Regierungszeiten alle verschlafen haben.

Zum anderen müssten Sie sich vor allem bei den Kommunen bedanken, meine Damen und Herren – deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet –, denen Sie das Geld nämlich abgenommen haben, mit dem Sie sich rühmen, dass Sie Schulden abbauen würden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer sich die Rückführung der Nettoneuverschuldung des Landes in den Jahren 2006 bis 2008 anschaut, wird feststellen: Allein über die Verlagerung von Aufgaben und die Wegnahme von Mitteln bei den Kommunen haben Sie 56 % von dem, dessen Sie sich rühmen, zulasten der Kommunen gemacht.

Vor diesem Hintergrund wundert es auch nicht, Herr Klein, dass die Kommunen – das habe ich vorhin schon in meiner Zwischenfrage gesagt – in dieser Zeit einen Anstieg der Kassenkredite, also der bedeutenden, zinssensiblen Kredite, von 10 Milliarden € auf 13,7 Milliarden € zu verzeichnen haben. Das sind über 30 %. Das ist geradezu explosionsartig – und das in einer Zeit, in der die Gewerbesteuer und die Steuereinnahmen insgesamt zugenommen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist natürlich schon dramatisch, dass Sie sich der Tricks auch noch rühmen und frühere Regierungen kritisieren. Ich will Ihnen auch gerne sagen, was ich meine. Selbstverständlich machen Sie genau das, was Sie in der Vergangenheit und auch heute wieder mit einem Blick in die Vergangenheit kritisiert haben, nämlich nur Mehreinnahmen zu verteilen.

Das machen Sie zum Beispiel beim Solidarbeitragsgesetz, bei dem Ihnen das Gericht attestiert hat, dass Sie den Kommunen im Jahr 2006 450 Millionen € zu viel abgenommen haben. Sie gehen jetzt hin und machen es schlicht nach Haushaltslage mit dem Nachtragshaushalt 2007, indem Sie sagen: Wie viel Mehreinnahmen haben wir? Wie viel Minderausgaben haben wir? Das sind in der Summe round about 500 Millionen €. Davon verteilen wir mal „großzügig“ einen Abschlag auf die Rückzahlungen, die wir eigentlich leisten müssten, für die Jahre 2006 und 2007.

Sie geben nicht etwa die 450 Millionen € oder wenigstens 400 Millionen € zurück, sondern sagen: Für das Jahr 2006 bekommen die Kommunen 280 Millionen € als Abschlag und für das Jahr 2007, wo die Differenz aber nicht bei 450 Millionen €, sondern bei über 600 Millionen € liegen wird, geben Sie gerade einmal 220 Millionen € zurück. Das heißt, Sie machen Politik nach Kassenlage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das machen Sie mit Geldern, die Sie vorher in den Steuerschätzungen zu niedrig angesetzt haben. Genau die zu niedrig angesetzten Steuerzahlungen, meine Damen und Herren, sind im Wesentlichen der Grund dafür, dass Sie den Kommunen das Geld, das ihnen zusteht, vorenthalten haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, durch einmalige und dauerhafte Eingriffe in die Berechnungen der Verbundgrundlagen wurden also den Kommunen Gelder entzogen. Das Solidarbeitragsgesetz habe ich gerade genannt. Das gilt aber auch – das will ich Ihnen auch noch einmal sagen – für die vier Siebtel bei der Grunderwerbssteuer. Ich frage mich, was Sie gesagt hätten, wenn eine rot-grüne Landesregierung die Dreistigkeit gehabt hätte, diese Politik nach Kassenlage zu machen und den Kommunen mal eben 165 Millionen € mit einem Federstrich zu entziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das haben Sie hier gemacht; das hat keine rot-grüne Landesregierung gemacht. Wenn Sie sich immer wieder hinstellen und sagen, das hätte etwas mit den Schulden zu tun – Sie tun auch nach zweieinhalb Jahren noch so, als wären die ganz überraschend über Sie gekommen –, sei noch einmal der Hinweis auf Ihre Wahlprogramme und auf Ihre Ankündigungen gestattet.

(Zuruf von Winfried Schittges [CDU])

Ihre Programme lauteten nämlich: Sie, die angebliche Kommunalpartei CDU, würden dafür sorgen, dass die Kommunen auch strukturell mehr erhalten, als unter der rot-grünen Landesregierung. Das Gegenteil ist richtig. Die CDU hat behauptet, dass sie die Schulden zusätzlich abbauen würde. Das Gegenteil ist jedenfalls dann der Fall, wenn man gegenrechnet, was Sie den Kommunen wegnehmen.

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal zu den Steuereinnahmen. Ich frage mich, wie es werden soll, wenn Sie dieses Glücksspiel – denn was Sie im Moment betreiben, ist eine Form von Glücksspiel – in den nächsten Jahren nicht weiter betreiben können. Es kann durchaus sein, dass das Glücksspiel Ende des zweiten Halbjahres 2008 und Anfang 2009 im Zusammenhang mit der Unternehmensteuerreform und auch im Zusammenhang mit dem, was sich im Moment im Bankensektor und durch die Immobilienkrise darstellt, zu Ende geht. Ich frage mich, auf wessen Kosten Sie dann den Haushalt sanieren wollen, wie Sie immer vorgeben. Das ist eine Drohung. Wenn Sie das so machen, wie bisher, bedeutet das, dass die Kommunen noch einmal deutlich weniger bekommen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer in Ihre Vergangenheit guckt und sich die Reden von Herrn Wolf, von Herrn Palmen und von anderen anschaut, wird feststellen, dass Sie genau das, was Sie in den letzten Jahren getan haben, immer wieder kritisiert haben. Herr Wolf, der heute Innenminister ist und fehlt,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

hat behauptet, die FDP wolle dafür sorgen, dass die Pauschalen für die Krankenhausförderung völlig entfallen. Das Gegenteil hat er gemacht: Er hat sie gesteigert, er hat sie verdoppelt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Palmen ist durch die Landschaft gelaufen und hat kritisiert, dass der ländliche Raum darunter leiden würde, dass die Mittel für die Schülerbeförderung zu gering seien. Was hat er gemacht? Er hat die Mittel für die Schülerbeförderung zusammen mit Herrn Wolf und Herrn Linssen gekürzt. Das ist die Praxis, meine Damen und Herren, in der Sie den Haushalten strukturell insgesamt 2,4 Milliarden € entzogen haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Selbst wenn Sie davon jetzt 500 Millionen € in Form eines Abschlags zurückgeben, bleiben

1,9 Milliarden € übrig, die Sie letztlich zulasten der Kommunen in diesem Haushalt verschoben haben.

Ich stelle fest: Wenn Herr Papke davon spricht, dass dieser Haushalt ein Meilenstein für das Land sei, sage ich: Er ist ein Mühlstein für die Kommunen, und der Mühlstein heißt Wolf.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich noch ganz kurz auf zwei andere Punkte hinweisen.

Erstens. Es ist verräterisch, wenn sich Herr Papke heute, nachdem Herr Wolf, Herr Papke selbst und auch die Sprecherinnen und Sprecher der CDU das immer bestritten haben, hinstellt und sich rühmt, das härteste und restriktivste Gemeindefinanzrecht der gesamten Bundesrepublik zu haben. Das ist bezeichnend. Anstelle der CDU wäre ich peinlich berührt gewesen.

Es ist auch bezeichnend, wenn Herr Papke die Opposition dafür schilt, sie wolle die WestLB verkaufen. Ich habe hier einen Artikel vom Februar dieses Jahres. Dort hat er sich dahin gehend geäußert, dass er die WestLB an Private verkaufen wolle.

Das ist die Wirklichkeit. Sie sind die Treiber, und das Bedauerliche ist, dass die CDU bei all dem mitmacht. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Jetzt hat Herr Sagel, fraktionsloser Abgeordneter, die Gelegenheit zu seinem Redebeitrag. Bitte schön, Herr Sagel.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Glück zu haben ist noch keine Politik. Mit der zurzeit boomenden Konjunktur hat Herr Rüttgers nichts zu tun. Was schwingt sich in Nordrhein-Westfalen eigentlich auf?

Der Hauch von Freiheit und Abenteuer endet hier im Westen doch im Shoot-out: Reiche werden reicher, Arme immer ärmer, und vor allem werden es immer mehr. Die Politik gegen die Bürgerinnen und Bürger, gegen den Klimaschutz, gegen die soziale Gerechtigkeit und die solidarische Chancengleichheit wird auch 2008 fortgesetzt.

Wir brauchen eine neue Haushalts- und Finanzpolitik für NRW, die sich grundlegend von der von CDU und FDP unterscheidet. Eine Umverteilung

der Lasten und ein solidarisches Steuersystem – das ist das, was wir brauchen.

„Privat vor Staat à la CDU und FDP“ heißt allerdings die Devise: Sozialabbau, Umweltzerstörung, höhere Belastungen für Familien, schlechtere Chancen für Kinder, Jugendliche und Studierende, Armut, fehlende Grundversorgung und fehlende Sicherheit sind die Konsequenzen Ihrer Politik. Das ist auch die Politik, die Sie hier 2008 fortsetzen wollen.

Das Prinzip der Solidarität muss in die Steuerpolitik des Landes NRW wieder Eingang finden. Dazu bedarf es einer sozialökologisch gerechten und nachhaltigen Politik im Bund und in NRW.

Dazu brauchen wir vor allem eine Erweiterung des finanzpolitischen Rahmens. Die Einnahmeseite muss zur Sicherung des Handlungsspielraums wieder in das Zentrum der politischen Debatte rücken. Neben den zahlreichen gesellschaftspolitischen Aufgaben und der öffentlichen Daseinsvorsorge muss die Steuerpolitik neu gestaltet werden.

Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte brauchen wir eine Stabilisierung der Steuereinnahmen und eine Stärkung der öffentlichen Finanzen. Die Einnahmen aus Lohnsteuer und Mehrwertsteuer machen zurzeit den weitaus größten Teil der Steuereinnahmen des Landes aus, während zum Beispiel die Einnahmen aus den Unternehmenssteuern im Jahr 2008 konkret wieder sinken werden. 800 Millionen € minus aufgrund dessen, was die Große Koalition aus SPD und CDU in Berlin wieder beschlossen hat – das ist die Konsequenz.

Eine Konsequenz ist auch, dass die Münte- und Merkelsteuer – die 3%ige Mehrwertsteuererhöhung – nur die Bürgerinnen und Bürger belastet. Dagegen tragen aber die Unternehmen nicht in entsprechender Form dazu bei, dass das Steueraufkommen steigt.

Es müssen Initiativen in Sachen Steuerpolitik ergriffen werden. Das gilt auch für Bundesratsinitiativen. Wir brauchen eine Wiedereinführung der verfassungskonformen Vermögensteuer. Wir brauchen vor allem auch eine Steigerung des Aufkommens aus der Erbschaftsteuer bei größeren Erbschaften.

Deswegen sage ich ganz deutlich – ich habe hier auch einen entsprechenden Antrag eingebracht, und zwar auf der Grundlage dessen, was der DGB und die Gewerkschaften fordern, nämlich eine Erhöhung der Einnahmen des Landes aus der Erbschaftssteuer um 6 Milliarden € bundes-

weit –: Das wäre auch eine konkrete Perspektive für NRW.

Diesen Antrag habe ich gestellt. Dann würden im Haushalt 1,3 Milliarden € mehr zur Verfügung stehen. Damit würde sich in Nordrhein-Westfalen natürlich eine ganze Menge finanzieren lassen. Ich hoffe, dass Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben. Es ist nämlich so, dass über die Erbschaftssteuer erneut debattiert wird und dass das Gesetz vermutlich erst im März verabschiedet wird.

Außerdem gibt es auch in Nordrhein-Westfalen konkrete Möglichkeiten: die Schließung von Steuerschlupflöchern und natürlich die Kontrolle der bisherigen Landesförderung, die wesentlich effizienter erfolgen muss. Wir haben in Nordrhein-Westfalen immer wieder Subventionsskandale. Erst kürzlich haben wir in Gelsenkirchen einen erlebt.

Natürlich kann die Einnahmesituation auch durch die zusätzliche Einstellung von Steuerprüferinnen und Steuerprüfern verbessert werden, wie es zum Beispiel die Deutsche Steuergewerkschaft fordert. Dadurch würde die Einnahme von rund 500 Millionen € im Jahr 2008 möglich. Dem haben Sie sich verweigert. Auch dazu hatte ich einen konkreten Antrag gestellt.

Wir müssen natürlich den dringend notwendigen Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen voranbringen; denn er ist nicht abgeschlossen. Das, was Sie hier machen, trägt in Wirklichkeit nicht dazu bei.

Das ist auch in der heutigen Debatte sehr deutlich geworden. Wir haben nach wie vor die Situation, dass die Arbeitslosigkeit, vor allem im Ruhrgebiet, hoch ist. Wir haben vor allem eine hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen im Alter von 20 bis 25 Jahren, die nach der Ausbildung, wenn sie denn überhaupt einen Ausbildungsplatz bekommen, keinen Arbeitsplatz finden.

Auch in den Regionen des Landes wirkt sich das soziale Ungleichgewicht massiv aus. Wir haben gerade im Ruhrgebiet und in der Emscher-Lippe-Region nach wie vor Strukturprobleme. Aber es gibt sie auch in anderen Landesteilen.

Dass wir jetzt einen Haushalt mit einer Nettoneuverschuldung von unter 2 Milliarden € haben, beruht letztendlich auf Rechenkünsten. Die Rechenkünste haben aber nicht zu einer grundlegenden Veränderung der Situation hier beigetragen. Nach wie vor steigt die Verschuldung des Landes drastisch an. Das ist die Situation. Sie haben die Regierung im Jahr 2005 übernommen. Im Mai hatten

wir eine Verschuldung in Höhe von 108 Milliarden €. Im kommenden Jahr werden es 120 Milliarden € sein.

(Unruhe)

– Der Lärmpegel ist wirklich extrem hoch.

Vizepräsident Edgar Moron: Die werden schon leiser. Machen Sie weiter.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Es wird im nächsten Jahr eine Verschuldung von 120 Milliarden € geben. Der Schuldendienst wird über 5 Milliarden € erfordern. Das ist ein neuer Rekordstand. Dafür sind auch Sie, die Mitglieder der Landesregierung aus CDU und FDP, verantwortlich.

(Fortgesetzt Unruhe – Glocke)

Das ist die konkrete Situation, und das ist das, was Sie in diesem Landeshaushalt zu verantworten haben.

In vielen Bereichen kürzen Sie massiv weiter. Fast 500 Millionen € wurden zulasten der Kommunen abgewälzt: Krankenhausfinanzierung, Anteil an der Grunderwerbsteuer, Elternbeiträge, Kitas, Flüchtlingsaufnahme. 1 Milliarde € insgesamt hat das Land bei der Beamtenbesoldung eingespart.

In anderen Bereichen wurden natürlich auch massive Aufstockungen vorgenommen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Ich komme gleich zum Ende. – Sie haben massive Aufstockungen vorgenommen. Sie haben die Landwirtschaftskammern mit einem tropischen Subventionsregen überzogen.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Sie haben auch zig neue Stellen in der Staatskanzlei geschaffen. All das haben Sie ganz konkret gemacht.

Ich möchte noch einen Satz – Herr Präsident, bitte erlauben Sie es mir – zu dem Änderungsantrag sagen.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Dort gibt es nämlich einen Fehler. Ich habe das schon beanstandet. Aber das ist leider bei der Übertragung passiert. Es geht um den Antrag, den ich hier zur Besoldung und zu den Versorgungsbezügen einge-

bracht habe. Die Tarifierhöhung für Beamtinnen und Beamte soll ab dem 1. Januar 2008 gelten. Das ist ein Fehler, der bei der Übertragung passiert ist. Ich denke, dass das korrigiert wird. – Danke schön.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für Bündnis 90/Die Grünen erhält Herr Groth noch einmal das Wort.

Ewald Groth^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass sich der Ministerpräsident heute erstmals etwas länger zum Klima geäußert hat, macht zumindest deutlich, dass er ab heute weiß, dass Klima nicht nur ein Bundeskanzler von Österreich gewesen ist. Wir werden nachverfolgen, ob das, was er heute zum Klima gesagt hat, etwas länger auf seiner Homepage und auf der Homepage der CDU zu finden ist als seine Aussagen zur Besoldungserhöhung im Lande Nordrhein-Westfalen. Davon findet man heute nämlich nichts mehr.

Ich stelle meine Rede unter die Überschrift „Ins Amt getrickst“, Unterüberschrift „Versprochen und gebrochen“. Eine Beurteilung erfolgt auf der Grundlage Ihrer eigenen Maßstäbe, nicht auf der Grundlage meiner Maßstäbe. Allen haben Sie vor der Wahl alles versprochen. Was haben Sie getan? – Sie haben alle Versprechen gebrochen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Haushaltskonsolidierung ist ein Weihnachtsmärchen. Trotz Mehreinnahmen in Höhe von 20 Milliarden € ist die Verschuldung um 7 Milliarden € gestiegen. Suggestion und Schimäre, sage ich dazu.

Ich komme zu den einzelnen Punkten. Alles, was Sie bezüglich des Kinder- und Jugendförderplans versprochen haben, haben Sie nicht eingehalten. Das Gleiche – der Kollege Laschet ist derzeit nicht da – gilt für die Kinderbetreuung. Das Versprechen, die Elternbeiträge nicht zu erhöhen, haben Sie gebrochen. Schließungen von Einrichtungen stehen an. Es gibt eine Verlagerung der Finanzlasten auf die Kommunen.

Bezüglich der Weiterbildung – hier ist der Kollege Laumann zu nennen – bleibt es bei den Kürzungen in Höhe von 13 Milliarden €.

Was hat Herr Uhlenberg zum Wasserentnahmegeld gesagt? – Noch am Tag der Wahl nehmen wir das Wasserentnahmegeld zurück. Inzwischen denkt er über eine Erhöhung nach. Das wären fast 100 Millionen € gewesen. Sie haben Ihre Versprechen gebrochen und stattdessen eine Erhö-

hung angestrebt. Zusätzlich zerschlagen Sie die staatliche Umweltverwaltung. Sie haben sich ins Amt getrickst.

Das Gleiche gilt für den Bereich Sport und Ehrenamt. Was haben Sie geschimpft und versprochen! Was haben Sie gehalten? – Auch im nächsten Jahr gibt es wieder weniger Geld für Sport und Ehrenamt.

Sie haben gesagt, die Besoldungskürzungen nehmen wir zurück. Stattdessen gibt es weitere Kürzungen im Gesamumfang von fast 2 Milliarden €.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Beschäftigten tragen die Konsolidierungslasten in Höhe von fast 2 Milliarden €. Danke CDU! Danke FDP! Das können Sie heute auch vor dem Landtag lesen. Vielen herzlichen Dank, sagen Ihnen die Beschäftigten von Nordrhein-Westfalen. Sie sagen Danke, Herr Rüttgers, Danke, Herr Stahl, Danke, Herr Wolf, Danke, Herr Papke, für das, was Sie hier getan haben.

Sie sind eine Koalition der Ausnüchterung, spätestens morgen früh nach Ihrer Party.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, immer mehr Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sind ernüchtert und ausgeüchtert. In einem Rausch haben sie Sie gewählt. Inzwischen sind mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen aufgrund Ihrer Regierungsarbeit verkatert und würden sie heute nicht mehr wählen. Wir werden ein Augenmerk darauf richten, wie Sie weiter durch das Land stümpfern. Heute tun Sie so wie die drei Affen. Heute sagen Sie: Es tut uns leid, das hätten wir besser nicht gesagt. Sie hoffen darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger nichts gehört haben und dass sie in nächster Zeit von Ihrer Regierung nichts weiter sehen wollen. Darauf werden wir achten. Nordrhein-Westfalen fällt mit Ihnen zurück.

(Ralf Witzel [FDP]: Schlimmer als Rot-Grün geht nimmer!)

Ich gebe Ihnen nur noch ein Datum: Im Länderfinanzausgleich haben wir 2005 noch 500 Millionen € für die anderen Länder ausgegeben. Im nächsten Jahr 2008 werden es nur noch 100 Millionen €, und demnächst werden wir ein Nehmerland sein. So fällt dieses Land unter Ihre Regierung zurück.

Meine Damen und Herren, das haben wir in Nordrhein-Westfalen wahrlich nicht verdient. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Groth. – Jetzt hat für die Landesregierung noch einmal der Finanzminister Herr Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir bleibt eine Redezeit von einer Minute und 20 Sekunden. Deshalb möchte ich nur so viel sagen: Ich empfehle den Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die Mitarbeiter auszuwechseln. Es tut mir wirklich leid, dass Sie noch nicht einmal richtig rechnen können. Auf Seite 2 ihres heutigen Entschließungsantrags steht, dass die Differenz zwischen den Steuereinnahmen in Höhe von 40,22 Milliarden € und 41,91 Milliarden € 2,23 Milliarden € beträgt. So sieht es in dem ganzen Papier aus. Sie können es einfach nicht!

(Beifall von CDU und FDP)

Da Sie auf die Mitteilung, dass wir die niedrigste Verschuldung seit 30 Jahren haben, immer antworten, dass die Steuereinnahmen so hoch sind, empfehle ich Ihnen, heute bei uns ins Internet zu schauen. Da können Sie sehen, dass wir bei den Steuereinnahmen ein Plus von 6,8 Milliarden € hatten und dass der kommunale Steuerverbund davon 1,4 Milliarden € bekommen hat. Dann bleiben 5,4 Milliarden € übrig. Davon haben wir 4,9 Milliarden € in die Entschuldung gesteckt. Darüber hinaus haben wir alleine 680 Millionen € in den Pensionsfonds getan. Wo bleiben Sie eigentlich mit Ihrer Argumentation?

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Das größte Stück aus dem Tollhaus ist allerdings, wenn Sie die Not der Kommunen beklagen. Es gibt die höchste Zuweisung, die je in diesem Land den Kommunen zugute gekommen ist.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Schauen Sie sich das bitte an. Sie erwähnen immer Ihr bestes Jahr 2000. Damals gab es eine Zuweisung von 7,27 Milliarden €. Heute gibt es 7,57 Milliarden €, und hinzu kommen die Sonderzahlungen in Höhe von 500 Millionen €. Insgesamt sind das mehr als 8 Milliarden €. Das hat es

in diesem Land noch nie gegeben. Und dann wagen Sie, das Leid der Kommunen zu beklagen!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Wir werden das Urteil des Verfassungsgerichtshofes sehr sorgfältig auswerten. Die Kommunen werden dann, wenn eine Überzahlung genau beziffert ist – das sage ich vor der Verabschiedung des GFG 2008 –,

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ein weiteres Versprechen!)

die entsprechenden Ausgleichs erhalten. Im Lichte dieser Analyse werden wir sicherlich das GFG 2008 entsprechend anpassen. Dies sage ich, damit auch da Klarheit besteht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

– Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit, damit die Abstimmung nicht durcheinandergeht.

Wir stimmen erstens über das Gesetz zur Regelung der Zuweisung des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008 Drucksache 14/4602 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5752**, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/4602 in der Fassung der Beschlüsse nach der zweiten Lesung unverändert zur dritten Lesung anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist das mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** worden.

Wir stimmen zweitens über den **Entschließungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen zum Gemeindefinanzierungsgesetz **Drucksache 14/5866** ab. Wer für diesen Entschließungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen des Hauses **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den **Änderungsantrag** des Abgeordneten Sagel, fraktionslos, zum Einzelplan 20 **Drucksache 14/5839 – Neudruck** – ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist der Antragssteller, Herr Sagel. Wer ist dagegen? – Das ist der Rest des Hauses. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir stimmen viertens über den **Änderungsantrag** des Abgeordneten Sagel, fraktionslos, **Drucksache 14/5841 – zweiter Neudruck** – ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist der Antragssteller, Herr Abgeordneter Sagel. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Damit der Antrag mit der großen Mehrheit des Hauses **abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über das Haushaltsgesetz 2008 Drucksachen 14/4600, 14/5200 und 14/5350 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5750**, das Haushaltsgesetz 2008 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Beschlussempfehlung mit der Mehrheit der Stimmen des Hauses **angenommen**.

Wir stimmen sechstens über den **Entschließungsantrag** des Abgeordneten Sagel, fraktionslos, **Drucksache 14/5838** ab. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – Der Antragssteller, Herr Abgeordneter Sagel. Wer ist dagegen? – Alle Fraktionen des Hauses. Gibt es eine Enthaltung? – Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir stimmen siebtens über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5849** ab. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – Das ist Bündnis 90/Die Grünen, die antragstellende Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und der Abgeordnete Sagel. Damit ist der Entschließungsantrag mit der Mehrheit des Hauses **abgelehnt**.

Wir stimmen achtens über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/5862** ab. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Entschließungsantrag der SPD-Fraktion mit

der Mehrheit der Stimmen des Hauses **abgelehnt**.

Wir kommen zur **Finanzplanung** des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011 **Drucksache 14/4601**. Entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/5751 soll die Finanzplanung zur Kenntnis genommen werden. – Dazu wird das Wort nicht gewünscht. Ich brauche darüber auch nicht abstimmen zu lassen. Wir haben es **zur Kenntnis genommen**.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe auf:

3 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5830

In Verbindung mit:

Gesetz über die Leistung von Abschlägen im Rahmen der Feinabstimmung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden an den finanziellen Belastungen des Landes Nordrhein-Westfalen aufgrund der Deutschen Einheit

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5840

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Herrn Finanzminister Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben soeben den Landeshaushalt 2008 verabschiedet und kehren jetzt zum Jahr 2007 zurück. Es hat sich kurzfristig die Notwendigkeit für einen zweiten Nachtragshaushalt ergeben. Ich lege Ihnen dazu heute den Entwurf zur weiteren Beratung vor, zusammen mit einem Entwurf des Innenministers für das Abschlagzahlungsgesetz.